

# Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

## Förderung für ländliche Räume: Was geht – wo hakt's – wie weiter?

Energie-Vollversorgung mit Biomasse?  
Auswirkungen des Health Check  
Hofgründungen erleichtern

# Inhalt

## Förderung für ländliche Räume: Was geht – wo hakt's – wie weiter?

Die Diskussion um die Förderpolitik für ländliche Räume ist in vollem Gange: Die neue EU-Förderperiode ab 2014 rückt näher, die öffentlichen Kassen sind leer, die Unzufriedenheit der Akteure mit der Wirksamkeit der derzeitigen Förderpolitik wächst. Hauptkritikpunkt: die überregionale, sektorale Planung und Umsetzung wird regionalen Bedürfnissen oft nicht gerecht. Auch klagen die Akteure vor Ort über Unübersichtlichkeit und einen nicht mehr zu leistenden Bürokratieaufwand. Was also tun? Diese Ausgabe von LandInForm beschäftigt sich nicht nur mit dem Status quo der ländlichen Förderpolitik und stellt Akteure vor, die aus der Vielzahl an Möglichkeiten faszinierende Projekte auf die Beine gestellt haben. Wir stellen auch Lösungen für eine effizientere zukünftige Förderung ländlicher Räume vor.

Bild: Stefan Franke / Photocase; Bearbeitung: graphodata AG



## Weitere Themen



Bild: FNIR e.V.

### Energie-Vollversorgung mit Biomasse?

Der Ausbau von Biomasse als erneuerbarer Energieträger bietet für peripher gelegene Regionen ein enormes Potenzial. In drei Referenzregionen wurde untersucht, ob und unter welchen Bedingungen Biomasse allein oder in Kombination mit anderen erneuerbaren Energieträgern zur Versorgungssicherheit beitragen kann. Seite 34



Bild: PETTER / Pixello

### Auswirkungen des Health Check

Durch den so genannten Health Check der EU-Agrarpolitik und durch das Europäische Konjunkturprogramm wurden die Mittel für den ELER aufgestockt. Dadurch sollten die Bundesländer die Möglichkeit haben, auf die "neuen Herausforderungen" zu reagieren. Wie sie diese Mittel für die ländlichen Entwicklungsprogramme genutzt haben, beschreibt der Beitrag auf Seite 36





## Für das Netzwerk

|                 |    |  |
|-----------------|----|--|
| Inside          | 05 | Neues aus der DVS                      |
| Web             | 06 | Die DVS im Internet                    |
| Veranstaltungen | 07 | Klimawandel und Agrarumweltmaßnahmen   |
|                 | 09 | Dorfbereisung „Unser Dorf hat Zukunft“ |
|                 | 09 | Euregia                                |

## Im Fokus: Förderung für ländliche Räume

|                  |    |   |
|------------------|----|---|
| Einführung       | 11 | ...Was geht – wo hakt's – wie weiter?         |
| Status quo       | 12 | Die Vielfalt nutzen!                          |
|                  | 14 | Gewässerverbund Leipzig                       |
|                  | 16 | Naturparke als Förderexperten                 |
|                  | 18 | Land.Leben.Kunst.Werk.e.V.                    |
| Zukunftsoptionen | 20 | Von der Förderung zur regionalen Finanzierung |
|                  | 23 | Was wollen die Akteure?                       |
|                  | 24 | Besser koordinieren, effizienter fördern      |
|                  | 26 | Regionalisierte Teilbudgets                   |

## Aus der Praxis

|    |   |
|----|---|
| 28 | Sozialarbeit – auch für die Landwirtschaft ein Thema! |
| 30 | Zu Hause alt werden – wo denn sonst?                  |
| 32 | Wo ein Handicap kein Handicap ist                     |

## Perspektiven

|                          |    |   |
|--------------------------|----|---|
| Forschung und Bildung    | 34 | Energie-Vollversorgung mit Biomasse – geht das?                   |
| Politik und Gesellschaft | 36 | Der Health Check: Folgen für die ländlichen Entwicklungsprogramme |
|                          | 38 | Neuabgrenzung benachteiligter Gebiete                             |
|                          | 40 | EU-Rechnungshof besucht Partnerbetrieb Naturschutz                |
|                          | 41 | Post in ländlichen Räumen   |
| Partner und Experten     | 42 | Hofgründungen erleichtern   |
|                          | 44 | Mit Stiftungen den Naturschutz fördern                            |
|                          | 46 | Nationales Netzwerk für Energieholzplantagen                      |
|                          | 47 | Ausschuss Berufsschäfer/innen in der VDL                          |
|                          | 48 | DLR Rheinland-Pfalz: Gewässerschutz mit Landwirten                |
|                          | 49 | Europa für Bürgerinnen und Bürger                                 |
| Service                  | 50 | ... angelesen   |
|                          | 51 | ... angekündigt   |
|                          | 52 | Termine   |

### Hofgründungen erleichtern

Landwirte in Deutschland haben immer größere Probleme, innerhalb der Familie einen Hofnachfolger zu finden. Gleichzeitig steigt die Zahl der Gründungswilligen, die keinen elterlichen Hof erben können. Das Problem dabei: beide Seiten finden nur schwer zusammen. Ein Projekt der Universität Kassel und der Zukunftsstiftung Landwirtschaft will dies ändern. **Seite 42**



**Liebe Leserinnen und Leser,**

Wann funktioniert Förderung? In Zusammenhang mit der Neuausrichtung der ländlichen Entwicklungspolitik ab 2014 wird aktuell viel über Förderinhalte und neue Finanzierungsmodelle gesprochen.

Dabei kann der Aufwand für die Projektanträge durchaus ein Kriterium für die Akzeptanz oder Ablehnung eines Förderprogramms sein. Besonders, wenn auch das operative Geschäft durch vielfältige Anforderungen und Kontrollen behindert wird. Solche Erfahrungen führen schon jetzt dazu, dass komplexe Projekte in der Planungsphase ausgeschlossen werden, weil der Aufwand dafür zu hoch erscheint. Damit stehen Programme auch durch ihre „Handhabungswiderstände“ im Wettbewerb – und nehmen damit über ihre Förderinhalte gleichzeitig Einfluß auf die Ausrichtung der Arbeit. Ein unbeabsichtigter Nebeneffekt.

Deshalb müssen nicht nur die Inhalte abgestimmt werden. Es gilt auch, die Verfahren und den Kontrollaufwand in Richtung vereinfachte Handhabung anzugleichen – vielleicht sogar mit eingebauten Kombinationsmöglichkeiten verschiedener Fördertöpfe. Denn viele Probleme ländlicher Räume sind zu umfassend, um sie sektoral anzugehen.

Vor diesem Hintergrund werden zum Beispiel auch Regionalbudgets oder -fonds diskutiert. Aber welche Themen könnten so sektorübergreifend bearbeitet werden? Sind regionale Lösungen zu Mobilität und Nahversorgung neben solchen wie Wegebau und Flurneuordnung vorstellbar? Und wer sind die Endempfänger der Mittel – Lokale Aktionsgruppen, Kommunen, Kommunale Zusammenschlüsse oder Kreise? Soll ein gemeinsames Entwicklungskonzept als Grundlage gelten?

In der Umsetzung wäre dabei die wichtigste Frage: Wie kann sektorübergreifend gearbeitet werden, ohne dass ein Partner den anderen dominiert? Ein Weg wäre, die Themenfelder in einer gemeinsamen Organisationsstruktur zusammenzuführen: Tourismus, Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Energieverbände, Flächenmanagement etc. unter einem Dach. Gut funktionierende Beispiele dafür gibt es. Dabei zeigt sich, dass die regionale Einbindung auch für die Kontrolle von Vorteil sein kann. Denn wer mitentwickelt, -begleitet und -zahlt, achtet auch darauf, was am Ende dabei herauskommt.

Eine anregende Lektüre wünscht

*Jan Swoboda*



Bild: Shutterstock

**Impressum**

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Auflage: 10.500

ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:

Bundesanstalt für Landwirtschaft

und Ernährung, Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume,

Juliane Mante, Dr. Jan Swoboda (Vi.S.d.P.)

Redaktionelle Mitarbeit:

Silvia Richter, mediamondi, Berlin

Telefon: 030-39 84 88 57,

E-Mail: srichter@mediamondi.de

Gestaltung: graphodata AG,

www.graphodata.de

Druck:

MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/

Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:

Bundesanstalt für Landwirtschaft und

Ernährung

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume

Deichmanns Aue 29

53179 Bonn

Telefon 0228 / 68 45 34 61

Fax 0228 / 68 45 33 61

E-Mail: dvs@ble.de

www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei

unter [www.land-inform.de](http://www.land-inform.de)

**Anmerkungen der Redaktion:**

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.

# Neues aus dem Netz

## Fokusgruppen nehmen Leader unter die Lupe

Auf europäischer Ebene gibt es unterschiedlichste Gremien, die sich rund um das Thema Ländliche Entwicklung austauschen. Dazu gehört auch der Unterausschuss Leader (Leader subcommittee), der zweimal jährlich in Brüssel tagt. Im Rahmen dieses Ausschusses wurden so genannte Fokusgruppen ins Leben gerufen, die sich intensiv mit folgenden Themen befassen:

1. Umsetzung des Bottom-up-Ansatzes,
2. Innovation,
3. Umsetzung von transnationalen Kooperationsprojekten.

Ziel dieser Fokusgruppen, die sich aus freiwilligen Mitgliedern aus allen Mitgliedsstaaten zusammensetzen, ist die konstruktive und kritische Auseinandersetzung mit dem Leader-Ansatz. Die Ergebnisse sollen in die Ausgestaltung von Leader in der nächsten Förderphase einfließen.

Auch Deutschland hat sich aktiv an den Diskussionen beteiligt. Die Fokusgruppe ‚Innovation‘ wurde vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) in Zusammenarbeit mit der niederländischen Vernetzungsstelle geleitet. In der Fokusgruppe ‚Umsetzung des Bottom-up-Ansatzes‘ hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Leader (BAGLAG) aktiv mitgewirkt.

Die Ergebnisse der Fokusgruppen finden Sie auf der Webseite der DVS:  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de/enrd](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/enrd)

### Mehr Informationen:

Anke Wehmeyer  
 DVS Ländliche Räume  
 Telefon: 02 28/ 68 45 38 41  
 E-Mail: [anke.wehmeyer@ble.de](mailto:anke.wehmeyer@ble.de)



### Ihre Meinung ist gefragt!

Wir möchten es wissen! Liegt Ihnen beim Lesen unserer Beiträge etwas auf der Zunge, das Sie unbedingt loswerden möchten? Oder haben Sie Vorschläge, wie wir unsere Zeitschrift inhaltlich und strukturell bereichern können? Dann schreiben Sie uns! Wir freuen uns über Ihr Feedback.

## Kooperationsgesuche – brandaktuell!

Der EU-Contact-Point hat die Liste der transnationalen Kooperationsgesuche aktualisiert. Unter den Neuzugängen finden sich dieses Mal Gesuche mit den Themen alternativer Tourismus in Verbindung mit regionalen (ökologischen) Produkten, Dorfläden sowie Regionalmarken in Verbindung mit geografischen Herkunftsangaben als Kulturgut: [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/partner/kooperation](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/partner/kooperation)  
 Weitere Informationen gibt es auch telefonisch unter 02 28 / 68 45 38 41.

### Finnland: Kunst, Kultur und Outdoor

Die finnische LAG Karhuseutu sucht Kooperationspartner aus Deutschland zu verschiedensten Themen: Outdoor-, Fluss- und Waldtourismus, (Kunst-)Schmiedearbeit sowie Pop und Rock auf dem Akkordeon. Zu einigen Themen gibt es bereits konkrete Terminvorschläge für ein erstes Treffen.

### Mehr Informationen:

Jaana Malkki  
 Coordinator of international affairs of  
 LAG Karhuseutu  
 Telefon: +358 (0)44 / 0 92 69 26  
 E-Mail: [jaana.malkki@karhuseutu.fi](mailto:jaana.malkki@karhuseutu.fi)  
[www.karhuseutu.fi](http://www.karhuseutu.fi)  
 (auch in Deutsch)

### Finnland: STAR – Sea, Towns And Rivers

Die LAG Peräpohjolan kehitys aus Lappland sucht deutsche Kooperationspartner, die sich mit Wassertourismus beschäftigen. Austausch und Entwicklung neuer Ideen im Tourismussektor bei gleichzeitigem Bewahren von Traditionen stehen im Fokus.

### Mehr Informationen:

Seija Argillander  
 Executive manager  
 Telefon: +3 58 (0) 40 / 5 44 11 64  
[seija.argillander@perapohjola.fi](mailto:seija.argillander@perapohjola.fi)  
[www.perapohjola.fi](http://www.perapohjola.fi)

Bild: Stefan Leupold / Pixelio



### Niederlande: Regionale Produkte und ihre Vermarktung

Die Herstellung und Vermarktung regionaler Produkte wird in den Niederlanden immer bedeutender und auch von politischer Seite unterstützt. So konnte beispielsweise die LAG Zuid-Twente einen eigenen Wochenmarkt für regionale Produkte entwickeln. Wie aber gehen andere europäische Regionen mit regionalen Produkten um, wie werden diese vermarktet, wo gibt es Überschneidungen? Um diese und weitere Fragen zu klären, sucht die LAG europäische Kooperationspartner.

### Mehr Informationen:

Anje Grolleman  
 Coordinator region Zuid-Twente  
 Telefon: +31 (0)6 11 / 47 95 52  
 E-Mail: [leaderzuidtwente@haaksbergen.nl](mailto:leaderzuidtwente@haaksbergen.nl)  
[www.leaderzuidtwente.nl](http://www.leaderzuidtwente.nl)  
 (auch in Deutsch)



# Neue Themen auf www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Informationen zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) – vor allem zur ländlichen Entwicklung, der so genannten zweiten Säule – sind in der neuen Rubrik »Zukunft des ELER nach 2013« im »**Hintergrund**« zu finden. Hier können zusammenfassende Informationen und Links zum „Health Check“ der GAP und den daraus abgeleiteten „Neuen Herausforderungen“ nachgelesen werden. Auch werden interessante Ergebnisse einer Studie des Johann Heinrich von Thünen-Instituts (vTI) zur „Mittelverwendung“ der aus Health Check und europäischem Konjunkturpaket stammenden Gelder vorgestellt. Der Punkt „Diskussion, Beiträge“ widmet sich den Konsultationen zur Zukunft der Agrarpolitik. Neben einem Link zur Beteiligung der europäischen Öffentlichkeit können hier Stellungnahmen von Verbänden zur GAP sowie verschiedene Gutachten aufgerufen werden, beispielsweise das jüngst veröffentlichte Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik beim BMELV mit dem Titel „EU-Agrarpolitik nach 2013: Plädoyer für eine neue Politik für Ernährung, Landwirtschaft und ländliche Räume“.

Ebenfalls im »**Hintergrund**« wurde die Rubrik »Themen« erweitert: Unter »Klima und Energie« finden sich jetzt Informationen speziell zur „Land- und Forstwirtschaft“; ebenfalls neu sind die Punkte „Aus der Forschung“ und „Projektbeispiele“. Die Rubrik »Wasserrahmenrichtlinie« bietet Infos aus den Veranstaltungen der DVS und zahlreiche zusätzliche Dokumente und weiterführende Links. Außerdem gibt es Informationen zum »Jahr der Biologischen Vielfalt«.

Im »**Service**« unter »Veranstaltungen« sind im »DVS-Archiv« neue Materialien eingestellt. Zur Tagung „Vielseitige Förderlandschaften – Was bieten EU und Bund für den ländlichen Raum?“, die im März 2010 in Würzburg stattfand, ist jetzt auch die Podiumsdiskussion als Audio-Datei verfügbar, nachzuhören unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/foerderung](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/foerderung). Folienvorträge und Audio-Dateien der Tagung „Agrarumweltmaßnahmen für den Klimaschutz?“, die Anfang Mai 2010 in Kooperation mit dem österreichischen Netzwerk Land veranstaltet wurde, sind unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/aum-klima](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/aum-klima) zu finden. Die Dokumentation der Tagung „De-



demografischer Wandel – Vor Ort wird er konkret. Hemmnisse und Lösungen im praktischen Umgang“ wird Ende Juni 2010 unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie) verfügbar sein; dort sind auch weiterführende Links zum Thema demografischer Wandel gelistet. Programme und Anmeldungen geplanter Veranstaltungen der DVS werden, sobald verfügbar, unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine) veröffentlicht.

Ebenfalls im »**Service**« gibt es unter »Publikationen« Informationen zum neuen DVS-Förderhandbuch. Das Handbuch kann unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/bestellung](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/bestellung) bezogen werden. Weitere Veröffentlichungen der Vernetzungsstelle im »**Service**«: Unter [www.land-inform.de](http://www.land-inform.de) steht die aktuelle Ausgabe der LandInForm digital bereit. Unter [www.landaktuell.de](http://www.landaktuell.de) können die letzten Ausgaben des Newsletters heruntergeladen werden; der Newsletter kann hier auch bestellt werden. Unter »Links & Literatur« finden sich die neuesten Rezensionen aus der LandInForm, unter »Downloads« die herunterladbaren Publikationen der DVS. Außerdem unter »**Service**«: der ständig aktualisierte News-Service.

In der Rubrik »**Partner**« sind unter »Kooperation« Gesuche aus ganz Europa sowie zahlreiche Informationen rund um die Kooperation bereitgestellt: [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kooperation](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kooperation)

## Wir veröffentlichen Ihre News!

Nutzen Sie unseren News-Service und schicken Sie uns Ihre Meldungen, Linktipps, Kooperationsgesuche, Termine, Stellenangebote und mehr. Wir veröffentlichen sie gerne auf der Website und in unserem Newsletter landaktuell.



## Sagen Sie uns die Meinung!

Nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte. Deshalb interessiert uns Ihre Meinung zu unserem Webauftritt! Rufen Sie uns an oder mailen Sie uns: Telefon: 02 28 / 68 45 37 22, E-Mail: [dvs@ble.de](mailto:dvs@ble.de).

## Rückblick

# Agrarumweltmaßnahmen für den Klimaschutz?

Von Jan Freese

Am 3. und 4. Mai 2010 fand in Passau die Tagung „Agrarumweltmaßnahmen für den Klimaschutz?“ als Kooperationsveranstaltung von Deutscher Vernetzungsstelle und dem Netzwerk Land Österreich statt. Der folgende Beitrag gibt einen ersten Einblick in die Vorträge und Diskussionen.

In seinem einführenden Vortrag betonte **Prof. Alois Heißenhuber** von der TU München die globale Bedeutung des Klimawandels. Jährlich steigen weltweit die Treibhausgas-Emissionen (THG) um die Menge, die Deutschland derzeit im Jahr emittiert. Die Landwirtschaft sei gleichzeitig Verursacherin von Klimagasemissionen, Betroffene der Auswirkungen des Klimawandels und Klimaschützerin. Daher müsse man sehr genau analysieren, in welchem Bereich die größten Einsparungen zu minimalen Kosten möglich seien. Man solle aber nicht nur die Landwirtschaft in die Pflicht nehmen, obwohl diese natürlich ihre Hausaufgaben in den Bereichen Düngemanagement, Moor- und Grünlanderhalt machen muss.

**Dr. Annette Freibauer**, Johann Heinrich von Thünen-Institut Braunschweig, zeigte, dass in Deutschland – abhängig von der Bilanzierungsmethode – rund 13 Prozent der THG-Emissionen der Landwirtschaft zugeschlagen werden können. Die wichtigsten CO<sub>2</sub>-Quellen seien ackerbau-

lich genutzte Moorböden, Lachgas, das bei Stickstoffüberschüssen aus Ackerflächen freigesetzt wird, und Methan aus der Tierproduktion. Entsprechend lassen sich die Emissionen am ehesten vermindern, indem Moorböden torferhaltend genutzt werden, die Produktion von Lachgas durch eine effizientere Stickstoffdüngung vermindert und die Kohlenstoffspeicherung im Boden durch Humusaufbau gefördert wird.

Wie Klima- und Naturschutz in Mooren zum Erfolg führen kann, wo die Möglichkeiten und Grenzen der Agrarumweltmaßnahmen (AUM) liegen und welche anderen Instrumente ergänzend nötig sind, demonstrierte **Wolfram Gütler** vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit. So konnten im 900 Hektar großen Königsauer Moos im Unteren Isartal 160 Hektar Ackerland aufgekauft und in Grünland umgewandelt werden. 270 Hektar werden inzwischen unter Vertragsnaturschutz bewirtschaftet, weitere 73 Hektar wurden mit Hilfe von Ausgleichsmaßnahmen umgestaltet. In einem ande-

ren Projekt wurden kleinflächige Moore nördlich des Chiemsees wiedervernässt. Dazu wurden auf 60 Hektar über 1 Million Euro investiert. Allerdings waren zwölf Jahre Projektlaufzeit nötig, um die Voruntersuchungen und Planungen durchzuführen, Überzeugungsarbeit zu leisten und schließlich die vielen Teilmaßnahmen umzusetzen, so Gütler.

Ein Problem bei der Bewertung von Maßnahmen veranschaulichte **Prof. Kurt Jürgen Hülsbergen** von der TU München. So werde bei der Humusbildung der Hauptfaktor „Bodenart“ oft stark von den Effekten der Bewirtschaftung überlagert. Daher führen gegenwärtige Humusbilanz-Methoden gelegentlich in die Irre, so Hülsbergen. Die Umwandlung von Acker in Grünland, begrünte Brachen und Agroforstsysteme seien aber in der Lage, bis zu 1 Tonne Kohlenstoff je Hektar und Jahr als Humus im Ackerboden festzusetzen. Seine Untersuchungen belegen, dass es auch bei ähnlich ausgestatteten Betrieben sehr große Unterschiede in der Energieeffizienz







©BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler



Bild: Saatchi & Saatchi

gebe. Daher seien durch gezielte Schulung und optimiertes Betriebsmanagement kurzfristig Effizienzgewinne und somit eine Klimaentlastung möglich.

**Nora Mittelböck** vom österreichischen Landwirtschaftsministerium präsentierte erste Ergebnisse zur Evaluierung des Klimaschutzpotenzials des österreichischen Agrarumweltprogramms ÖPUL. Zwar seien bisher keine Maßnahmen explizit mit Blick auf den Klimaschutz konzipiert worden; Maßnahmen wie der ökologische Landbau, die umweltgerechte Bewirtschaftung von Acker, der Verzicht auf ertragssteigernde Betriebsmittel auf Ackerflächen, die Begrünung von Ackerflächen, die Mulch- und Direktsaat sowie die Untersaat bei Mais besäßen jedoch ein hohes Klimaschutz-Potenzial. Um die Klimawirkungen zu erhöhen, seien entsprechende Anpassungen am leichtesten bei folgenden AUM vorzunehmen: Untersaat im Maisanbau, Trennung der Förderung von Mulch- und Direktsaat sowie Förderung der Güllebehälterabdeckung und der Wirtschaftsdüngerbehandlung in Biogasanlagen.

### **Die Sicht der EU**

Die EU-Kommission ist sich der Multifunktionalität der AUM bewusst, wie **Dr. Peter Wehrheim** von der Generaldirektion Landwirtschaft versicherte. Laut Angaben der Mitgliedstaaten verfolgen 14 Prozent der AUM-Ausgaben die Priorität Klimawandel, 34 Prozent der Ausgaben dienen primär der Biodiversität und 22 Prozent dem Wassermanagement. Nach Darstellung der EU-Strategie Europa 2020 und der Diskussion der Beiträge, die die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) hierzu leisten kann, lenkte Wehrheim den Blick auf offene Fragen: Ist der „Werkzeugkasten“ der ländlichen Entwicklung hinsichtlich Klimaschutz und AUM ausreichend? Mit welchen Indikatoren kann der Zielbeitrag der AUM zum Klimawandel gemessen werden? Wie können AUM/Klimawandel auch für intensiv wirtschaftende Betriebe

Zur Reduktion der Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft gibt es viele Möglichkeiten, zum Beispiel die Abdeckung von Güllebehältern oder Untersaaten im Mais.

attraktiver gestaltet werden? Wie sollte die Kombination mit der Beratung aussehen? Hier wies der EU-Vertreter auf die laufenden Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger und Verbände an der begonnenen Diskussion zur GAP nach 2013 hin.

### **Möglichkeiten und Grenzen**

In der sich anschließenden von Wolfram Weltzer (Bayrischer Rundfunk) moderierten Podiumsdiskussion betonte **Christian Krumphuber** von der Landwirtschaftskammer Oberösterreich, dass die AUM bisher nicht mit Blick auf den Klimaschutz entwickelt worden seien, aber viele andere wichtige Funktionen wie den Wasser- und Biodiversitätsschutz oder die Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes erfüllten. **Peter Pascher**, Deutscher Bauernverband, machte deutlich, dass man insbesondere den Ansatz verfolgen sollte, durch AUM die Effizienz des Ressourceneinsatzes zu steigern. Eine weitere Extensivierung der europäischen Produktion durch AUM berge die Gefahr, dass die deutsche Landwirtschaft am Schluss zwar klimafreundlich sei, dass dafür aber in anderen Regionen – wie Brasilien und China – Produkte für den deutschen Markt klimaschädlich produziert werden, zum Beispiel auf gerodeten Waldflächen.

Laut **Reinhild Benning**, BUND Deutschland, hat man in Deutschland das Ziel, bis 2010 auf 20 Prozent der Fläche ökologischen Landbau zu betreiben, grandios verfehlt: Zurzeit werden gerade einmal sechs Prozent der Flächen ökologisch bewirtschaftet. Zusammen mit dem fehlenden Erfolg bei der Reduzierung der Stickstoffüberschüsse deutete dies darauf hin, dass die AUM unterfinanziert seien. Außerdem müsse auch die Klimawirkung der Direktzahlungen beachtet und abgebildet werden. **Lukas Weber-Hajszan** vom österreichischen Landwirtschaftsministerium ergänzte, dass in seinem Land die Landwirtschaft mit einer Senkung der

THG-Emissionen um 13 Prozent bereits die nationalen Ziele des Kyoto-Protokolls erreicht habe. Dazu hätten neben der Reduzierung der Tierbestände sicher die flächendeckende Anwendung der AUM und der große Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen (rund 18 Prozent) beigetragen.

### **Fazit: Differenzierte Betrachtung ist nötig**

Die Teilnehmer der Diskussion waren sich einig, dass Agrarumweltmaßnahmen ein gutes Instrument zur Umsetzung des Klimaschutzes sind, wobei die einzelnen Programme ihre multifunktionale Rolle behalten müssen. Allerdings seien noch erhebliche Anstrengungen nötig, um entsprechende Maßnahmen und Indikatoren für landwirtschaftliche Betriebe bereitzustellen. So seien etwa Indikatoren für Lachgasemissionen noch nicht ausreichend erforscht. Auf jeden Fall aber müsse die Landwirtschaft das Thema Klimaschutz sehr ernst nehmen, denn die Gesellschaft werde mittelfristig eine klimaschädliche Produktion nicht mehr tolerieren.

Die Dokumentation der Tagung, bestehend aus den Vortragsfolien und Audiomitschnitten der Vorträge und der Podiumsdiskussion, finden Sie unter <http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/laum-klima>.

### **Mehr Informationen:**

Dr. Jan Freese  
Deutsche Vernetzungsstelle  
Ländliche Räume  
Telefon: 02 28 / 68 45 34 77  
E-Mail: [jan.freese@ble.de](mailto:jan.freese@ble.de)  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)



## Haben unsere Dörfer Zukunft?

Von Lars Switala

**Der Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ wird in diesem Jahr zum 23. Mal durchgeführt. Ab Mitte August 2010 ermittelt die Bundesbewertungskommission die Gold-, Silber- und Bronzeträger.**

Ziel des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ ist es, die gesellschaftspolitischen und strukturellen Entwicklungen in den Dörfern zu unterstützen und damit die Lebensverhältnisse in den ländlichen Regionen zu verbessern. Dabei wurden die Inhalte in den vergangenen Jahren kontinuierlich weiterentwickelt und den neuen Erfordernissen angepasst. Mit Erfolg: Der Wettbewerb hat bereits einen wesentlichen Beitrag zur Eigenverantwortung in den Dörfern und damit auch zu einer höheren Akzeptanz von bürgerschaftlichem Engagement geleistet.

### Wo kommen wir her, wo gehen wir hin?

Der Umgang der Dörfer mit ihren individuellen Ausgangsbedingungen und kulturellen Traditionen und ihren Entwicklungsstrategien vor dem Hintergrund des

demografischen Wandels steht in diesem Jahr noch stärker im Vordergrund als bisher. Hierbei sollen die einzelnen Bürgerinnen und Bürger als Teil der Dorfgemeinschaft aktiv in den Prozess eingebunden werden und an der Planung und Gestaltung des eigenen Dorfes und seiner Umgebung mitwirken.

Von Mitte August bis Anfang September 2010 reist die zuständige Kommission durch Deutschland, um die Leistungen und Aktivitäten der teilnehmenden Dörfer miteinander zu vergleichen. Bewertet wird nach folgenden Kriterien:

- Entwicklungskonzepte und wirtschaftliche Initiativen,
- Soziale und kulturelle Aktivitäten,
- Baugestaltung und -entwicklung,
- Grüngestaltung und -entwicklung und
- Das Dorf in der Landschaft.

Zusätzlich werden die „ökologische Gesamtsituation“ und die „wirtschaftliche Gesamtsituation“ sowie der „Gesamteindruck des Dorfes“ in die Bewertung einbezogen.



Bild: BLE

### Mehr Informationen:

Lars Switala  
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)  
Telefon: 02 28 / 68 45 35 37  
E-Mail: lars.switala@ble.de

## Euregia 2010: Ohne bürgerschaftliches Engagement läuft gar nichts

Von Isabell Friess

**Ehrenamt und Regionalentwicklung stehen im Fokus der diesjährigen euregia, die am 25. und 26. Oktober 2010 in Leipzig stattfindet.**

Die Wirtschaftskrise macht auch vor den Regionen nicht halt; viele von ihnen müssen ihre Angebote mit dem Rotstift zusammenstreichen. Ohne das Engagement der Bürger würden wichtige Projekte nicht mehr zustande kommen, Dienstleistungen nicht mehr angeboten werden. Auch die rund 380 Leader- und ILE-Regionen sind auf die freiwillige Unterstützung ihrer Einwohner angewiesen.

### BMELV eröffnet die Fachmesse

Unter dem Titel „Bürgerschaftliches Engagement und Regionalentwicklung – zwei untrennbare Begriffe!“ wird das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die Fachmesse euregia am 25. Oktober 2010 eröffnen. Hoch-

rangige Vertreter des Bundes, der Länder und der EU, Wissenschaftler und Praktiker werden das Zusammenwirken von staatlichem Handeln und bürgerschaftlichem Engagement diskutieren. Zur Debatte werden hier auch bestehende rechtliche und politische Rahmenbedingungen stehen. Ein Herzstück der Auftaktveranstaltung ist die Präsentation von prämierten Best-Practice-Beispielen.

### Ehrenamt – ein teures Hobby?

Auch am Messestand und bei der Tagung der DVS mit dem Titel „Ehrenamt für die Region – untrennbar, aber wie wertschätzen?“ am 26. Oktober dreht sich alles um das Ehrenamt: Anhand von Praxisbeispielen wird erörtert, wieviel unentgeltliches Ehrenamt vertretbar ist und welche Mög-

lichkeiten der Wertschätzung geschaffen werden sollten: Wie kann die öffentliche Hand bürgerschaftliches Engagement unterstützen? Kann Ehrenamt monetarisiert werden? Sollte das politische Mitspracherecht der Engagierten erweitert werden? Beispiele aus dem europäischen Ausland bilden die Grundlage für die abschließende Podiumsdiskussion.

Mehr Informationen sowie die Anmeldeunterlagen zur DVS-Tagung werden in den kommenden Monaten unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/euregia](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/euregia) zur Verfügung stehen.

### Mehr Informationen:

Isabell Friess  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Telefon: 02 28 / 68 45 34 59  
E-Mail: isabell.friess@ble.de

# Förderung für ländliche Räume:



Bild: Herbert Käfer / Pixelio



©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan



©BLE, Bonn/Foto: Dominic Manzer



Bild: Alexander Rathes / Fotolia



Marco Bamebeck Telemarco / Pixelio



Bild: BLE

Bild: Vladimir Sazonov / Fotolia





# ...Was geht – wo habt's – wie weiter?

Von Juliane Mante



**Die Fördermöglichkeiten für ländliche Räume sind überaus vielfältig, und zahlreiche Akteure machen sich diese Vielfalt gekonnt und kreativ zunutze. Unser Fokusthema will aber auch Möglichkeiten aufzeigen, wie Förderpolitik effizienter gestaltet und besser an die Probleme vor Ort angepasst werden kann.**

Sowohl die europäische Ebene als auch die Bundes- und Länderebene halten eine Vielzahl an Fördertöpfen vor. Da ist es nicht einfach, den Überblick zu behalten und das passende Förderinstrument für das geplante Projekt zu finden. Diese Situation ist der Ausgangspunkt für unseren Schwerpunkt: Mit dem Beitrag auf S. 12-13 geben wir zunächst einen Überblick über die derzeitige Förderstruktur für ländliche Räume. Angesichts ihrer Komplexität und ihrer Schwächen ist es fast eine Kunst, wenn Akteure es nicht nur schaffen, eine Förderquelle zu erschließen, sondern zudem verschiedene Töpfe geschickt zu kombinieren und damit Projekte auf die Beine zu stellen, die in die Region passen und diese weiterbringen. Der Touristische Gewässerverbund Leipziger Neuseenland (S. 14-15), der Naturpark Nordeifel e.V. (S. 16-17) und der Verein Land.Leben.Kunst.Werk (S. 18-19) machen es vor und zeigen dabei auch, mit welchen Problemen sie bei der Fördermittelakquise und -abwicklung zu kämpfen haben.

Wo hakt es in der Förderung eigentlich am meisten? Aus übergeordneter Sicht – Stichwort Effizienz – werden vor allem folgende Probleme diskutiert: Förderung wird in der

Regel sektoral und auf Bundeslandebene geplant, Städte und Regionen haben wenig Planungs- und Finanzierungskompetenz. Damit haben einerseits besonders intersektoral bzw. ressortübergreifend angelegte Projekte Schwierigkeiten, eine passende Fördermöglichkeit zu finden. Andererseits bewirkt die überregionale Planung, dass die Förderung häufig an regionalen Problemen vorbeigeht. Dies führt im schlimmsten Fall dazu, dass Projekte umgesetzt werden, die in einer Region keinen Sinn machen und damit auch keine Zukunft haben. Keine gute Voraussetzung für einen effizienten Einsatz von Fördermitteln. Deshalb fordert der Beitrag auf den Seiten 20-22 ein Umdenken in der ländlichen Entwicklungspolitik – weg von der Förderung im Sinne von Einkommenstransfers hin zu nachhaltigen Investitionen in die Zukunft. Eine Lösung sehen die Autoren in ergänzenden regionalen Finanzierungsinstrumenten, die nach regionaler Leistungsfähigkeit vergeben werden.

Und damit sind wir auch schon mittendrin in der Diskussion um die künftige Förderung für ländliche Räume: 2014 beginnt die neue EU-Förderperiode, und angesichts leerer öffentlicher Kassen und mangelhafter

Noten für die Wirksamkeit der bisherigen Förderung sind neue Strategien erforderlich. Was für die Akteure vor Ort dabei besonders wichtig ist, lesen Sie auf S. 23. Um Förderung beispielsweise stärker an regionalen Bedürfnissen auszurichten und Synergien zwischen verschiedenen Förderprogrammen und Ressorts zu nutzen, sollte ländliche Entwicklungspolitik ressortübergreifend geplant werden. Dass diese Möglichkeit längst keine Zukunftsmusik mehr ist, zeigt der Beitrag auf den Seiten 24-25 anhand zweier Fallbeispiele aus Deutschland und Irland. Einige Finanzierungsinstrumente, bei denen Regionen die Verantwortung für den Einsatz und die Verwaltung der zur Verfügung gestellten Mittel tragen, wurden bereits als Modellvorhaben erprobt. Eines dieser Instrumente hat es sogar bis in die Regelförderung geschafft: die Regionalisierten Teilbudgets EFRE in Niedersachsen, vorgestellt auf den Seiten 26-27.

Wie die ländliche Förderpolitik der Zukunft aussehen wird, bleibt spannend. Eine Vielzahl an Erfahrungen zu innovativen Instrumenten gibt es bereits. Jetzt gilt es, aus diesen zu lernen und für jede Region die bestmögliche Variante herauszufiltern.



# Die Vielfalt nutzen!

Von Isabell Friess und Doreen Haym

**Das Programm zur Förderung ländlicher Räume gibt es nicht! Vielmehr gilt es, aus der Vielzahl der Fonds und Programme, die europa- und deutschlandweit zur Verfügung stehen, die richtige Auswahl zu treffen. Die wichtigsten Fördermöglichkeiten stellen wir hier zur Einführung unseres Fokusthemas vor.**

Ländliche Räume sind untrennbar mit der Identität und dem Territorium der Europäischen Union verbunden. Gemäß einer Standarddefinition sind mehr als 91 Prozent des Hoheitsgebiets der EU „ländliche Räume“. In diesen Gebieten leben über 56 Prozent der EU-Bevölkerung. Dabei gibt es nicht den ländlichen Raum. Ländliche Räume sind vielfältig, genauso wie die Herausforderungen, denen sich die Regionen vor Ort stellen müssen. Ob demografischer Wandel und Abwanderung, Urbanisierungsprozesse, Umstrukturierung der Agrarlandschaft oder Klimawandel – auf diese Entwicklungen müssen die Förderpolitiken für ländliche Räume reagieren.

## Ziele der EU

Die Politik für ländliche Räume leitet sich aus den strategischen Grundsätzen der Europäischen Union ab. Im Wesentlichen sind das die Lissabon-Strategie für Wachstum

und Beschäftigung (2000), nach der die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden soll, und die vom Europäischen Rat in Göteborg beschlossene Ergänzung der Lissabon-Strategie (2001) um die Dimensionen Umwelt und nachhaltige Entwicklung durch die europäische Nachhaltigkeitsstrategie.

## Die wichtigsten Fonds und Programme der Europäischen Union

### EU-Fonds und ihre Ziele

#### Europäischer Sozialfonds (ESF):

- Arbeitsplätze schaffen, Menschen durch Ausbildung und Qualifizierung unterstützen
- Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt abbauen

#### Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE):

- Wirtschaftliche und soziale Kohäsion stärken

#### Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER):

- Landwirtschaft in ihrer Funktion für Land und Umwelt stärken
- Entwicklung der ländlichen Räume unterstützen

#### Europäischer Fischereifonds:

- Nachhaltige Entwicklung im Bereich Fischerei fördern
- Wettbewerbsfähigkeit der betrieblichen Strukturen stärken
- Wirtschaftlich lebensfähige Unternehmen im Fischereisektor entwickeln
- Maßnahmen gegen die Überfischung in europäischen Gewässern

#### EU-Programme und Ziele

##### Life+:

- Innovative und integrierte Umwelttechnologien entwickeln
- Bedrohte Arten und natürliche Lebensräume schützen
- Informationskampagnen

##### Kultur 2007–2013:

- Grenzüberschreitende Mobilität von Kulturakteuren unterstützen
- Kulturelle Werke und Erzeugnisse transnational verbreiten
- Interkulturellen Dialog in Europa fördern

##### Lebenslanges Lernen:

- Europäische Kooperationen in der Schul-, Hochschul-, beruflichen und allgemeinen Erwachsenenbildung fördern

##### Jugend in Aktion:

- EU-Bürgersinn, die Solidarität und das demokratische Engagement unter jungen Menschen stärken





- Mobilität und europäische Zusammenarbeit unterstützen

**Forschungsrahmenprogramm:**

- Wissenschaftliche und technologische Grundlagen stärken
- Internationale Wettbewerbsfähigkeit fördern
- Forschungsmaßnahmen unterstützen

**Die bundesweiten Programme**

Auf Bundesebene werden die ländlichen Räume Deutschlands vor allem über die beiden Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) und „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert. Mit der GAK verfolgen Bund und Länder gemeinsam das Ziel, die Land- und Forstwirtschaft auf künftige Anforderungen auszurichten, für den gemeinsamen Europäischen Markt wettbewerbsfähig zu machen und den Küstenschutz zu verbessern. Zur Erfüllung der GAK wird für den Zeitraum einer vierjährigen Finanzplanung ein gemeinsamer Rahmenplan von Bund und Ländern aufgestellt (siehe [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)). Die GRW (siehe [www.bmwi.de](http://www.bmwi.de)) gehört zur Regionalpolitik des Bundes und bezweckt, das Wachstum der Regionen nachhaltig zu erhöhen. Strukturschwache Regionen sollen in die Lage versetzt werden, eigenständig Projekte umzusetzen. Zudem werden Förderanreize für klein- und mittelständische Unternehmen verstärkt. Bund und Länder legen gemeinsam Fördergebiete, Förderhöchstsätze und -tatbestände und die Mittelverteilung fest. Zusätzlich gewährt der Bund den Ländern über die Städtebauförderung Finanzhilfen, um Innenstädte und Ortszentren zu stärken, nachhaltige städtebauliche Strukturen herzustellen oder soziale Missstände zu beheben. Im Laufe des Jahres 2010 wird das neue Städtebauförderprogramm „Förderung kleinerer Städte und Gemeinden – Zusammenarbeit und Netzwerke“ ([www.bmvbs.de](http://www.bmvbs.de)) eingerichtet. Sein Ziel ist es, die überörtliche Zusammenarbeit zu stärken. GAK,

GRW und Städtebauförderung werden jeweils in Förderprogrammen auf Bundesländerebene umgesetzt. Zudem bieten die Bundesländer zahlreiche weitere Fördermöglichkeiten an, die hier aufgrund ihrer Vielzahl und Unterschiede jedoch nicht näher erläutert werden können.

**Und was gibt es sonst noch?**

Zur Finanzierung von Projekten können neben den verschiedenen Programmen weitere Quellen angezapft werden. So gibt es in Deutschland eine breit gefächerte Stiftungslandschaft; 15.400 Stiftungsporträts stellt der Deutsche Stiftungsverband ([www.stiftungen.org](http://www.stiftungen.org)) in seinem „Verzeichnis Deutscher Stiftungen“ vor. Die KfW Bankengruppe bietet für private, kommunale Träger oder gemeinnützige Organisationen zinsgünstige Kredite – teilweise vom Bund subventioniert ([www.kfw-foerderbank.de](http://www.kfw-foerderbank.de)). Ein breites Förderangebot hält auch die Landwirtschaftliche Rentenbank ([www.rentenbank.de](http://www.rentenbank.de)) bereit: Während bei ihrem Programm „Leben auf dem Land“ privates Engagement gefördert wird, dreht sich bei „Räumliche Infrastrukturmaßnahmen“ alles um kommunale Infrastruktur. Landwirte können Unterstützung für den Bau von Wirtschaftsgebäuden, den Kauf von Boden, Investitionen im Bereich erneuerbarer Energien oder bei der Liquiditätssicherung erhalten. Auch für kleine und mittelständische Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft oder der Energieproduktion stehen Programme zur Verfügung. Geldanlagen, Finanzierungen, Stiftungen und Schenkungen bietet die GLS Bank ([www.gls.de](http://www.gls.de)). Zusätzlich verwaltet sie den Mikrokreditfonds Deutschland, mit dem die Bundesregierung Kleinstunternehmen und Existenzgründern den Zugang zu Kapital erleichtert.

Wie sich die Förderpolitik der EU und der Bundesrepublik Deutschland ab 2014 gestaltet, wird sich in den kommenden Jahren zeigen. Wir werden Sie über die Website [www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de) auf dem Laufenden halten.

**Mehr Licht im Dschungel**

Wie finden Projektträger das passende Programm? Eine Möglichkeit bietet die Förderdatenbank des Bundes – [www.foerderdatenbank.de](http://www.foerderdatenbank.de). Hier können Träger auf EU-, Bundes- und Länderebene nach einem passenden Programm suchen. Außerdem haben die Bundesländer die Förderinformationen für ihre Einwohner aufbereitet. Neben der Aufzählung der länderspezifischen Programme werden meist auch EU- und bundesweite Programme erläutert.

**Was muss beachtet werden?**

Bei der Suche nach einem Förderprogramm müssen zunächst bestimmte Fragen geklärt werden: Wo gilt das Programm? Wer ist zuwendungsberechtigt? Was sind die genauen Förderinhalte? Gibt es ein Darlehen oder einen Kredit? Welche rechtlichen Grundlagen müssen berücksichtigt werden, gilt zum Beispiel die De-minimis-Verordnung? Und so weiter, und so fort. Im „DVS-Förderhandbuch für den ländlichen Raum“ sind die Leitfragen in Checklisten zusammengestellt und die wichtigsten Informationen der ausgewählten Programme in Tabellen aufbereitet. Das Handbuch kann über [dvs@ble.de](mailto:dvs@ble.de) oder Tel. 02 28 / 68 45 34 33 bestellt werden.

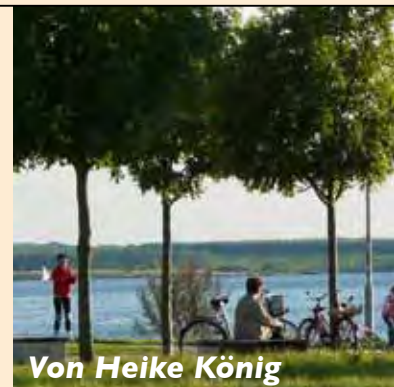
**Mehr Informationen:**

Isabell Friess und Doreen Haym  
 Bundesanstalt für Landwirtschaft  
 und Ernährung  
 Telefon: 02 28 / 68 45 34 59; -39 42  
 E-Mail: [isabell.friess@ble.de](mailto:isabell.friess@ble.de),  
[doreen.haym@ble.de](mailto:doreen.haym@ble.de)  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)



Bild: Dawn / Fotolia

# Hand in Hand fürs Leipziger Neuseenland



Von Heike König

**Die neuen Seen der Bergbaufolgelandschaft im Süden Leipzigs mit den Fließgewässern und Kanälen der Stadt zu verknüpfen und wassertouristisch zu erschließen – diese Vision nimmt heute nach und nach Gestalt an. Ein Meisterstück an Abstimmung und Fördermittelkombination!**

Im Gegensatz zu den meisten anderen wassertouristischen Regionen in Deutschland findet man im Leipziger Neuseenland ein Nebeneinander von neuen Gewässerlandschaften, ursprünglichen Naturlandschaften und vielfältigen Stadträumen. Das Herzstück bildet die Messe- und Kulturstadt Leipzig mit ihrem gerade entstehenden Stadthafen und ihren Flüssen und Kanälen.

## Eine Region mit Visionen

Der Touristische Gewässerverbund Leipziger Neuseenland ist Bestandteil des Regionalplanes für Westsachsen, des Regionalen Handlungskonzeptes des Grünen Ringes Leipzig und des Regionalen Entwicklungskonzeptes des Zweckverbandes Kommunales Forum Südraum Leipzig. Sein Ziel ist es, die neuen Seen, die aus der Flutung der so genannten Tagebaurestlöcher im ehemaligen Braunkohle-Abbaugelände südlich von Leipzig entstehen, mit den Fließgewässern und Kanälen der Stadt zu verbinden. Das Projekt steht auf der Agenda vieler Kommunen, die früher unter dem Bergbau stöhnten, jetzt aber Seeanrainer sind und einen Yachthafen oder einen Sportstrand

auf ihrem Grund und Boden planen. Grundlage ist ein „Wassertouristisches Nutzungskonzept“, das sowohl touristische als auch Umweltbelange berücksichtigt.

## Koordination auf allen Ebenen nötig

Aufgrund der vielen Einzelprojekte, aus denen sich das „Projekt Gewässerverbund“ zusammensetzt, und der schrittweisen Entwicklung ist eine abgestimmte, ressort- und verwaltungsgrenzenübergreifende Planung das A und O. Zunächst musste hierfür die Rechtsgrundlage geschaffen werden. Außerdem mussten bzw. müssen rund 100 Einzelmaßnahmen vom Schleusenbau bis zur Flussöffnung umgesetzt werden. Einige der geplanten sieben Wasserkurse mit Längen von 7 bis 41 Kilometern werden heute schon intensiv genutzt, andere sind noch im Entstehen.

Gemeinden, die Stadt Leipzig, die Landkreise und die zahlreichen weiteren Akteure wie die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), die Landestalsperrenverwaltung (LTV), Ministerien, Sportvereine, Naturschutz- und Tourismusverbände sowie die Wirtschaft

sind eng in das Projekt eingebunden. Die regionale Planungsstelle Leipzig, angesiedelt beim Regionalen Planungsverband Westsachsen, sorgt für die nötige Abstimmung und den regionalen Konsens bei der Ausgabe der so genannten §4-Mittel der Braunkohlesanierung. Wichtige Grundlagenarbeit leistete der Grüne Ring Leipzig (GRL), eine freiwillige Kooperation von 13 Kommunen sowie den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen, die Projekte zu den Themen Umwelt, Wasser und Landschaft durchführt: Der GRL organisiert und koordiniert regionale Arbeitskreise und rief beispielsweise 2006 mit der Landesdirektion Leipzig die Steuerungsgruppe Gewässerverbund ins Leben. Die LMBV wiederum sorgt dafür, dass die Ideen in die Tat umgesetzt werden: Zusammen mit ihren Partnern lässt sie Seen fluten, Maßnahmen der Grundsanierung umsetzen und Schleusen, Wehre und Brücken bauen.

## Was zählt: Kreativität, Schnelligkeit und langer Atem

Der Aufbau des Verbundes ist ein hartes Geschäft für alle, und nicht alles ist steu-

Wildwasserparadies - Kanupark am Markkleeberger See.



Bild: König, Grüner Ring Leipzig

Eröffnung der Brücke S46 im Oktober 2009, ein wichtiger Durchlass in Richtung Cospudener See.



Bild: König, Grüner Ring Leipzig





Bild: König, Grüner Ring Leipzig

Gut besucht, das Nordufer des Cospudener Sees.

erbar. Wichtig ist, die einzelnen Projekte durch eine geschickte Kombination von Förderquellen auf den Weg zu bringen, Eigenmittel bereitzustellen, Stadt- und Gemeinderäte zu überzeugen, die Bürger mitzunehmen, zu kommunizieren und transparent zu bleiben. Bei leerer werdenden Kassen sind vor allem immer mehr öffentlich-private Partnerschaften nötig, um die anspruchsvollen Aufgaben zu meistern. Der Rückgang der Fördermittel ist unwiderruflich, die Kompatibilität der Förderung mit regionalen Bedürfnissen ist meist gering, und selten entspricht die Förderung den finanziellen Gegebenheiten der Antragsteller. Hinzu kommen der Verzug durch Gremienvorbehalte, Haushaltssperren oder Wetterkapriolen, denn auch die höhere Gewalt ist immer mit am Tisch.

Das alles macht es nötig, intelligente Finanzierungssysteme zu erdenken. Hierbei sind Kreativität, Schnelligkeit und ein langer Atem gefragt. Die Fördertöpfe wollen so genutzt werden, wie es die Vokabeln hergeben. So werden Förderkriterien oft mit sprachlicher Akrobatik „interpretiert“. Zwar gewinnen die Projektnamen dann keinen linguistischen Preis, doch die Gelder bringen Inhalte voran. Es gilt, immer schon ein oder mehrere Konzepte in der Schublade zu haben, wenn es am Ende eines Kalenderjahres oder der Förderperiode etwas zu verteilen gibt. Schließlich mahlt gegen Kassenschluss stets derjenige, der zuerst kommt.

Und doch entstehen immer wieder Finanzierungslücken, driften Theorie und Praxis auseinander. Studien, Konzeptionen und Vorplanungen werden zwar gefördert, fristen dann aber ein Schattendasein in der Schublade und harren ihrer Umsetzung, während sie an Aktualität verlieren.

### Der Faktor Mensch

Der Weg ist das Ziel – diese Aussage gilt auch hier. Ehe der Anschluss an das Euro-



Bild: König, Grüner Ring Leipzig

Wasserknospe Leipzig am Palmengartenwehr; hier fließen Elster- und Pleiße in das Pleiße- und Elstermühlgraben zusammen.

### Förderung: Ein wahrhaft vielfältiger Mix

Der Touristische Gewässerverbund Leipziger Neuseenland macht sich zahlreiche Fördertöpfe zunutze: So wurde der Grüne Ring Leipzig (GRL) zu einem intensiven Nutzer der *Förderrichtlinie Regio* des Sächsischen Innenministeriums, über die seit 1997 Projekte mit interkommunalem und regionalem Charakter unterstützt werden. Ohne das gemeinsame Bekenntnis aller GRL-Mitgliedskommunen, die immer zwischen 10 und 40 Prozent kofinanzieren müssen, von denen aber manche fern von Seen oder Flüssen liegen, wäre dies nicht möglich.

Mittel von Bund und Land sorgen für die grundlegende Sanierung der Tagebaue. Gelder aus der *Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“* (GA-Infra), der *Förderrichtlinie Wasser*, der *Förderrichtlinie Gewässergüte* und der *Städtebauförderung*, gekoppelt mit kommunalen Eigenmitteln, sorgen für die Entwicklung von gewässertouristischer Infrastruktur wie

Schleusen, Stege, Häfen und Brücken. Städtische wie regionale Vereine sind wichtige Partner für die Beantragung europäischer Fördergelder; Bürger engagieren sich für die Öffnung der Gewässer; gründen Vereine und sammeln Spenden; hinzu kommen Gelder von Stiftungen wie der *Landesstiftung Natur und Umwelt* in Sachsen. Der Prototyp des Leipzigbootes – des an die Bedingungen der sensiblen Auen- und Flusslandschaft angepassten, umweltverträglichen Fortbewegungsmittels – ist beispielsweise das Ergebnis aus dem Zusammenspiel von Fördermitteln des Landes, Geldern des GRL und des Kommunalen Forums, eines Stiftungspreises, der Förderung des ländlichen Raumes (LEADER+), eines Vereins, der Investition eines städtischen Eigenbetriebs und privatwirtschaftlichen Initiativen.

päische Wasserstraßennetz geschaffen ist, bleiben noch viele Visionen und Aufgaben, die umgesetzt und vor allem finanziert werden wollen. Visionen tragen, politischer Rückenwind hilft, Finanzierung beschleunigt, Qualität setzt sich durch – alles richtig und wichtig. Hinter all dem stehen jedoch immer einzelne Menschen. Ohne ihren persönlichen Einsatz und ihre gewachsenen Netzwerke geht gar nichts. Sie haben Weitblick, schaffen Konsens und leisten Überzeugungsarbeit, finden Geldquellen, nehmen regionale Verantwortung wahr, bieten Verwaltungskapriolen in Stadt und Land die Stirn, nehmen die Menschen mit und bleiben dran. Es ist ein harter Weg, den die Gewässerverbund-Aktiven in der Region beschritten haben. Doch die Ergebnisse entschädigen sie für ihre Mühen.

### Mehr Informationen:

Heike König  
 Projektkoordinatorin Grüner Ring Leipzig  
 Telefon: 03 41 / 2 53 56 50  
 E-Mail: [grl@isip-weiterbildung.com](mailto:grl@isip-weiterbildung.com)  
[www.gewaesserverbund.de](http://www.gewaesserverbund.de);  
[www.gruener-ring-leipzig.de](http://www.gruener-ring-leipzig.de);  
[www.leipzigerneuseenland.de](http://www.leipzigerneuseenland.de)



Bild: Shutterstock

# Naturparke als Förderexperten

Von Jan Lembach

**Die Naturparke in Deutschland leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der ländlichen Regionen. Dabei nutzen sie eine Vielfalt an Förderprogrammen, wie das Beispiel des Naturparks Nordeifel zeigt.**

Die 102 deutschen Naturparke ([www.naturparke.de](http://www.naturparke.de)) decken heute mehr als ein Viertel der Landesfläche ab. Schon aus diesem Grund, aber auch durch den gesetzlichen Auftrag im Bundesnaturschutzgesetz und den Landesnaturschutzgesetzen, kommt den Naturparken eine große Bedeutung in der Entwicklung ländlicher Räume zu. Dabei steht ihre oftmals geringe finanzielle und damit auch personelle Grundausstattung im Widerspruch zu ihren umfassenden Aufgaben.

## Grundfinanzierung und Förderung variieren

Die Einrichtung von Naturparken ist „Ländersache“. Dies zeigt sich unter anderem in der sehr unterschiedlichen Grundfinanzierung: In zehn Bundesländern werden rund 70 Naturparke durch die Länder regelmäßig institutionell finanziert. Etwa 30 Naturparke, darunter auch die 14 Naturparke in Nordrhein-Westfalen, werden ausschließlich durch kommunale Finanzierung gesichert. Das heißt, hier sorgen in der Regel die Kreise, Städte und Gemeinden mit überschaubaren Zuschüssen für die Unterhaltung der Naturpark-Geschäftsstellen. Diese Grundfinanzierung reicht jedoch für

eine zielgerichtete und in der Region auch spürbare Aktivität nicht aus; die zusätzliche Akquirierung von Fördermitteln ist unerlässlich. Wie eine Studie zu den Finanzierungsquellen zeigt (siehe Abb. 1), nimmt dabei nahezu jeder Naturpark Landesmittel in Anspruch. Zwei Drittel der Naturparke werden durch EU-Förderprogramme unterstützt. Bundesmittel sind dagegen nur sehr selten im Förderspektrum der Naturparke zu finden.

## Zum Beispiel: der Naturpark Nordeifel

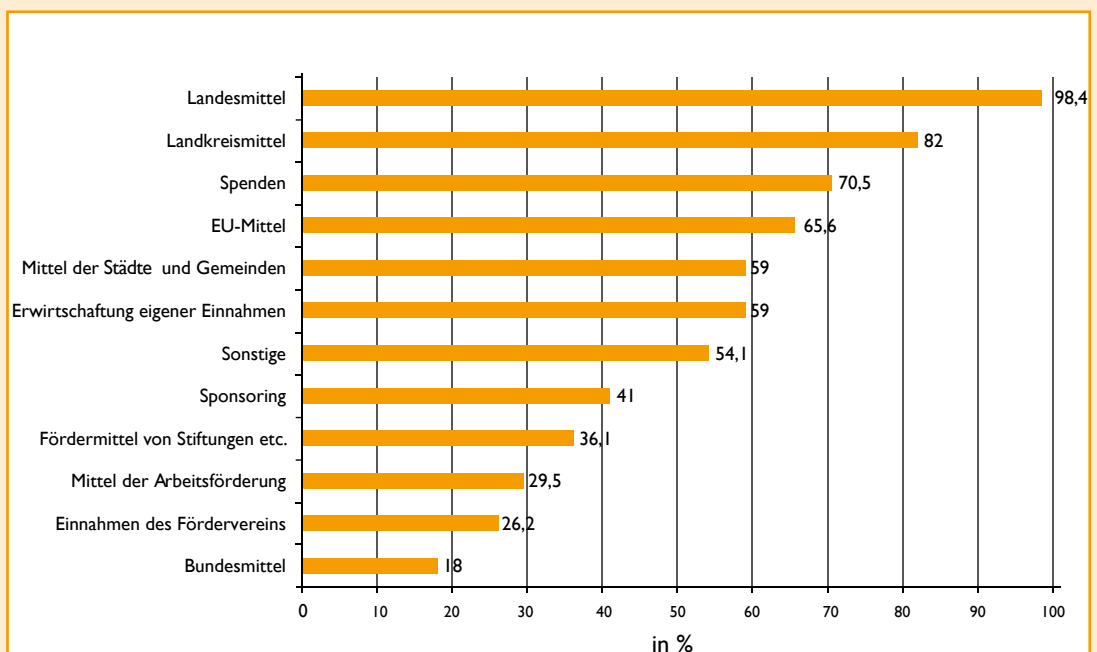
Auch im Naturpark Nordeifel (Nordrhein-Westfalen, NRW) als Teil des Deutsch-Belgischen Naturparks Hohes Venn – Eifel

([www.naturpark-eifel.de](http://www.naturpark-eifel.de)) sind die unterschiedlichen „Fördertöpfe“ die Garanten für eine erfolgreiche Arbeit. Für die Grundfinanzierung des Naturparks, der sich in der Trägerschaft eines eingetragenen Vereins befindet, sind die Kreise, Städte und Gemeinden verantwortlich. Fördermittel sorgen dafür, dass zahlreiche Projekte realisiert und damit deutliche Impulse für die Entwicklung der Eifel gesetzt werden können.

## „Eifel-Blicke“ und „Eifel barrierefrei“

So wurden zum Beispiel im Förderprojekt „Eifel-Blicke“ ([www.eifel-blicke.de](http://www.eifel-blicke.de)) herausragende Aussichtspunkte und Fernsich-

Abb. 1: Finanzierungsquellen deutscher Naturparke





Die eindrucksvollen „Eifel-Blicke“ entstanden aus Fördermitteln des Landes NRW.

ten in einem deutschlandweit einmaligen Projekt zusammengefasst und touristisch aufgearbeitet. Nach der Ersteinrichtung von 45 Standorten in einem zweijährigen Förderprojekt (2005 bis 2006; NRW-EU-Ziel 2-Programm, EFRE) kommen laufend weitere, von der Region finanzierte „Eifel-Blicke“ hinzu: sechzig sind es bereits. Mit der Initiative „Eifel barrierefrei – Natur für alle“ ([www.eifel-barrierefrei.de](http://www.eifel-barrierefrei.de)) unterstützt der Naturpark erfolgreich das Naturerlebnis auch für Menschen mit Behinderung sowie für ältere Menschen. Das Projekt begann 2003 mit einer moderaten Unterstützung von 10.000 Euro über ein Beschäftigungsprogramm des Landes NRW. Inzwischen konnten für diese wichtige Initiative zum integrativen Naturerlebnis über 1,75 Millionen Euro in zwölf Einzelförderprojekte investiert werden: über EU-Förderung, Landesmittel, Stiftungen, Sponsoren und regionale Kofinanzierung.

Auf diese Weise wurden in den vergangenen zehn Jahren im Naturpark Nordeifel rund sechzig verschiedene Förderprojekte erfolgreich entwickelt, beantragt und umgesetzt. Im Durchschnitt wurden dabei zwischen 500.000 Euro und 1 Million Euro pro Jahr investiert. Insgesamt wurden über 15 Förderprogramme und Stiftungen in Anspruch genommen (siehe Tab. 1). Die Budgets der einzelnen, meist mehrjährigen Projekte schwanken dabei zwischen wenigen Zehntausend Euro und 1,3 Millionen Euro. Im langjährigen Mittel gelang es der Naturpark-Geschäftsstelle, die kommunale Grundfinanzierung durch Fördermittel zu verzehnfachen.

**Langfristige Perspektiven geschaffen**

Dabei haben sich auch längerfristige Förderperspektiven ergeben: Der Naturpark Nordeifel bewarb sich 2007 beim Land Nordrhein-Westfalen erfolgreich um die Anerkennung als Leader-Region und gewann 2009 auch den Bundeswettbewerb der Bioenergie-Regionen ([www.bioenergie-regionen.de](http://www.bioenergie-regionen.de)). So bilden die Geschäftsstelle der Leader-Region Eifel ([www.leader-eifel.de](http://www.leader-eifel.de)) und die Geschäftsstelle der Bioenergieregion Eifel ([www.bioenergie-eifel.de](http://www.bioenergie-eifel.de)) zusammen mit der Naturpark-Geschäftsstelle ein kleines Kompetenzzentrum für die nachhaltige Regionalentwicklung. Synergien können so optimal genutzt werden.

**Erfolgsfaktoren: Ideen, Innovationen, starke Partner**

Bei den meisten Förderprojekten des Naturparks Nordeifel ist tatsächlich nur die von den Programmgebern beabsichtigte „Anschubfinanzierung“ nötig. Die dauerhafte Fortführung wird von den Pro-

Tab. 1: Auswahl beispielhafter Projektförderung im Naturpark Nordeifel (NRW)

| Projekte  | Förderprogramme   | Fördersumme |
|---|---|-------------|
| Flurheckenpflege (jährlich)                                     | Land NRW: Förderrichtlinie Naturschutz (FöNA)   | 60.000 €    |
| Qualitätsoffensive Eifeler Naturzentren(2007-2008)              | NRW-EU-Gemeinschaftsprogramm Ziel-2 Phase V (2000-2006)   | 175.000 €   |
|   | Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)  | 20.000 €    |
| Ökonomische Effekte in der Nationalparkregion Eifel (2007-2008) | NRW-EU-Gemeinschaftsprogramm Ziel-2 Phase V (2000-2006)   | 40.000 €    |
| Eifel-Blicke (2005-2006)  | NRW-EU-Ziel 2-Programm (Auslaufförderung)   | 220.000 €   |
| Natur für alle in Natura-2000-Gebieten (2008-2010)              | Land NRW: NRW Ziel-2-Programm (EFRE) 2007 – 2013  | 1.050.000 € |
| Römerkanal-Wanderweg (2010-2011)                                | NRW-Stiftung  | 90.000 €    |
| Höfener Heckenweg (2007)  | Land NRW: Förderrichtlinie Naturschutz (FöNA), NRW-Stiftung, Landschaftsverband Rheinland (LVR) | 40.000 €    |
| Regionaltypische Heckenpflanzungen (2008 und 2010)              | Landschaftsverband Rheinland (LVR)  | 12.000 €    |
| Barrierefreier Landschaftspfad (2005-2006)                      | NRW-Stiftung, HIT-Umwelt-Stiftung, Eifelhöhen-Klinik  | 90.000 €    |
| Netzwerk der Naturparke in D, B, L und F (2009-2011)            | EU: Interreg IV A   | 150.000 €   |
| LEADER-Region Eifel (2008-2012)                                 | Land NRW: NRW-Programm Ländlicher Raum  | 1.600.000 € |
| Bioenergie-Region Eifel (2009-2012)                             | Bund: Bundeslandwirtschaftsministerium  | 400.000 €   |

jektpartnern gewährleistet. Dabei haben viele Faktoren zum Erfolg des Naturparks Nordeifel beigetragen: Am Anfang jedes Projektes steht natürlich eine „gute“ und vor allem umsetzbare Idee. Unerlässlich sind auch die zahlreichen Projektpartner, die Grund und Boden, Kompetenzen oder auch Mittel zur Kofinanzierung einbringen. So hat der Naturpark Nordeifel in den vergangenen Jahren mit über 100 regionalen Partnern – teilweise auch mit kofinanzierenden kommunalen Trägern – Förderprojekte realisiert. Die inhaltliche und politische Unterstützung der Kreise, Städte und Gemeinden im Naturpark war und ist für die erfolgreiche Projektarbeit ebenso unabdingbar.

**Fördergeschäft wird schwieriger**

Bei allem Erfolg: Die Fördermittelakquise wird immer aufwändiger. Wettbewerbsbeiträge und Förderanträge werden umfangreicher und sind oft nur mit externer und kostenintensiver Unterstützung zu bewältigen. Die Förderrichtlinien sind teilweise praxisfremd und behindern eine zielgerichtete und effiziente Projektumsetzung. In einigen Förderprogrammen sind zudem

die Verwendungsprüfungen sehr umfangreich. Ein Beispiel: Das eher überschaubare Projekt „Eifel-Blicke“ wurde nach Abschluss durch fünf (!) unterschiedliche Institutionen geprüft. Angesichts der finanziellen Engpässe in den kommunalen Haushalten wird es zudem immer schwieriger, kommunale Partner zur Kofinanzierung zu finden. Diesen Problemen will der Naturpark mit einem ständig verbesserten Projektmanagement und laufender Qualitätssicherung begegnen.

**Mehr Informationen:**

Jan Lembach  
 Naturpark Nordeifel e.V.  
 im Deutsch-Belgischen Naturpark  
 Telefon: 0 24 86 / 91 11 17  
 E-Mail: [info@naturpark-eifel.de](mailto:info@naturpark-eifel.de)  
[www.naturpark-eifel.de](http://www.naturpark-eifel.de)



Bild: Veit Urban

# Impulsgeber für eine lebendige „Land-Kultur“

Von Veit Urban

**Land.Leben.Kunst.Werk. e.V. ist ein freier Träger der Jugendhilfe in Sachsen-Anhalt. Seine Projekte reichen von der Arbeitswelt über Bildung und Kultur bis hin zu generationenübergreifenden Wohnprojekten. Die Förderung nutzt der Verein vor allem, um Projekte und die Bildung von Betriebszweigen anzustoßen.**

Seit seiner Gründung im Jahr 2002 entwickelt der Verein Land.Leben.Kunst.Werk ein Zentrum für nachhaltige Kulturarbeit auf dem Land. Dabei wird Jugend- und Sozialarbeit als Motor für eine gemeinwesenorientierte Kultur betrachtet. Im Zusammenspiel mit Bewohnern und Gästen sollen das ländliche Lebensumfeld als Qualität neu entdeckt und Prozesse der Selbstorganisation angeregt werden. Der Verein ist seit 2005 in Quetzdölsdorf ansässig. Das Dorf mit seinen 430 Einwohnern gehört heute zur Einheitsgemeinde Zörbig im Landkreis Anhalt-Bitterfeld.

## Vom Bildungsprojekt bis zum Hofcafé

Der Verein ist mit zum Teil stetigen, zum Teil wechselnden Kooperationspartnern in folgenden Handlungsfeldern aktiv:

- Arbeitswelt und Lebensbewältigung,
- Land-Kultur als Gemeinwesenarbeit,
- Regionale Bildungsangebote,
- Wohn- und Gemeinschaftskonzepte.

Einen Schwerpunkt der Arbeit bilden darin verschiedene Teilprojekte. Außerdem pflegen wir einen Schaugarten und englischen Park, legen ein „Naschdorf“ mit Obst und Rosen an und betreiben eine

Bildungsstätte. Unterstützend wirkt bei Schul- und Dorfprojekten unsere rollende Werkstatt als Abenteuer-Bau-Koch-Mobil. Arbeitsmarktbezogene Maßnahmen gestalten die Gesamtunternehmung in unterschiedlichen Laufzeiten innovativ und nachhaltig. Ein wichtiges Projekt ist zurzeit der Erwerb und die Entwicklung von Gut Quetz. Dies erfolgt als eine Entwicklung von Einzelunternehmen in Ergänzung zu Vorhandenem:

- Gärtnerei und Archehof,
- Denkmalpflegehof,
- Hofladen, Kantine, Café,
- Eigene Energieversorgung,
- Akademie für Dorfbewegung,
- Bürger-Service-Büro, Bibliothek,
- Gemeinschaftliches Wohnen.

Dieser „Dorfentwicklungsplan von unten“ soll mit regionalen Konzeptionen wie ILEK, Jugendhilfeplanung oder kommunalen Bildungsmaßnahmen verknüpft werden und auch anschlussfähig für unterschiedliche Förderinstrumente sein.

Das eigene Tun an den Naturverhältnissen und dem Gemeinwohl auszurichten befähigt, wieder eigenverantwortlicher zu leben. Quetz kommt dabei dem besonderen Stärkeprofil der Landbewohner ein Stück näher.

## Förderung – oder: Die Kultur des Trüffelschweins

Unsere Projekte laufen sowohl aus Eigenkraft als auch mit Fördersummen von bis zu 750.000 Euro. Die Förderlaufzeiten variieren von 3 Wochen bis zu 2,5 Jahren, die Förderung reicht von der lokalen bis zur europäischen Ebene. Sie kann als Ergebnis der „erfolgreichen Suche nach den Schätzen in den Menschen, Ressorts und Töpfen“ betrachtet werden. Wir verstehen sie als Impulsförderung für eine sukzessive Umstellung auf eigene Tragfähigkeit. Dabei kommt die Förderung verschiedenen Zielen zugute:

## Personen- und Prozessbegleitung:

Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL II finden benachteiligte Jugendliche Perspektiven in unterschiedlichsten Bereichen – zum Beispiel in den Projekten „Green Leaves: Berufschancen & Lebensqualität im ländlichen Raum“, dessen nachhaltiges Produkt ein Schaugarten mit historischen Gemüsesorten ist, oder „Teambildung – Teamentwicklung“, in dessen Rahmen ein künstlerischer Hochseilgarten entstanden ist. Berufsorientierung





Bild: Thomas Böttcher

erfahren Landjugendliche in der *Bundesinitiative* „Wir ... hier und jetzt“. Existenzgründer werden über das Instrument „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ aus Bundes- und Landesmitteln im Rahmen des *Europäischen Sozialfonds* – ESF – gefördert. Mit dem „KunstSommer: ein Dorf verwandelt sich in Atelier, Bühne und Spielfeld“ werden generationenübergreifend alljährlich zahlreiche Kulturprojekte realisiert, wechselnd finanziert aus *Vereinsmitteln, Stiftungen* und *Jugendpauerschale* (einer Art Pro-Kopf-Pauschale für Jugendliche). *Mikrobudgets von Stiftungen* wie „ZeitenSprünge“ oder „Jugendaktiv“ unterstützen hier intergenerative, lebendige Dorfgeschichte (zwischen Bodenreform und Hartz-IV-Reform) oder lokales Jugendengagement wie eine Dorf-bibliothek.

**Aufbau neuer Strukturen:**

Der vereinseigene Pfarrhof wird zurzeit zur Wohn- und Wirtschaftseinheit umgebaut, um das gemeinschaftliche Wohnen mehrerer Generationen zu ermöglichen. Tatkräftige Unterstützung gibt es dabei

über *internationale Workcamps* sowie *Bürgerschaftsmodelle* durch Freunde und Banken. Unterstützt von Leader, nimmt das Projekt „BioGartenKüche – Bildungshaus – Atelier“ Gestalt an. Hierfür wird die alte Scheune des Pfarrhofes in eine Dorfwerkstatt umgebaut. Das Baumhaus-Runddorf auf Stelzen im Kletterwald ermöglicht abenteuerliche Übernachtungen und wird aus *Eigenmitteln* finanziert.

**Netzwerke:**

Das Projekt „Baumhaus-Geflüster“ entwickelt neue Aushandlungsforen für die Jugendhilfe und geht aus dem bundesweiten Netzwerk „Lichtpunkte: gegen Kinderarmut in Deutschland“ hervor. Die Netzwerkstelle „LandKultur“ setzt hier auf eine *regionale* Verantwortungsgemeinschaft. Hervorgegangen aus dem *Bundesprogramm Civitas*, trägt sich die Stelle im ostdeutschen Verbund heute selbst. Jugendhilfe-Schule-Kooperationen entfalten sich im *Bundesprogramm* „Vielfalt tut gut“, in *Landesrichtlinien* oder im Rahmen des *Konjunkturpakets II*. Im *Bundesprogramm* „XENOS: Bildung, Beschäftigung

und Teilhabe vor Ort“ wird das Projekt „Dorfwirtschaft: zwischen Arbeitswelt und Lebensbewältigung“ in den Fokus gerückt.

**Stolpersteine zwischen Knappheit und Fülle**

Die Landschaft des Förderns erleben wir einerseits als Fülle, andererseits als Zuteilung und Verknappung. Oft entsprechen unsere lokalen Erfordernisse nicht der Logik der Förderstrategien, die Themen „von oben“ vorgeben und passgenaue Anträge „von unten“ erwarten. Die Divergenz von Förderprogramm-Logik, konservativ-administrativer Verwaltungslogik und Vor-Ort-Projektlogik erschweren Kohärenz. Dies wird schon bei den Zeiten deutlich: Programmlauf-Zeiten, Maßnahme-Zeiten der Arbeitsverwaltung und Vegetations-Zyklen weichen stets voneinander ab.

Aber auch unterschiedliche Förderkulturen führen zu bestimmten Praxen und Anpassungsdruck bei den Anbietern. Institutionelle Förderung versteinert schnell, maßnahmebezogene Förderung behält den Hauch der Verwaltungslogik, projektbezogene Finanzierung bewegt sich im steten Innovationsfieber und Wettbewerbsdruck. Auch die benötigte Vor- und Kofinanzierung und der häufig notwendige Mix der Fördersysteme erzeugen vielfältige Hürden in der praktischen Umsetzung der Projekte.

**Wie sieht die „ideale Förderung“ aus?**

Bezogen auf die Förderung sähe ein Entwicklungspotenzial folgendermaßen aus: Regionalbudgets oder Ansätze eines kommunalen Bildungsmanagements als kohärente Jugendhilfe-, Sozial- und Bildungsplanung haben in Quetz ressortbezogene, sektorale Logiken überwunden. Sie reagieren auf Ideen und Impulse der Akteure. Fremddefinierte Vorgaben treten zugunsten einer Aushandlung vor Ort in den Hintergrund.

Auch eine andere Art der Förderung wäre denkbar: Die Projekt-Zukunft ist durch eine zielgenerierende Prozessgestaltung offen, Lösungen sind noch nicht statisch festgeschrieben. Änderungen im Verlauf werden als Bereicherung statt als Störgröße angesehen. Experimentierfreude und Fehlerfreundlichkeit sind Teil des Lernens im Wechsel von Gelingen und Scheitern, von Krise und Routine.

**Mehr Informationen:**

Land.Leben.Kunst.Werk. e.V.  
Zentrum für nachhaltige Landkultur  
Telefon: 03 46 04 / 9 20 - 69 / -72  
E-Mail: info@landlebenkunstwerk.de  
www.landlebenkunstwerk.de



Bild: Jochen Diener





Bild: Kallejpp / Photocase

# Von der zentralen Förderung zur regionalen Finanzierung

Von Sebastian Elbe und Florian Langguth

**Die heutige Förderarchitektur ist veraltet: Sektoral organisiert und auf Wachstum ausgerichtet, wird sie den Problemen vor Ort nicht mehr gerecht. Eine Lösung: Ergänzende regionale Finanzierungsinstrumente, die nach regionaler Leistungsfähigkeit vergeben werden. Dazu ist ein Umdenken notwendig. Weg von der Förderung im Sinne von Einkommenstransfers hin zu Investitionen in die Zukunft.**

„Neue Finanzarchitektur“: Dieser Begriff wird derzeit häufig in Bezug auf die Ausgestaltung der neuen EU-Förderperiode ab 2014 verwendet. Und er passt. Denn Architekten entwerfen Gebilde am Reißbrett. Ob diese „schön“ sind, liegt im Auge des Betrachters. Wesentlich relevanter jedoch ist: Vieles von dem Entworfenen ist meist wenig praktikabel. Daher auch die landläufige Meinung, Architekten sollten gezwungen werden, die ersten fünf Jahre in ihren Gebäuden zu wohnen und die nächsten fünf Jahre gegenüber. Übertragen auf die Ausgestaltung von Förderprogrammen hieße dies, die Verordnungs- und Programmentwickler sollten eine halbe Förderperiode lang Projektanträge schreiben und in der anderen Hälfte evaluieren. Und noch etwas passt sehr gut in den Vergleich: Architekten planen lieber auf der Grünen Wiese als im Bestand. Dieses Verhalten gilt auch bei der öffentlichen Förderung: Erfahrungen – d.h. der Bestand – werden bestenfalls selektiv wahrgenommen und wenn, dann nur sehr langsam verarbeitet. Doch wozu gibt es innovative Maßnahmen und Modellvorhaben, gute und beste Beispiele, wenn diese nicht bei Erfolg zur Regelförderung werden?

## **Sektorübergreifende Lösungen sind gefragt!**

Die bisherige öffentliche Förderung ist darauf ausgerichtet, Wachstum zu verteilen. Hierfür gibt es entsprechend ausdifferenzierte und zentral gesteuerte Instrumente. Doch wie sieht es mit Instrumenten

aus, die Schrumpfungsprozesse gestalten können? Strukturwandel, demografischer Wandel, Abwanderung und Fachkräftemangel sind keine Zukunftsprobleme, die sich diskursiv bewältigen lassen. Sie finden statt und wirken sich bereits heute intensiv auf die Regionen aus. Ein Beispiel: Aufgrund der Unterauslastung der technischen Infrastruktur in der Wasserversorgung kommt es in den Leitungen teilweise schon zu Standzeiten des Frischwassers von bis zu zehn Tagen.

Zudem laufen Schrumpfungsprozesse regional differenziert ab und finden teilweise neben Wachstumsprozessen statt. Politik und Verwaltung sind sektorspezifisch organisiert und bieten zur Lösung dieser Probleme eine Förderung an, die im Wesentlichen zentral organisiert ist. Verknüpfende, also integrierte Ansätze sind dabei Mangelware. Synergien zwischen den Förderprogrammen, zum Beispiel zwischen dem EU-Strukturfonds (EFRE, ESF) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), werden in den offiziellen Planungsdokumenten zur Negativ-Koordination degradiert: Doppelförderung wird ausgeschlossen – viel mehr Synergien gibt es in der Regel nicht.

## **Regionale Finanzierungsinstrumente als Ergänzung nutzen**

Nicht auf der zentralen, sondern auf der regionalen Ebene – d.h. der Ebene

zwischen einem Bundesland und einem Landkreis - muss die Kombination einzelner Förderprogramme und -maßnahmen stattfinden. Allerdings verfügt gerade diese Ebene über die geringsten Ressourcen im Mehr-Ebenensystem. Zudem muss sie gegen die Rahmenbedingungen der inhaltlichen Sektororientierung sowie die komplizierten Verwaltungs-, Finanz- und Kontrollsysteme ankämpfen. Dieses System wird sich kurz- bis mittelfristig nicht ändern. Die Spielräume innerhalb dieser Rahmenbedingungen können jedoch wesentlich besser genutzt werden, um den Einsatz regionaler Finanzierungsinstrumente zu ermöglichen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Regionale Finanzierungsinstrumente sollen nicht die zentral organisierte Regelförderung ersetzen, sondern sie ergänzen! Es geht nicht um zusätzliche Mittel, sondern um die Umschichtung vorhandener Mittel. Denkbar wäre, dass rund zehn Prozent der öffentlichen Mittel für regionale Finanzierungsinstrumente verwendet werden. Dieses Geld sollte in den Regionen sinnvoll vergeben werden, also nicht nur für Studien und Flyer. Es geht ebenfalls nicht um Milliardenbeträge, sondern um Projektvolumina in der ungefähren Größenordnung der De-minimis-Verordnung – also 200.000 Euro innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren. Großprojekte insbesondere im Bereich der Infrastruktur oder der einzelbetrieblichen Förderung sollten nach wie vor überregional finanziert werden.



## Zwei mögliche Säulen: Regionale Budgets und Regionalfonds

Die regionale Finanzierung sollte auf zwei Säulen basieren: auf *regionalen Budgets* und *Regionalfonds*. Während regionale Budgets die Aufgabe hätten, durch Zuschüsse nicht-wirtschaftliche Projekte mit gesamt-regionalen Zielen zu finanzieren, wären Regionalfonds auf wirtschaftliche Projekte ausgerichtet. Dazwischen lägen die teil-rückzahlbaren Zuschüsse: Wird ein Projekt aus dem regionalen Budget finanziert und wirft Gewinne ab, so könnten diese zur Finanzierung weiterer Projekte verwendet werden. Auch wenn zunächst Zuschüsse ausgereicht werden, können diese am Ende revolving (rückzahlbar) sein.

Zahlreiche Modellvorhaben und Gemeinschaftsinitiativen (z.B. Regionen Aktiv oder Leader), innovative Maßnahmen im Bereich der EU-Strukturfonds (z.B. XperRegio) oder sogar in der Regelförderung der EU-Strukturfonds (z.B. die Regionalisierten Teilbudgets Niedersachsen, siehe S. 26-27) zeigen, wie eine regionale Finanzierung im Bereich regionaler Budgets bereits erfolgreich umgesetzt wird. Bei den Regionalfonds hingegen steht die Diskussion noch am Anfang. Dabei wird deutlich, dass Regionalfonds zwar möglich, aber mit mehr Voraussetzungen verknüpft sind als regionale Budgets: Es werden ausreichend wirtschaftliche Projekte benötigt, um das Risiko entsprechend zu splitten und eine Rendite zu erwirtschaften. Daher wären für Regionalfonds eher größere Gebietskulissen als für regionale Budgets geeignet. Die regionale Leistungsfähigkeit spielt dabei die entscheidende Rolle.

## Regionale Leistungsfähigkeit entscheidet über Finanzierung

Auch wenn die Wirklichkeit sehr viel komplizierter ist, kann als einfache Variante ein System dienen, das die Regionen je nach ihrer Leistungsfähigkeit in drei Kategorien einteilt und die Finanzierung entsprechend gestaltet:

### 1. Wachstumsregion

Diese Regionen verfügen über Menschen mit Ideen, Wissen und Tatkraft, um vermarktungsfähige Produkte herstellen zu können – also über eine so genannte kritische Masse an Akteuren. Die Regionen können eine Wachstumsstrategie verfolgen, die im Wesentlichen über revolving (regionale) Fonds finanziert werden kann. Die Fonds werden durch öffentliche Mittel der EU-, Bundes- und Landesebene und private Mittel finanziert. Ergänzend kann ein regionales Budget eingerichtet werden.

### 2. Ausgleichsregion

Ausgleichsregionen verfügen über Basispotenziale im oben angeführten Sinne. Die Finanzierung ihrer Entwicklung erfolgt im Wesentlichen über Zuschüsse aus einem regional verwalteten Budget. Wirtschaftliche Projekte können als (teil-)rückzahlbare Zuschüsse finanziert werden. Bei entsprechenden Voraussetzungen ist die Ergänzung durch einen Regionalfonds möglich. Durch die angestoßene Entwicklung besteht die Option, mittel- bis langfristig eine kritische Masse aufzubauen und zur Wachstumsregion zu werden.

### 3. Regionen ohne Basispotenzial

Regionen ohne ein Basispotenzial werden weiterhin über die zentral abgewickelte Regelförderung bedient. Hiermit werden öffentliche Basisdienste sichergestellt. Wie in Ausgleichsregionen besteht auch hier die Option, durch eine punktuelle und gezielte Förderung besonders wichtiger Projekte ein Basispotenzial aufzubauen und zur Ausgleichsregion zu werden.

Die Einteilung der Regionen in das dreistufige System greift nicht auf Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosigkeit oder Einwohnerzahlen zurück. Vielmehr wird die Fähigkeit einer Region zur Umsetzung der regionalen Finanzierungsmöglichkeiten in den Mittelpunkt gerückt. Fragen zur Einstufung sind entsprechend einfach und allgemeingültig:

- Gibt es ausreichend aktive Akteure, die sich mit ihren Ideen gemeinsam für die Region auf den Weg machen wollen?
- Gibt es ausreichend wirtschaftliche Projekte sowie öffentliche und private Kapitalgeber für die Einrichtung eines Regionalfonds?
- Sind die Kapazitäten für die Abwicklung von regionalen Budgets und Regionalfonds vorhanden bzw. kann die Abwicklung über einen entsprechenden Kapazitätsaufbau gewährleistet werden?

## Ohne Finanzierungspartnerschaften geht es nicht

Dreh- und Angelpunkt bei der Umsetzung regionaler Finanzierungsinstrumente sind die Bundesländer. Diese sind per Grundgesetz für die Regional- und Agrarförderung verantwortlich und müssen überzeugt werden, regionale Budgets und Regionalfonds mit EU-Mitteln zu finanzieren. Sicherlich gibt es hier rechtliche Bedenken, doch können diese ausgeräumt werden. Um regionale Budgets und Regionalfonds einzurichten, ist vor allem der politische Wille entscheidend.

Weitere starke Finanzierungspartner insbesondere für Regionalfonds sind regional verankerte Banken und Sparkassen sowie die Unternehmen in den Regionen selbst. Ohne deren aktive ideelle und finanzielle Einbindung sind Regionalfonds nicht sinnvoll.

Überspitzt und zusammenfassend ausgedrückt: „Für regionale Budgets fragen Sie Ihr Land, für Regionalfonds Ihre Bank!“ Diese Partner sollten auch die zentralen (Mit-)Autoren regionaler Finanzierungskonzepte sein, auf deren Basis die inhaltliche Ausrichtung der zu finanzierenden Projekte sowie die Mittelakquisition und -verwaltung verbindlich und rechtlich abgesichert geregelt wird.

## Der Weg führt über die EU

Wie können die Bundesländer nun dazu gebracht werden, regionale Budgets und Regionalfonds für eine integrierte Regionalentwicklung einzurichten, ohne die Ressortzuständigkeiten oder die isolierte Programmierung und Umsetzung der unterschiedlichen EU-Fonds anzutasten? Im Rahmen des EU-Forschungsvorhabens RUFUS ([www.rufus-eu.de](http://www.rufus-eu.de)) wurden hierzu unter anderem die folgenden Möglichkeiten entwickelt:





### **Umsetzung einer EU-Gemeinschaftsinitiative:**

Die Mittel für regionale Budgets und Regionalfonds werden im Rahmen der EU-Budgetverhandlungen als so genannter Vorwegabzug bereitgestellt und im Rahmen einer EU-Gemeinschaftsinitiative (GI) verwaltet. Wird die GI seitens der Länder nicht angenommen, besteht die Möglichkeit, diese Mittel auch direkt an Regionen in den Mitgliedstaaten zu vergeben. Die Mittel für regionale Budgets und Regionalfonds sind im Rahmen aller aktuellen Fondsverordnungen und Leitlinien gegenseitig deckungsfähig, das heißt alles, was EU-weit und national erlaubt ist, kann auch regional finanziert werden. Die Mittel der Regelförderung sind jedoch vorrangig zu nutzen.

### **Regionale Budgets und Regionalfonds aus der Regelförderung**

In den entsprechenden EU-Fondsverordnungen wird definiert, dass ein Teil der jeweiligen Fonds zweckgebunden für regionale Budgets und Regionalfonds eingesetzt werden muss (ca. 10 % des jeweiligen EU-Fonds). Werden die regionalen Budgets und Regionalfonds nicht von den

Ländern eingerichtet, fließen die EU-Mittel wieder an die EU zurück.

### ***Geschichte(n) schreiben***

Regionalentwicklung kann wie eine Geschichte betrachtet werden, die in einem Buch niedergeschrieben wird. Dabei ist die bisherige Förderung von Regionen ein Herausgeberwerk: Zu Beginn ein zusammenfassender Artikel (= die zahlreichen strategischen Papiere von EU, Bund und Ländern) und darauf folgend die Fachartikel der einzelnen Autoren (= die Förderprogramme der einzelnen Ministerien). Im Idealfall würde die zukünftige regionale Finanzierung ein gemeinsamer Text, eine gemeinsame Geschichte sein. Doch dies ist, wie oben angeführt, wenig realistisch: Zurzeit sprechen die Autoren zum Teil nicht einmal dieselbe Sprache. Eines ist aber möglich: dass die Regionen selbst einen oder mehrere Artikel über regionale Finanzierungsinstrumente schreiben können – und damit ein neues Kapitel in der Geschichte der Förderung aufgeschlagen wird.

Denken Sie bei allem, was Sie tun an die Menschen vor Ort.

### **Mehr Informationen:**

Dr. Sebastian Elbe, Florian Langguth  
 SPRINT – Forschung, Evaluierung,  
 Implementierung für eine  
 aktive Regionalentwicklung  
 Telefon: 0 61 51 / 6 67 78 01  
 E-Mail: [elbe@sprintconsult.de](mailto:elbe@sprintconsult.de)  
[www.sprintconsult.de](http://www.sprintconsult.de)



# Es muss nicht mehr, aber besser werden!

Von Isabell Friess

**Ab 2014 wird sich die Förderpolitik der Europäischen Union für ländliche Räume ändern. Ziemlich sicher scheint schon heute, dass Deutschland weniger Geld erhalten wird. Auf EU-, Bundes- und Länderebene wird momentan diskutiert, wie es weitergehen könnte. Was aber wünschen sich eigentlich die Akteure vor Ort?**

Vom 2. bis 3. März 2010 fand in Würzburg die Veranstaltung „Vielseitige Förderlandschaften – Was bieten EU und Bund für den ländlichen Raum“ statt. Dort ging es nicht nur darum zu zeigen, welche Förderprogramme den Akteuren in ländlichen Räumen aktuell zur Verfügung stehen. Die 230 Teilnehmer diskutierten auch, welche Erfahrungen sie in der jetzigen Förderphase gemacht und welche Wünsche sie für die Zukunft haben. Die wichtigsten Ergebnisse der Diskussionen lassen sich in sieben Forderungen an eine Förderpolitik ab 2014 zusammenfassen:

## 1. Mehr Bottom-up

Die Konzeption der Förderpolitik verläuft derzeit zu sehr Top-down. Bei der Neukonzeption sollten regionale Akteure stärker einbezogen werden. Auch sollte hinterfragt werden, ob das bisherige Angebot wirklich passt. Stärker in die Programmierung einfließen sollten die Ergebnisse und Empfehlungen der Evaluatoren.

## 2. Mehr Verantwortung für die Regionen

Die neue Förderpolitik stärker auf den tatsächlichen Bedarf ausrichten und mehr Platz für Eigenverantwortung und Kreativität einräumen, das wünschen sich viele Akteure für die Zukunft. Echte Regionalbudgets gäben die Chance, vor Ort selbst zu entscheiden,

wie die Gelder eingesetzt werden. Innovative Lösungen für Herausforderungen im Bereich der Daseinsvorsorge könnten über die Einführung von regionalem Risikokapital (Venture Capital) möglich werden. Jeder Region sollte ein separater Topf zur Verfügung stehen – mit dem Recht auf Scheitern!

## 3. Effizienter fördern

Je zentraler die Mittel verwaltet werden, desto größer werden die Reibungsverluste. Regionale Akteure sollten auch bei der Verwaltung mehr Mitspracherechte erhalten. Insgesamt sollten die Förderstrukturen flexibler und freier gestaltet werden, damit Projekte nicht „auf das Programm zugeschnitten werden, auch wenn kein Bedarf vorhanden ist“. Ist die Förderlandschaft effizienter, reichen auch 70 Prozent der jetzigen Mittel.

## 4. Innovative Projekte ermöglichen

ELER, EFRE und ESF haben viele Förderziele – unter anderem, Innovationen zu fördern. Allerdings sollten auch die vorhandenen Verfahrensvorschriften, etwa zur Kontrolle, diesen Zielen angepasst sein. Förderrichtlinien und Kontrollmechanismen müssen so gestaltet sein, dass auch innovative Projekte und freieres Arbeiten möglich sind.

## 5. Gezielter fördern

Die Haushaltsmittel werden knapper. Deshalb sollte die Verteilung der vorhandenen Gelder stärker konzentriert werden. Vor allem Regionen mit Modernisierungspotenzial und dem Willen, etwas zu ändern, sollten Fördergelder erhalten, denn diese Regionen werden es mit dem richtigen Antrieb auch schaffen, die notwendigen Kofinanzierungsmittel aufzubringen.

## 6. Nicht nur auf investive Projekte setzen!

Um eine Region fit für die Zukunft zu machen, sind auch nicht-investive Projekte wichtig. Deren Kosten sollten wieder förderfähig werden, etwa Personalkosten für das Projektmanagement, denn dadurch ließe sich der Erfolg des Projektes und somit auch die Effizienz steigern.

## 7. Bessere Abstimmung der Fördervielfalt

Das enge Zusammenspiel von Stadt und Land sollte in der Förderung berücksichtigt werden, etwa bei der Definition der Förderkulisse. Regionen funktionieren als Ganzes, die Städte können nicht ausgeklammert werden. Hilfreich wäre auch, die Förderprogramme stärker zu bündeln, mit einem regionalen Entwicklungskonzept als Entscheidungsgrundlage. Auch in der Bewilligung sollte das „Eine-Tür-Prinzip“ gelten – das heißt: Eine Institution übernimmt die Bewilligung für alle Förderprogramme.

WOW, DAS GANZE DORF IST MIT ANTRAGSTELLUNG UND DOKUMENTATION BESCHÄFTIGT!  
NUR, WER SETZT DAS PROJEKT SETZT UM?



## Mehr Informationen:

Isabell Friess  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Telefon: 02 28 / 68 45 34 59  
E-Mail: isabell.friess@ble.de  
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

# Besser koordinieren, effizienter fördern

Von Kerstin Hülemeyer und Simone Schiller

**Knapper werdende Haushaltsmittel zwingen dazu, Fördergelder möglichst optimal zu nutzen. Immer mehr EU-Mitgliedstaaten bemühen sich deshalb, ihre Förderprogramme zur ländlichen Entwicklung besser aufeinander abzustimmen und regionale Problemlagen stärker zu berücksichtigen. Wie dies gelingen kann, zeigen folgende Fallbeispiele aus Deutschland und Irland.**

In Europa gibt es zahlreiche Förderprogramme für die ländliche Entwicklung (siehe S. 12-13). Allerdings zeichnen sich einige strukturelle Schwächen ab (siehe S. 20-21): Zu geringe Wirksamkeit auf der einen, Doppelförderung auf der anderen Seite. Auch werden regionale Besonderheiten nicht immer ausreichend berücksichtigt. Viele Probleme ländlicher Regionen können zudem sektoral bzw. durch ein Förderprogramm allein nicht gelöst werden. Ein Weg zu einer effizienteren Förderstruktur besteht darin, verschiedene Förderprogramme aufeinander abzustimmen und ressortübergreifend zu koordinieren.

## Beispiel Mecklenburg-Vorpommern

### Ressorts unter einem Dach: Die Gemeinsame Verwaltungsbehörde

Schon in der Förderperiode 2000–2006 gab es in Mecklenburg-Vorpommern (MV) ein gemeinsames operationelles Programm für ESF, EFRE und den Europäischen Ausrichtungsfonds für die Landwirtschaft (EAGFL/A). Federführend war die neu geschaffene Gemeinsame Verwaltungsbehörde (GVB), die beim Wirtschaftsministerium angesiedelt war und eine Koordinierungsfunktion hatte. Als 2005 der ELER den EAGFL/A ablöste, entschied man sich, auch in der neuen Förderperiode 2007–2013 an einer GVB für alle Fonds festzuhalten. Im Juli 2005 verabschiedete MV eine gemeinsame Strategie für die Verwendung der Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER), dem Europäischen Sozi-

alfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für die regionale Entwicklung (EFRE). Die GVB siedelte man nun in der Staatskanzlei an, um ihre Position zu stärken.

### Koordination von A bis Z

Die GVB hat unterschiedliche Koordinierungsaufgaben. In der Phase der Programmplanung unterstützt sie die zuständigen Ministerien bei der Ausarbeitung der jeweiligen Förderprogramme. Für die Förderperiode 2007–2013 wurde dazu eine interministerielle Arbeitsgruppe gegründet. Auf diese Weise gelang es, das rein ressort- und fondsspezifische Denken zu öffnen und den Blick auf die bestehenden Bedürfnisse im Land zu richten. Ausgehend von den in der gemeinsamen Strategie festgelegten Zielen wurde bei den Treffen überlegt, welcher Fördertopf für welches Ziel am sinnvollsten einzusetzen ist. So wurde beispielsweise beschlossen, dass die Tourismusförderung in Orten bis zu 10.000 Einwohnern vom ELER und in Orten mit über 10.000 Einwohnern vom EFRE getragen wird.

Die GVB unterstützt die Ministerien aber auch bei der Programmumsetzung und der konkreten Maßnahmenausgestaltung und sorgt dazu für weitere regelmäßige Treffen der interministeriellen Arbeitsgruppe. Zudem koordiniert sie den Beteiligungsprozess und organisiert die Treffen im Begleitausschuss mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern (WSP), also zum Beispiel dem Bauernverband, Umweltverbänden, dem Frauenrat oder dem Städte- und Gemeindetag.

### Positive Resonanz bei Wirtschafts- und Sozialpartnern

Die WSP, die bei der Programmplanung intensiv beteiligt waren, begrüßen das abgestimmte Vorgehen und die GVB als gemeinsamen Schirm über den Fondsverwaltungen. Schließlich zählt aus ihrer Sicht nicht, aus welchem Topf die Fördermittel fließen, sondern dass das Geld zu möglichst optimalen Konditionen dorthin geht, wo es benötigt wird. Daher haben sie sich auch erfolgreich für einen für alle

Ressorts unter einem Dach: die Gemeinsame Verwaltungsbehörde in Mecklenburg-Vorpommern.

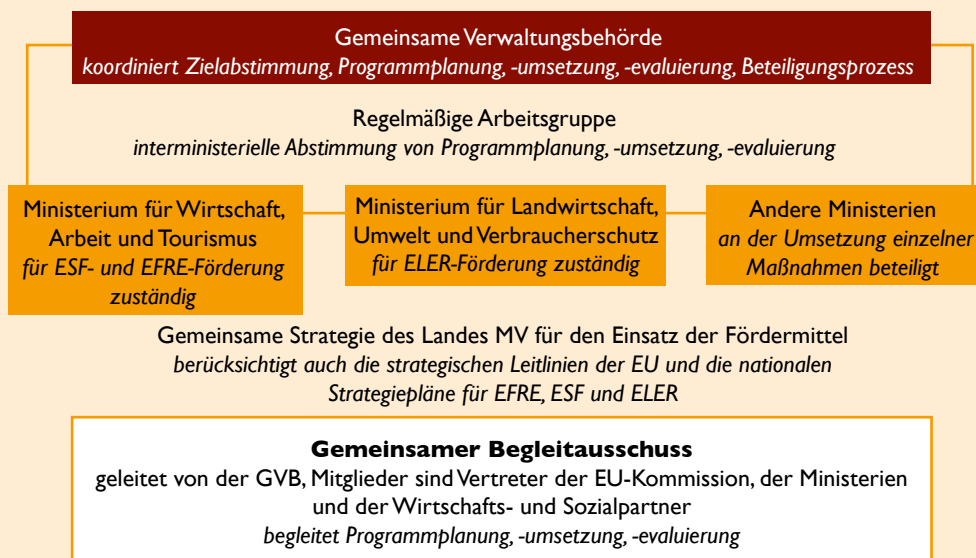






Bild: Mathias Klingner / Pixelio

Bild: Folker Timmermann / Pixelio

Durch die Einführung der Integrierten lokalen Entwicklungsgesellschaften in Irland können nun in einer Region Stadt und Land aus einer Hand unterstützt werden.

drei Programme gleichermaßen zuständigen Gemeinsamen Begleitausschuss eingesetzt. Allerdings sollten die Ministerien aus ihrer Sicht noch integrativer denken, um Reibungsverluste zu verringern und die Förderung effizienter zu gestalten. Nicht zuletzt deshalb, weil Mecklenburg-Vorpommern in der kommenden Förderperiode seinen Status als Konvergenz-Region (ehemals Ziel-I-Region) und damit einen großen Teil der bisherigen EU-Fördermittel verlieren wird.

### Beispiel Irland

#### Integrierte Lokale Entwicklungsgesellschaften

Auch in Irland gibt es Bemühungen, die Förderung der ländlichen Räume effizienter zu gestalten und Synergien zwischen Programmen zu nutzen. Daher wurden 2006 auf regionaler Ebene Integrierte Lokale Entwicklungsgesellschaften (Integrated Local Development Companies, ILDC) gegründet, die Projekte auf lokaler Ebene begleiten. Die ILDCs sind für unterschiedliche Förderprogramme zuständig, insbesondere für die Mittel zum ELER-Schwerpunkt 3 (Verbesserung der Lebensqualität/Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft), die in Irland über den Leader-Ansatz (ELER-Schwerpunkt 4) eingesetzt werden. Weiterhin sind sie für die Mittel aus dem „Lokalen Programm zur sozialen Eingliederung“ zuständig, das von sozial benachteiligten Gruppen in Städten nun auch auf ländliche Räume ausgeweitet wurde.

#### Positive Effekte überwiegen

Zurzeit kann noch nicht beurteilt werden, ob die angestrebten Synergien erreicht werden. Doch sind bereits positive Effekte sichtbar: Durch die Zusammenführung der beiden Programme steigt die Zahl der Personen, die von den Fördermitteln profitieren können. So können jetzt beispielsweise Arbeitslose nicht nur im Rahmen des Sozialprogramms, sondern auch aus Leader-Mitteln gefördert werden – etwa wenn sie eine Idee für eine Unternehmensgründung haben. Da in Irland die Mittel für Leader in der neuen Förderperiode fast verdreifacht, die Gelder zur sozialen Eingliederung aufgrund knapper öffentlicher Mittel aber gekürzt wurden, wirkt die Zusammenlegung auch in diesem Zusammenhang positiv. Ein negativer Effekt ist allerdings, dass die Leader-Förderung einen sehr viel höheren bürokratischen Aufwand mit sich bringt als die Förderung zur sozialen Eingliederung.

#### Überzeugung muss „von innen“ kommen

Erfahrungen in den ILDCs zeigen, dass Programmkoordination nicht einfach „von oben“ vorgegeben werden kann: Der Wille aller Beteiligten, gemeinsam zu arbeiten und integrativ zu denken, ist eine wichtige Voraussetzung für eine gelingende Zusammenarbeit. Aufgrund der unterschiedlichen Geschichte der Programme und der damit verbundenen unterschiedlichen Organisationsformen sind Geduld und Verständnis füreinander wichtig. Daran gilt es in einigen ILDCs noch weiter zu arbeiten. Ein integrierter Geschäftsplan kann dabei helfen, die Programmarbeit noch besser aufeinander abzustimmen.

#### Das A und O: Kommunikation und Austausch

Die Beispiele aus Mecklenburg-Vorpommern und Irland zeigen, dass in Europa verschiedene Ansätze zur besseren Abstimmung von Förderprogrammen bereits weitgehend erfolgreich umgesetzt werden. Deutlich wird aber auch, dass die Koordination unterschiedlicher Politikbereiche nicht von heute auf morgen zu bewältigen ist. Die Entwicklungen brauchen Zeit, damit die neuen Strukturen von den Beteiligten mitgetragen werden. Die Kommunikation auf und zwischen den verschiedenen politischen Ebenen ist dabei wesentlich. Auch der Austausch von Regionen untereinander sollte weiter gefördert werden, damit diese gegenseitig voneinander lernen können.

#### Zum Weiterlesen

Dieser Artikel basiert auf Ergebnissen des EU-Forschungsprojektes „RuDI – Analyse der mittel- und langfristigen Wirkungen der Förderinstrumente zur ländlichen Entwicklung der Europäischen Union“ (2008–2010). Die vorgestellten Fallstudien stehen zum Download unter [www.rudi-europe.net](http://www.rudi-europe.net) bereit. Die Ergebnisse des Projektes werden außerdem am 16.09.2010 in einem Workshop in Frankfurt/Main vorgestellt (siehe S. 51).

#### Mehr Informationen:

Kerstin Hülemeyer, Simone Schiller  
 Institut für Ländliche Strukturforchung  
 Telefon: 0 69 / 77 50 02  
 E-Mail: [huelemeyer@ifls.de](mailto:huelemeyer@ifls.de), [schiller@ifls.de](mailto:schiller@ifls.de)  
[www.ifls.de](http://www.ifls.de)

# Regionalisierte Teilbudgets: mehr Verantwortung für Niedersachsens Kommunen

Von Stefan Hartke

**Bei der Aufstellung der EU-Programme 2007-2013 war es ein wesentliches Ziel Niedersachsens, die Handlungsspielräume der Kommunen zu erweitern und eine sinnvolle Arbeitsteilung von Land und Kommunen zu erreichen. Zu diesem Zweck wurden „Regionalisierte Teilbudgets“ eingeführt. Für die beteiligten Akteure hat sich die Maßnahme als Erfolg erwiesen. Eine Bilanz.**

Die politischen Vertreter der kreisfreien Städte und der Landkreise in Niedersachsen forderten bereits 1996 eine Beteiligung an der Strukturpolitik des Landes; seit 2004 setzen sie sich für eine Verwaltungsübertragung für EFRE-Mittel in Form von Globalzuschüssen (Art. 42 Allgem. Strukturverordnung der EU) ein. Das Land befürchtete Steuerungsprobleme und widersprach dieser Forderung, wollte die grundsätzlichen Überlegungen hierzu aber berücksichtigen. In einer eigens eingerichteten Arbeitsgruppe mit breiter kommunaler Beteiligung und unter Leitung des Wirtschaftsministeriums Niedersachsens (MW) wurde letztlich das Modell der Regionalisierten Teilbudgets (RTBs) entwickelt (siehe Kasten).

## Große Erwartungen

Die Landkreise, kreisfreien Städte und kommunalen Spitzenverbände hatten große Erwartungen an das Instrument. Sie erhofften sich insbesondere, durch die Erweiterung des eigenen Handlungsspielraums Wirtschaftsförderungsziele selbst und vor Ort effektiver umsetzen und neue unternehmerische Zielgruppen erschließen zu können.

Das MW erhoffte sich durch die stärker an regionalen Problemlagen ausgerichtete Förderung eine höhere Qualität der umgesetzten Projekte, größere Arbeitplatzeffekte und damit starke regionalökonomische Impulse. Ein weiteres Ziel war es, den Landeshaushalt zu entlasten. Dieser war durch die Kofinanzierung der in der Förderperiode 2007-2013 stark erhöhten EFRE-Mittel besonders belastet.

## Förderung von KMU an erster Stelle

Die Kommunen verteilen die RTB-Mittel entsprechend ihrer Bedürfnisse auf die

drei EFRE-Schwerpunkte; dabei haben sie sich an der Empfehlung des Landes orientiert: Zwei Drittel sind für die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen – KMU – (Schwerpunkt 1) und jeweils ein Drittel für Innovationsprojekte (Schwerpunkt 2) und Infrastrukturprojekte (Schwerpunkt 3) vorgesehen. Somit liegt der kommunale Förderschwerpunkt in der Förderung von KMU. Dabei handelt es sich um ein zweistufiges System mit folgenden Komponenten:

Auf **Landesebene** gibt es die so genannte „Rahmenregelung“ des Landes Niedersachsen zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung“, die der EU-Kommission angezeigt wurde. Sie gibt zwei Zuwendungszwecke vor:

- 1) Arbeitsplatzschaffende und -sichernde Investitionen;
- 2) Nicht-investive, im weiteren Sinne investitionsvorbereitende Maßnahmen, die speziell auf KMU abgestimmt sind; hinzu kommen innovative Dienstleistungen.

Die **Regionen** stellen unter Beachtung dieser Rahmenregelung in Abstimmung mit den Landkreisen und kreisangehörigen Städten und Gemeinden eigene *kommunale Förderrichtlinien* auf. Dabei können die Landkreise den Schwerpunkt auf für sie bedeutende Wirtschaftsbereiche und Zielgruppen legen und auf diese Weise regionale Kompetenzen stärken. Auf Basis dieser kommunalen Richtlinien vergibt die NBank – die Landesförderbank von Niedersachsen – als Bewilligungsstelle dann Budgets an die Kommunen.

Die Kommunen dürfen nach Rahmenregelung des Landes bis zu 25 Prozent des Finanzvolumens ihres KMU-Programms (EFRE-Mittel einschließlich kommunaler Kofinanzierung) für nicht-investive, im weiteren Sinne investitionsvorbereitende Vorhaben einsetzen.



### Hohe Verantwortung für die Kommunen

Die Verantwortung der Kommunen für den Schwerpunkt I des EFRE – zu der die KMU-Förderung zählt – ist hoch: Die kommunalen Träger der Förderung (in der Regel die Wirtschaftsförderung) stellen eigene Förderkriterien auf, setzen die Mindestbeträge und Höchstförderbeträge innerhalb der beihilferechtlichen Höchstgrenzen fest und planen die Mittel ein; sie entscheiden über die Förderung der Unternehmen als Endempfänger, bewilligen die Förderung und sind für die Mittelverwendungsprüfung zuständig. Auch erstellen sie einen Bericht über die Einplanungen, Bewilligungen und den Mittelabfluss. Dieser dient der Verwaltungsbehörde, den Prüfstellen und der Bescheinigungsbehörde dazu, die zentrale Mittelverwaltung sicherzustellen.

### Was ändert sich für Unternehmer?

Auch für die Unternehmen selbst ergeben sich im Vergleich zur Förderung über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) Unterschiede: So betragen die Zuschüsse über kommunale Förderung pro neuem Arbeitsplatz rund 9.000 Euro, über die GRW sind es über 20.000 Euro. Der Zuschuss für nicht-investive Maßnahmen liegt in der Regel zwischen 10.000 und 50.000 Euro; die maximale Fördersumme beträgt bei der Hälfte der 47 Kreise/kreisfreien

Städte 75.000 Euro. Die förderrechtlichen Anforderungen an die Antragsteller sind ebenfalls geringer. In Abgrenzung zur GRW erfasst die kommunale KMU-Förderung neben dem produzierenden Gewerbe insbesondere auch Handel, Dienstleistungen und Handwerksbetriebe und ist flächendeckend ausgestaltet.

### Positive Beurteilung, unsichere Zukunft

Die Förderung von KMU über Regionalisierte Teilbudgets durch die kreisfreien Städte und Landkreise ist ein erstmaliger flächendeckender Einstieg der Kommunen in eine regionalpolitisch integrierte Mittelstandsförderung. Die Erwartungen des MW und der Kommunen haben sich bisher größtenteils erfüllt. So konnte die KMU-Förderung der vorangegangenen Förderperiode landesweit mit etwa dem zehnfachen Finanzvolumen weiterentwickelt und fortgesetzt werden. Insgesamt werden bis 2013 schätzungsweise 5.500 Förderfälle mit 132 Millionen Euro gefördert. Hierdurch werden Neuinvestitionen im Wert von 1,278 Milliarden Euro, 14.730 neue und 38.000 gesicherte Arbeitsplätze erwartet. Für die Kommunen bietet die intensive Vor-Ort-Betreuung der „Kunden“ zudem die Möglichkeit, unterschiedliche Aufgabenbereiche der Wirtschaftsförderung miteinander zu verknüpfen. Nach ersten Verlautbarungen der EU-Kommission zur Strategie 2020 ist die Fortführung dieses Fördersystems ab 2014 jedoch unsicher.



BildFotolia

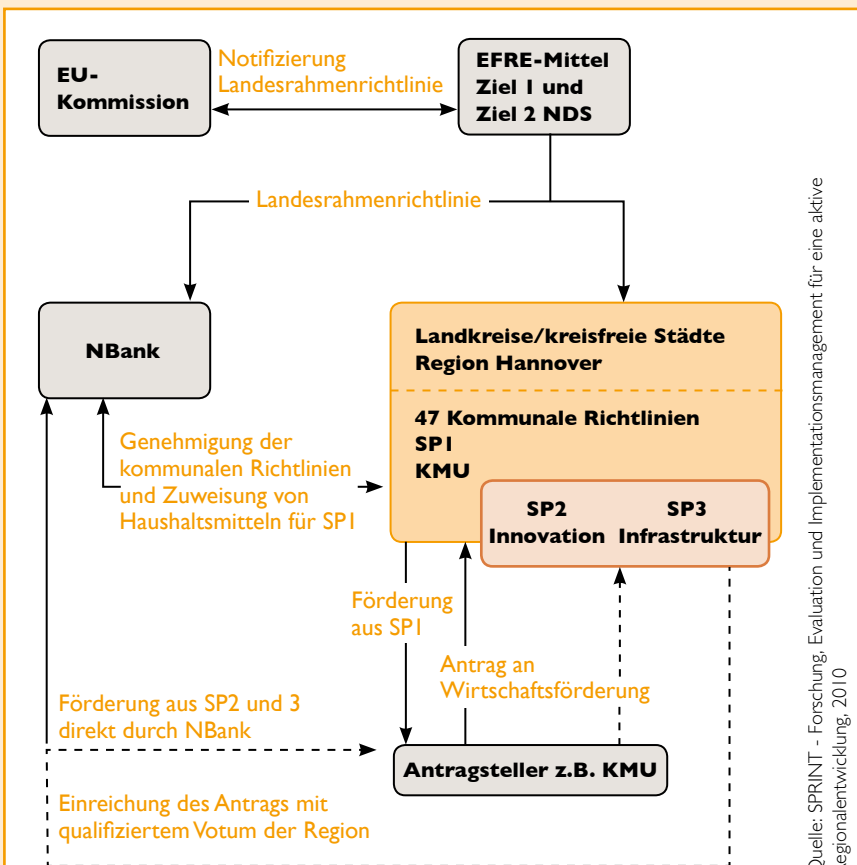
### Die „Regionalisierten Teilbudgets“

Die „Regionalisierten Teilbudgets“ (RTBs) in Niedersachsen, die im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) ausgereicht werden, sind ein Ansatz zur Stärkung insbesondere ländlicher Räume, bei dem keine originären Landesmittel gebunden werden. Prinzip ist die Verlagerung der Kompetenzen zur Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen (KMU) von der Landesebene (Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur = GRW) direkt auf die Landkreise und kreisfreien Städte. Das System ist für die Kommunen freiwillig, das nationale und europäische Förderrecht gilt weiterhin. Die Projektförderung erfolgt als nicht-rückzahlbarer Zuschuss in Form einer Anteilsfinanzierung. Der Einsatz der RTBs wurde den Kommunen in Niedersachsen erstmals mit der Förderperiode 2000-2006/08 ermöglicht und 2007-2013 auf das ganze Land ausgeweitet.

### Mittelverteilung

Auf die RTBs entfällt insgesamt eine Summe von rund 130 Mio. €, wovon 90 Mio. € dem RWB-Gebiet (Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung = Ziel 2) und 41 Mio. € dem Konvergenzgebiet (Ziel 1) zugeordnet werden. Dabei stehen jedem Landkreis/ jeder kreisfreien Stadt im RWB-Gebiet EU-Mittel in Höhe von 2,5 Mio. € (Region Hannover: 5 Mio. €) und jedem Landkreis im Konvergenzgebiet in Höhe von 3,75 Mio. € zur Verfügung. Zusammen mit der notwendigen kommunalen Kofinanzierung (RWB: max. 50 %; Konvergenz: max. 25 %) ergibt sich jeweils ein Programmvolumen von 5 Mio. € je Kreis/kreisfreier Stadt. Ländliche und schwächere Landkreise (Konvergenzgebiete) werden damit insgesamt stärker unterstützt.

Abb.1: Konstrukt der Regionalisierten Teilbudgets EFRE Niedersachsen



Quelle: SPRINT - Forschung, Evaluation und Implementationsmanagement für eine aktive Regionalentwicklung, 2010

### Zum Weiterlesen

Dieser Beitrag basiert auf der vom niedersächsischen Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen EFRE-Begleitforschung des Landes Niedersachsen. Die entsprechenden Berichte können über den Autor angefordert werden.

### Mehr Informationen:

Prof. Dr. Stefan Hartke  
 Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
 Telefon: 05 11 / 1 20 56 08  
 E-Mail: stefan.hartke@mw.niedersachsen.de  
 www.mw.niedersachsen.de

# Sozialarbeit – auch für die Landwirtschaft ein Thema!

Von Veronika Aschberger

**Den Begriff Sozialarbeit verbindet man in erster Linie mit benachteiligten Jugendlichen und sozial schwachen Familien in Großstädten. Im landwirtschaftlichen Umfeld hingegen „braucht man so etwas nicht“, so die gängige Meinung. Ein Trugschluss, wie das Beispiel des Psychosozialen Netzwerkes der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung Niederbayern/Oberpfalz zeigt.**

„Ich war kurz davor, Selbstmord zu begehen.“ Nach einem schweren Unfall mit dem Schlepper waren die Schuldgefühle von Landwirt S. so stark, dass er noch im Klinikum daran dachte, sich das Leben zu nehmen. Auch nach seiner körperlichen Gesundung hatte er mit seelischen Verletzungen zu kämpfen. Nur mit professioneller Hilfe bekommt er diese Seelenverletzung langsam wieder in den Griff – entgegen seiner ursprünglichen Überzeugung. Sein Resümee: „Niemand sollte sich scheuen, Hilfe in Anspruch zu nehmen, wenn er sie braucht.“

## **Sozialer Druck in der Landwirtschaft besonders groß**

Das Gefühl, sich eine Blöße zu geben und von Nachbarn für unfähig gehalten zu werden, verleitet Menschen häufig dazu,

eigene emotionale Belange auszublenden. Lieber werden gesundheitliche Folgen in Kauf genommen. Doch gerade in der Landwirtschaft wirken sich Belastungssituationen sehr schnell negativ auf Familie und Betrieb aus. Solche Belastungssituationen können neben Unfällen und Krankheiten auch die Versorgung von pflegebedürftigen Eltern, Erschöpfung wegen Überarbeitung und Stress, Probleme in der Partnerschaft und bei der Erziehung, materielle und wirtschaftliche Sorgen, Generationenprobleme und die Hofübergabe sein. Professionelle Hilfe, bei der alle Aspekte des Alltags betrachtet werden, ist im landwirtschaftlichen Umfeld mit seiner engen Verknüpfung von Privatleben und Beruf besonders wichtig. Dabei kommt es, wie das Beispiel von Landwirt S. zeigt, darauf an, gefährdete Personen rechtzeitig an die Hand zu nehmen, um ihnen die notwendige Hilfe zu geben.

## **Psychosoziales Netzwerk: NotfallhelferInnen als Vertrauensperson**

Dies hat auch die Land- und forstwirtschaftliche Sozialversicherung Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben (LSV NOS; siehe Kasten) erkannt und das Psychosoziale Netzwerk (PSN) ins Leben gerufen. Es hat zum Ziel, neben den LSV-Mitarbeitern auch Freiwillige aus der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu schulen, damit sie besonders belastete Personen ansprechen und ihnen Unterstützung anbieten. Diese ehrenamtlich arbeitenden NotfallhelferInnen sollen die traumatisierten Personen nicht therapieren, sondern sie erkennen und auf sie zugehen. Das nötige Rüstzeug hierfür wird ihnen von Sozialarbeitern und Psychologen vermittelt. Die LSV-Mitarbeiter mit ihrem großem Wissen über die verschiedenen Sozialversi-

Ein Unfall ist auch in der Landwirtschaft schnell geschehen, die psychischen Folgen werden aber von allen Beteiligten oft unterschätzt.

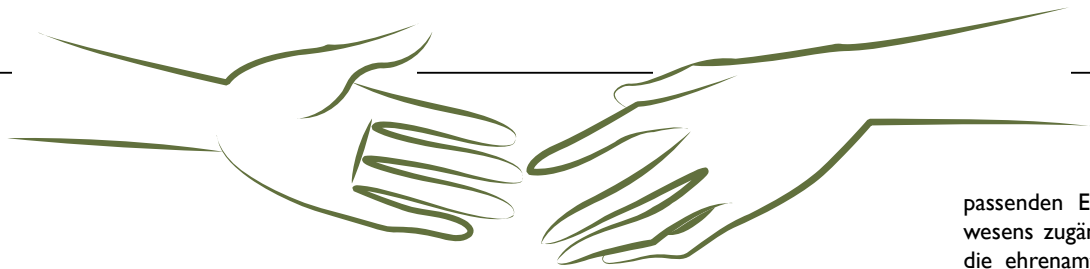


©BLU: Bonn/Foto: Dominic Menzler

Bild: Fred Weisz / LSV







cherungsbereiche und ihrer hohen sozialen Kompetenz nehmen die Betroffenen dann an die Hand und führen sie wie ein Lotse durch das LSV-System. Wo die Versicherung mit ihren Leistungen an ihre Grenzen stößt, werden die Betroffenen über Netzwerke mit professionellen externen Einrichtungen in Verbindung gebracht.

### **Auch HelferInnen brauchen Hilfe**

Genauso wichtig wie für die Betroffenen und ihre Angehörigen selbst ist „Psychohygiene“ für die NotfallhelferInnen. Ein Beispiel: Beim Transport von Baumstämmen überrollte ein Baumstamm einen jungen Landwirt, der zwei Tage später verstarb. Der an dem Unfall beteiligte Vater macht sich seither große Selbstvorwürfe. Er und seine Frau isolierten sich zusehends von ihren Freunden und Nachbarn. Einer Notfallhelferin gelang es jedoch, die Familie im Laufe der Zeit aus ihrer Isolation herauszuführen. Zwar wurde sie in ihrem Engagement von ihrem Ehemann tatkräftig unterstützt, doch war ihr der Erfahrungsaustausch mit anderen NotfallhelferInnen besonders wichtig. Dieser verschaffte ihr Selbstsicherheit im Umgang mit den Betroffenen. Aus diesem Grund vermittelt die LSV den ehrenamtlichen NotfallhelferInnen nicht nur für die eigentliche Schulung, sondern auch zur laufenden Unterstützung ihrer Arbeit den Kontakt zu professionellen HelferInnen, zum Beispiel SozialarbeiterInnen und PsychologInnen.

Auf einem Seminar der Land- und forstwirtschaftlichen Sozialversicherung Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben zur Ausbildung von Notfallhelferinnen.

### **Verbesserungspotenzial nutzen!**

Das Psychosoziale Netzwerk ist ein ambitioniertes Projekt und kann Vorbild und Modell für andere Sozialversicherungen in Deutschland sein; es handelt sich nach Wissen der Autorin um das erste Projekt in diesem Umfang in der deutschen Sozialversicherung. Es ist auch auf andere Lebensbereiche und Organisationen übertragbar. Die Handlungsfelder können aber noch optimiert werden. So könnten zum Beispiel die Vernetzung und die Zusammenarbeit mit anderen Stellen und Einrichtungen ausgebaut, die Kommunikation und gegenseitige Information verbessert und Richtlinien für Kommunikation und Dokumentation erstellt werden. Die Lotsenfunktion ist eine Grundvoraussetzung für funktionierendes Fallmanagement. Dazu braucht es engagiertes, kompetentes Personal und klar geregelte Kompetenzen. Eine einheitliche Notrufhotline – vergleichbar mit dem Notruf der Telefonseelsorge – könnte die Effektivität des Alarmierungssystems unterstützen.

### **Fazit: Mehr Lebensqualität für alle**

Das Psychosoziale Netzwerk trägt zur Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum bei. Es ermöglicht gerade in ländlich geprägten Gegenden, traumatisierten Menschen rechtzeitig die für sie

passenden Einrichtungen unseres Sozialwesens zugänglich zu machen. Dabei sind die ehrenamtliche Arbeit der NotfallhelferInnen, aber auch die Zusammenarbeit zwischen professionellen und nichtprofessionellen Helfern Schlüssel für den Erfolg des Netzwerkes. Die Zukunftschancen des Netzwerkes sind gut: Durch das bürgerschaftliche Engagement können die Menschen neben dem Nutzen, den sie für andere erbringen, auch Nutzen für sich selbst gewinnen, indem sie Kompetenzen erlangen und Anerkennung erfahren. Gerade in der heutigen Zeit bietet das bürgerschaftliche Engagement, wie es im Psychosozialen Netzwerk der LSV NOS gelebt wird, eine Chance für eine solidarische Gesellschaft.

### **LSV NOS: Vielfältige soziale Leistungen**

Ziel der Land- und forstwirtschaftlichen Sozialversicherung Niederbayern/Oberpfalz und Schwaben ist es, den in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen einen umfassenden Schutz zu gewähren. Sie bietet Dienstleistungen in der Unfallversicherung, Kranken- und Pflegeversicherung sowie in der Alterssicherung an. Regional ist sie für die Regierungsbezirke Niederbayern, Oberpfalz und Schwaben zuständig. Dabei werden die Aktivitäten an den Präventionszielen ausgerichtet. So hat die Versicherung in der Aktion „55plus“ Bäuerinnen, Landwirte und deren Familien befragt, um eine gesicherte Datengrundlage für ein Kundenprofil zu erwerben. Auf dieser Basis wurden und werden verschiedene Produkte entwickelt, zum Beispiel das „Gesundheitsangebot für Hofübergeber“, das Produkt „Personen in belasteten Situationen – eine Trainings- und Erholungswoche für pflegende Angehörige“ (PibS) und das Psychosoziale Netzwerk (PSN).

### **Zum Weiterlesen**

Die Diplomarbeit, auf der dieser Beitrag basiert, wurde 2009 an der Katholischen Universität Eichstätt, Fakultät für Soziale Arbeit eingereicht. Sie kann bei der Autorin gegen eine Schutzgebühr von 15 € als PDF-Datei bestellt werden. Informationen zum Psychosozialen Netzwerk gibt es unter [www.lsv.de/nos](http://www.lsv.de/nos) > aktuell > Projekte.

### **Mehr Informationen:**

Veronika Aschberger  
Telefon: 0 81 37 / 88 89  
E-Mail: [veronika.aschberger@web.de](mailto:veronika.aschberger@web.de)

Sieglinde Schreiner  
Alfred Weisz  
LSV NOS  
Telefon: 08 71 / 69 63 68; -4 20  
E-Mail: [sieglinde.schreiner@landshut.lsv.de](mailto:sieglinde.schreiner@landshut.lsv.de);  
[alfred.weisz@landshut.lsv.de](mailto:alfred.weisz@landshut.lsv.de)  
[www.lsv.de/nos](http://www.lsv.de/nos)





Bild: Adele Schütz

## Zu Hause alt werden: interkommunale Zusammenarbeit macht's möglich

Von Klaus Zeitler und Waltraud Lobenhofer

**Vor allem ländliche Kommunen sind immer stärker von Überalterung betroffen. Seniorenwohnheime und Pflegeeinrichtungen sind eine, aber längst nicht die einzige Maßnahme, um dieser Entwicklung zu begegnen. Neun bayerische Kommunen haben sich zusammengeschlossen, um alternative Lösungen zu finden – mit Erfolg.**

„Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern darauf, auf sie vorbereitet zu sein“ (Perikles). Auch wenn einige Kommunen immer noch auf Wachstum und Zuwanderung setzen können, sehen sich immer mehr Gemeinden schon heute mit Stagnations- und Schrumpfungsprozessen konfrontiert. Beide – Wachstums- und Schrumpfungsgemeinden – müssen sich mit einer starken Zunahme der Altersgruppen über 60 Jahre auseinandersetzen. Vor allem für den ländlichen Raum bietet sich zur Bewältigung der Herausforderung „älter werdende Bevölkerung“ zunehmend die interkommunale Zusammenarbeit an.

### **Bayern macht vor, wie es geht**

Unter dem Motto „Eine Region stellt sich dem demografischen Wandel“ haben sich neun Kommunen im Oberpfälzer Landkreis Amberg-Weilburg in der Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach – AOVE GmbH – zusammengeschlossen (siehe Kasten). Gemeinsam wollen sie Lösungsansätze

zur Bewältigung des demografischen Wandels finden, die über die Standardlösungen „Seniorenheim“ und „Pflegeeinrichtung“ hinausgehen. Ihr Projekt „Alt werden zu Hause“ zeigt anschaulich, wie durch interkommunale Zusammenarbeit Synergien entstehen und wie – im Vorpflegebereich – ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden auch im ländlichen Raum ermöglicht werden kann. Nach einer einjährigen Modellphase (November 2007 bis Oktober 2008), die durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen gefördert wurde, wird das Projekt seit Ende 2008 über die AOVE GmbH, also von den Kommunen, finanziert.

### **Koordinationsstelle: beraten, unterstützen, vernetzen**

Koordination und Vernetzung sind im interkommunalen Dialog der Schlüssel für eine effektive und effiziente Versorgung der Senioren. In der AOVE-Region ist hierfür die

Koordinationsstelle „Alt werden zu Hause“ zuständig. Eine unabhängige Fachkraft kümmert sich hier um Beratungsangebote für Betroffene und Angehörige, um die Koordination und Vermittlung von Betreuungs- und Versorgungsangeboten sowie die Organisation von Veranstaltungen. Ziel ist unter anderem, die sozialen Kontakte der Senioren und Seniorinnen aufrechtzuerhalten und zu erweitern.

Im Kernbereich des Projekts, der eigentlichen Beratung, wird gemeinsam mit den Senioren und ihren Angehörigen der Unterstützungsbedarf ermittelt. Dabei sind als Kooperationspartner sowohl externe Dienstleister als auch andere (privatwirtschaftliche) Betreuungseinrichtungen sowie die Krankenhäuser beteiligt. Die Durchführung von Schulungen für Betroffene gehört ebenso zum Angebot der Koordinationsstelle wie die Auswertung und gegebenenfalls die Nachsteuerung getroffener Maßnahmen gemeinsam mit den Senioren und deren Angehörigen. Die Koordinationsstelle ist an die Geschäftsstelle der AOVE GmbH gekoppelt.



Gemeinsam singen und feiern: Im Kräutergarten in Schnaittenbach feiern Alltagsbegleiter, Klienten und Bürgermeister gemeinsam ihr Sommerfest.



**Ehrenamtliche Hilfe für den Alltag**

Der Erfolg des Projektes beruht zu einem großen Teil auf dem Engagement der über 20 ehrenamtlich arbeitenden „Alltagsbegleiter“, die für ihre Aufgabe in Kooperation mit der gerontopsychiatrischen Beratungsstelle Amberg speziell geschult wurden. Einmal wöchentlich besuchen sie die Senioren – mit dem Ziel, die körperlichen und kognitiven Fähigkeiten ihrer Klienten zu erhalten und ihnen auf diese Weise ein selbstbestimmtes Leben zu Hause zu ermöglichen. Geistiges Training, körperliche Bewegung und soziale Kontakte stehen im Mittelpunkt dieser Besuchsdienste. Personell wird das Projekt außerdem durch eine Krankenschwester in Teilzeit getragen.

Auf Wunsch kann mit der Koordinationsstelle auch ein Betreuungsvertrag abgeschlossen werden. Dieser beinhaltet neben den Besuchsdiensten durch die Alltagsbegleiter auch die regelmäßige Betreuung der Klienten und ihrer Angehörigen durch die Koordinationsstelle sowie die Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen.

**Anerkannt – auch von den Krankenkassen**

Neben der Arbeit der ehrenamtlichen Alltagsbegleiter hat auch das gut funktionierende Netzwerk verschiedener Organisationen aus der Seniorenarbeit, den Sozialstationen, Seniorenheimen und regionalen Dienstleistern maßgeblich zum Erfolg des Projektes beigetragen. In den über zwei Jahren Projektlaufzeit konnten mittlerweile mehr als 20 Beratungsverträge abgeschlossen und eine Anerkennung der Beratungsleistungen bei den örtlichen Krankenkassen erreicht werden.

Zusammen macht's mehr Spaß: Unter dem bundesweiten Motto „3.000 Schritte extra“ sind regelmäßige Spaziergänge Teil des Besuchsprogramms.



Bild: AOVE GmbH

**Erfolgsfaktoren**

In einem ersten Resümee lassen sich folgende Erfolgsfaktoren für die interkommunale Zusammenarbeit in diesem Bereich festmachen:

- Der Verbund stärkt die Kommunen. Durch eine breite Akteursbasis kann eine große Auswahl an unterschiedlichen Dienstleistungen angeboten werden.
- Interkommunale Projekte müssen auf die spezifische Situation der Region und des Anlasses zugeschnitten sein. Die Herausforderungen hängen von der räumlichen Ausgangssituation, der demografischen Lage, den inhaltlich-politischen Prioritäten sowie der erfolgreichen Sensibilisierung der Entscheidungs- und Handlungsträger ab. Unabdingbar für den Erfolg eines Projekts sind deshalb die genaue Analyse der Ist-Situation und die frühzeitige Einbindung der Wohlfahrtsverbände und professionellen Dienstleister.
- Nach der Problemwahrnehmung und der formalen Anerkennung der Handlungsnotwendigkeit (Beschluss in den Gemeinderäten) sollte der Schwerpunkt zunächst auf die organisatorische und betriebswirtschaftliche Optimierung eines einzelnen Projektbausteins gelegt werden. Erst dann kann die sektoren- und institutionenübergreifende Vernetzung angegangen werden.
- Ohne ehrenamtliche Alltagsbegleiter wäre das Projekt nicht realisierbar.
- Je stärker ein Projekt auf bestimmte Alters- bzw. Bevölkerungsgruppen zugeschnitten ist, desto höher ist die Chance auf Unterstützung, da Beteiligungsprozesse durch direkte „Betroffenheit“ gefördert werden.
- Es gibt keine „ideale“ (formale) Kooperationsform oder Akteurskonstellation. Unabdingbar sind aber ein Mindestmaß an Verbindlichkeit und die Kombination von Top-down- und Bottom-up-Elementen.
- Informations- und Beratungsleistungen sind wichtig für die Sensibilisierung von Entscheidungsträgern, damit sich diese den neuen Aufgabenstellungen und Problemlösungen gegenüber offen zeigen. Durch externe Beratung und unter Vermittlung von guten Beispielen können häufig bessere Ergebnisse erzielt werden. Ohne externe Unterstützung können meist nur starke Regionen, in denen sowohl die notwendige Finanzkraft als auch das entsprechende „kreative Milieu“ vorhanden sind, den hohen Informations-, Kommunikations- und Beratungsbedarf leisten.

**Die Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach**

Die Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach – AOVE GmbH – ist ein Zusammenschluss der Kommunen Edelsfeld, Freihung, Freudenberg, Gebenbach, Hahnbach, Hirschau, Poppennicht, Schnaittenbach und Vilseck. Sowohl von der Einwohnerzahl (35.000) als auch von der Größe her steht sie für etwa ein Drittel des Landkreises Amberg-Sulzbach/Oberpfalz/Bayern. Als Grundlage der Kooperation dient ein Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept (ILEK). Die Umsetzungsbegleitung für das Projekt wird über das Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz mitfinanziert.

**Mehr Informationen:**

Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach – Gesellschaft für regionale Entwicklung mbH  
 Waltraud Lobenhofer  
 Telefon: 0 96 64 / 95 24 67  
 E-Mail: info@aove.de  
 www.aove.de; www.altwerdenzuhause.de

# Wo ein Handicap kein Handicap ist



Von Ulla Klapproth

**Welche Früchte die Verbindung von ehrenamtlichem Engagement und professioneller Sozialarbeit tragen kann, zeigt der Verein Treffpunkt e.V.: Seit knapp 21 Jahren sorgt er mit seiner Fülle von Angeboten dafür, dass Ausgrenzung im niedersächsischen Gillersheim zum Fremdwort geworden ist.**

**A**ngebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit und ohne Handicaps zu schaffen, schrieben sich 1989 engagierte Bürger und Bürgerinnen aus dem niedersächsischen Ort Gillersheim auf ihre Fahnen. Mit der Gründung ihres Vereins Treffpunkt e.V. wollten sie Kindern und Jugendlichen einen Raum geben, die durch die Raster des (ansonsten vorhandenen) Vereinslebens fallen. Entwickelt werden sollten Angebote mit integrativem Charakter, um insbesondere Menschen mit Handicaps einzubinden. Die Arbeit zeichnet sich dadurch aus, dass der Verein ehrenamtliches Engagement mit professioneller Sozialarbeit aus dem Ort und für den Ort verbindet. Mittlerweile hat der Verein 115 Mitglieder; die Vereinsführung arbeitet eng mit anderen lokalen und regionalen Vereinen und Organisationen zusammen.

## **Breite Angebotspalette für Jugendliche und Behinderte**

Das Angebotsspektrum ist umfangreich. In der Kinder- und Jugendbetreuung gibt es zum Beispiel eine Soziale Gruppe (dreimal wöchentlich für 6-14-Jährige), Kochen für Kids (einmal monatlich) und eine Mäusegruppe (einmal monatlich). Auch organisierte Freizeiten, ein Ferienprogramm, ein Dienst zur Entlastung von Familien sowie Betreuungs- und Familienhilfe werden angeboten, außerdem eine integrative Sportgruppe, integrative Jugendbildungsmaßnahmen sowie der Workshop „Schlagfertig reagieren auf dem Schulhof“. Das neue Angebot „Seeigel“, eine Freizeit für Kinder, die mit der Teilnahme an größeren Gruppen überfordert sind, hat 2009 den Jugendpreis des Landkreises Northeim gewonnen.

Für Menschen mit Behinderung bietet der Verein ambulante Betreuung, Aktionsgruppen und Freizeiten, einen mobilen sozialen Hilfsdienst (auch für Senioren), ambulant betreute Wohngemeinschaften sowie Urlaubs- und Verhinderungspflege an. Zwei-

mal wöchentlich können Teilnehmer der ambulanten Betreuung beim Mitarbeitermittagstisch (MIMI) unter Anleitung kochen. Dieses Angebot ist offen für alle Interessierten aus dem Dorf. Einmal pro Monat wird für den gesamten Ort das integrative „Café Treffpunkt“ gestaltet.

## **Bildungsurlaube für Menschen mit Behinderung**

Ein besonderer Schwerpunkt sind die Bildungsurlaube für Menschen mit Behinderung. Im Jahr 1991 wurde auf Initiative des niedersächsischen Behindertenbeauftragten Karl Finke das Erwachsenenbildungsgesetz geändert. Seitdem haben auch Menschen, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen arbeiten, Anspruch auf fünf Tage Bildungsurlaub pro Jahr. Der Verein Treffpunkt e.V. führt seitdem

in Kooperation mit dem Bildungswerk der Gewerkschaft ver.di fünf bis sechs Bildungsurlaube pro Jahr durch. Die Themen werden zusammen mit den Teilnehmenden erarbeitet und reichen von „Kuren in Wesselburen“ über „Zu Gast bei Goethe und Schiller in Weimar“ bis zu „Wie leben behinderte Menschen in Frankreich?“ Aus dem zuletzt genannten Bildungsurlaub, der zudem bereits zweimal mit einer Jugendleiterfortbildung verknüpft war, hat sich mittlerweile eine informelle Partnerschaft mit dem französischen Verein „Béthanie“ im Département Ardèche entwickelt. Wer an einem Bildungsurlaub teilnimmt, muss einen Eigenanteil beisteuern, der sich nach den jeweiligen finanziellen Möglichkeiten richtet. Bei wirtschaftlicher Benachteiligung können Zuschüsse beim Sozialamt beantragt werden.







Bild: Verein Treffpunkt e.V.

Bild: Verein Treffpunkt e.V.



Bild: Verein Treffpunkt e.V.

### Stiftung sorgt für Nachhaltigkeit

Die Projekte des Vereins Treffpunkt e.V. lassen sich nur über Mischkalkulationen finanzieren. Dazu gehören neben Leistungsentgelten auch Geldspenden und ehrenamtliche Ressourcen. Um die Nachhaltigkeit der Projekte mittel- und langfristig zu gewährleisten, haben Bürger aus Gillersheim 2006 die „Hilf-reich Sozialstiftung Gillersheim“ gegründet. Aus den Erträgen dieser Sozialstiftung wurden bis jetzt Kinderfreizeiten des Vereins Treffpunkt und der „Kuckucks“-Waldlehrpfad des Naturschutzbunds (NABU) Gillersheim gefördert. Die Gillersheimer haben den Spitznamen „Kuckucks“, weswegen die lokale Band so heißt und der Vogel in diversen Logos auftaucht. Es gibt mehrere Versionen über die genaue Herkunft des Spitznamens, die genaue Bedeutung ist jedoch unklar.

### Ehrenamtler sind feste Stütze

Personell wird das umfangreiche Angebot durch zwölf fest angestellte MitarbeiterInnen im pädagogischen und Verwaltungsbereich sowie drei bis vier Absolventen eines Freiwilligen Sozialen Jahres und Zivildienstleistende abgedeckt. Um einen reibungsfreien Ablauf zu gewährleisten, sind zusätzlich etwa 35 Helfer und Helferinnen nötig. Diese haben im Verein in der Regel eine Ausbildung als JugendleiterIn und/oder als Demenz-LaienhelferIn absolviert. Sie übernehmen zum Beispiel den Fahrdienst oder beteiligen sich an Freizeiten und an den Bildungsurlauben. Die ehrenamtlichen JugendleiterInnen sind durch einen männlichen und einen weiblichen Vertreter im fünfköpfigen Vorstand des Vereins vertreten. So wird gewährleistet, dass auch die Ehrenamtler adäquat auf allen Entscheidungsebenen beteiligt sind.

### Tagungshaus realisiert, Wohnprojekt in Planung

Inzwischen hat der Verein in Wesselburen (Schleswig-Holstein) eine ehemalige Arztpraxis zu einem barrierefreien Tagungshaus umgebaut, das von zahlreichen Vereinen und sonstigen Kinder-, Jugend- und Behindertengruppen genutzt wird. Weiter geplant ist ein barrierefreies Gemeinschaftshaus mit Tagesstätte. Daran ange dockt ist ein integratives und barrierefreies Wohnprojekt, Träger hiervon ist die Genossenschaft Aktives, Gemeinschaftliches, Integratives Leben – AGIL. AGIL will ihren Mitgliedern menschenwürdiges Wohnen zu tragbaren Belastungen in jeder Lebensphase ermöglichen. Grundvorstellung ist, gemeinschaftlich, generationenübergreifend und integrativ zusammenzuwohnen. Als sozialer Mittelpunkt dient das Gemeinschaftshaus, das mit öffentlichen Mitteln gefördert wird. Der Landkreis Northeim, die Sozialstiftung des Landkreises Northeim sowie die Gemeinde Katlenburg-Lindau haben hierfür ihre finanzielle Unterstützung zugesichert. Die barrierefreie Gestaltung der Wohnanlage bietet die Perspektive, auch im Alter in der gewohnten Umgebung leben zu können. Alle Projekte wurden nach einer genauen Analyse des Bedarfs und unter Beteiligung der Betroffenen entwickelt.

### Den Widrigkeiten getrotzt

Besonders zu Beginn der Vereinsaktivitäten mussten die Mitglieder gegen Vorbehalte und Vorurteile aus der Bevölkerung kämpfen – vor allem gegenüber Menschen mit Handicap und suchtkranken Menschen. Andererseits haben im Ort Werte wie Nachbarschaftshilfe eine große Bedeutung, was der Arbeit des Vereins zugute kommt. Die Wohnanlage, der Kindergarten, der Verein Treffpunkt und vieles mehr lassen Gillersheim heute als „soziales Dorf“ dastehen, sagt Ortsbürgermeister Uwe Lebensieg. Das sei einer der Pluspunkte für den Sieg im Landesentscheid des Wett-

bewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ 2009 gewesen. Gillersheim tritt jetzt beim diesjährigen Bundesentscheid an.



Bild: Shutterstock

### Die Ursprünge des Treffpunkt e.V.

Die Geschäftsführerin des Vereins Treffpunkt e.V., Diplom-Pädagogin und Autorin dieses Beitrags, kam 1984 nach Gillersheim. Ursprünglich aus Frankfurt am Main stammend, hatten sie und ihr Lebensgefährte, ein Allgemeinmediziner, sich entschieden, auf dem Land zu leben und zu arbeiten. In Gillersheim fanden sie die persönlichen und beruflichen Voraussetzungen. Sie bauten ein ländliches „medico-soziales Zentrum“ auf, das zunächst aus einer Allgemeinarztpraxis und einer pädagogischen Beratungsstelle bestand. Angeboten wurden dort unter anderem Familienberatung und Erziehungsberatung; inzwischen liegt der Arbeitsschwerpunkt auf der Übernahme gesetzlicher Betreuungen. Die Räume wurden schon damals barrierefrei gestaltet – 1986 ein Novum in der Region.

### Mehr Informationen:

Ulla Klapproth  
Verein Treffpunkt e.V.  
Telefon: 0 55 56 / 17 26  
E-Mail: verein.treffpunkt@t-online.de  
www.verein-treffpunkt.de

Daniel Strotmann  
Regionalmanagement Harzweserland  
Telefon: 0 55 51 / 9 14 99 11  
E-Mail: strotmann@eurooffice.de  
www.harzweserland.de



Bild: Verein Treffpunkt e.V.





# Dezentrale Energieversorgung mit Biomasse – geht das?

Von Alexander Wacker

**Der Ausbau von Biomasse als erneuerbarer Energieträger bietet für peripher gelegene Regionen ein enormes Potenzial. Eine vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung geförderte Studie hat in drei Referenzregionen untersucht, ob und unter welchen Bedingungen Biomasse allein oder in Kombination mit anderen erneuerbaren Energieträgern zur Versorgungssicherheit beitragen kann.**

Periphere Räume sind von einer geringen Bevölkerungsdichte sowie kleinstädtischen und dörflichen Strukturen geprägt. Aufgrund der regional vorhandenen Potenziale (Anbauflächen für Biomasse, Freiflächen etc.) bieten sich gerade diese Regionen für die Nutzung erneuerbarer Energien, speziell Bioenergie, an. Hierbei gewinnen dezentrale Technologien zunehmend an Bedeutung. In diesem Zusammenhang kann eine energetische Biomassenutzung zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und zur Erschließung neuer Wertschöpfungspotenziale beitragen.

Das Projekt „Beitrag der Biomasse zur dezentralen Energieversorgung mit dem Ziel der Daseinsvorsorge und Versorgungssicherheit für periphere Räume“ wurde im Jahr 2009 vom Deutschen BiomasseForschungszentrum (DBFZ), dem Leipziger Institut für Energie (IE) und dem Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) bearbeitet. Ziel dieser Studie war es zu untersuchen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Technologien eine

dezentrale Energieversorgung mit Strom, Wärme und Kraftstoffen durch Biomasse in den Referenzregionen ganz oder teilweise möglich ist.

## **Die Referenzregionen und ihre Merkmale**

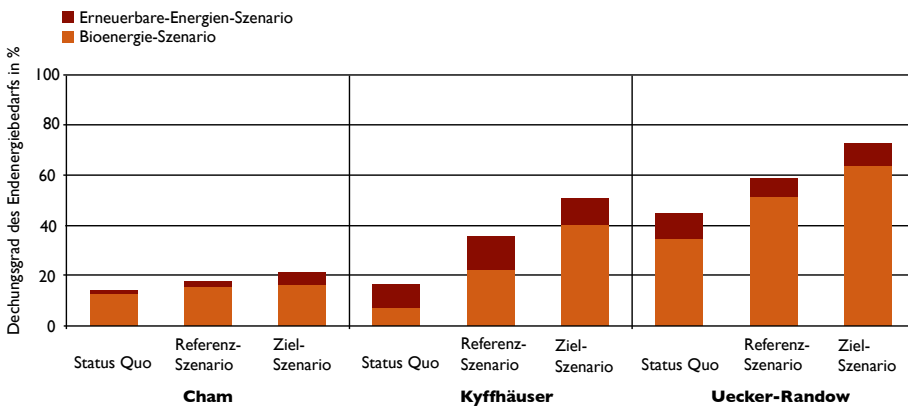
Als Referenzregionen wurden der Landkreis Cham in Bayern, der Kyffhäuserkreis in Thüringen und der Landkreis Uecker-Randow in Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Bei der Auswahl der drei Regionen war entscheidend, dass diese jeweils unterschiedliche bioenergiebezogene (Anteil Acker- und Waldfläche, Tierbestand etc.) sowie geographische und sozio-ökonomische Bedingungen aufweisen. Während der Kyffhäuserkreis einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Ackerfläche besitzt, zeichnet sich der Landkreis Cham durch einen großen Waldanteil aus. Der Landkreis Uecker-Randow repräsentiert eine Region mit ausgewogenen Anteilen an Acker-, Dauergrünland- und Waldfläche.

## **Angebot und Nachfrage ermitteln**

Als Grundlage für die Berechnung der regional vorhandenen Biomassepotenziale wurde die Methodik aus dem ebenfalls vom BBSR betreuten Forschungsprojekt „Globale und regionale Verteilung von Biomassepotenzialen“ verwendet. Hierbei werden die aktuellen Landnutzungen – wie Nahrungsmittelproduktion, Verwendung von Stroh für die Tierhaltung bzw. als Bodenverbesserer – sowie beeinflussende ökologische Restriktionen berücksichtigt. Dabei wurden die Potenziale sowohl landwirtschaftlicher (Mais, Getreide, Raps) als auch forstwirtschaftlicher Biomasse (Kurzumtriebsplantagen, Waldrestholz) sowie Reststoffpotenziale (Bio- und Grünabfälle, Gülle, Stroh) ermittelt. Als weitere Erneuerbare Energien wurden außerdem noch Solarenergie (Photovoltaik und Solarthermie), Windenergie, oberflächennahe Geothermie und Wasserkraft analysiert. Um zu ermitteln, welcher Anteil des Ge-



Abb. 1: Deckungsgrad des Endenergiebedarfs der drei Referenzregionen (Status quo und Szenarien)



Quelle: Deutsches BiomasseForschungsZentrum, 2009

samt-Energiebedarfs aus Bioenergie gedeckt werden könnte, wurde neben den Potenzialen der erneuerbaren Energieträger auch der Energiebedarf der Bereiche Haushalte, Industrie und Gewerbe/Handel/Dienstleistungen sowie Verkehr ermittelt. Dadurch war es möglich, den Status quo – d.h. den Anteil der regionseigenen Bioenergie am Endenergiebedarf im Jahr 2007 in den Referenzregionen – sowie zwei Szenarien (Referenz- und Zielszenario) perspektivisch für 2020 zu ermitteln. Im Referenzszenario wurden die Potenziale eines moderaten Ausbaus Erneuerbarer Energien angenommen, im Zielszenario die eines erhöhten Ausbaus Erneuerbarer Energien (Quelle für Detailinformationen siehe Kasten).

### Eigenversorgung wenig realistisch

Als Ergebnis zeigte sich, dass in keiner der drei Referenzregionen eine Eigenversorgung durch regionseigene Bioenergie bzw. in Kombination mit anderen Erneuerbaren Energien erreicht werden kann – weder im Status quo noch in einem der beiden Szenarien (siehe Abb. 1). Lediglich in Uecker-Randow kann im Ziel-Szenario der Bedarf an Wärme und Strom zu 100 % aus regionseigener Bioenergie gedeckt werden. Unter Berücksichtigung der anderen erneuerbaren Energieträger wird auch im Kyffhäuserkreis im Ziel-Szenario die Eigenversorgung mit Strom erreicht. Eine Deckung des Kraftstoffbedarfs ist jedoch in keiner der Referenzregionen möglich. Weiterführende Analysen ergaben, dass eine Eigenversorgung durch regionseigene Bioenergie – wenn überhaupt – nur mit drastischen Folgen möglich wäre. Dies würde nicht nur die Artenvielfalt stark dezimieren; auch das Landschaftsbild würde sich durch die Dominanz einzelner Kulturen grundlegend verändern, da nicht nur flächenneutrale Biomasse wie Waldrestholz oder Bioabfall eingesetzt werden könnte. Der NABU warnt in die-

sem Zusammenhang beispielsweise vor einer „Vermaischung“ ganzer Landschaften. Darüber hinaus hätte die Unabhängigkeit der Region von fossilen Energieträgern im Gegenzug eine Abhängigkeit im Nahrungsmittelsektor zur Folge, da in diesem Fall Nahrungsmittel – zumindest teilweise – importiert werden müssten.

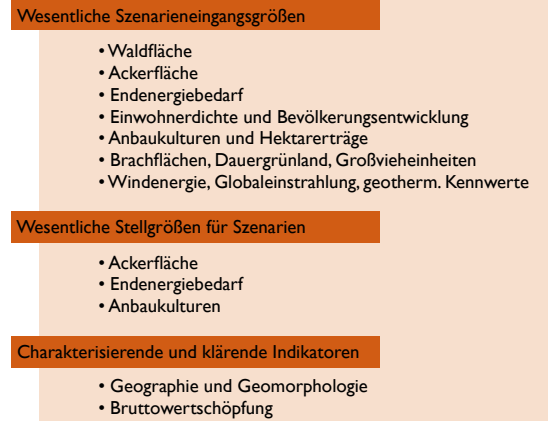
### Landnutzung ist entscheidend

Die Art der Flächennutzung hat einen erheblichen Einfluss auf die verfügbare Menge an energetisch nutzbarer Biomasse. So birgt ein hoher Anteil an Waldflächen bereits im Status quo ein relativ großes Biomassepotenzial. Auf Waldflächen ist jedoch die Möglichkeit, den Biomasseertrag zu steigern, wesentlich geringer als auf Ackerflächen. Grund hierfür ist, dass es für Ackerflächen eine wesentlich größere Auswahl an ertrags- und energiereichen Anbaukulturen gibt – zum Beispiel Mais, aber auch Kulturen für Kurzumtriebsplantagen (KUP). Zudem haben bei allen erneuerbaren Energieträgern die Ausbaupotenziale der Anlagen sowie der Einsatz neuer, effektiverer Technologien einen wesentlichen Einfluss auf das Angebot. So sind zum Beispiel für Ackerkulturen effizientere Technologien zur Energiegewinnung verfügbar als für Biomasse von Waldflächen.

### Jede Region braucht spezifische Analysen

Eine Übertragung der im Rahmen der Studie erzielten Ergebnisse auf andere periphere Regionen ist aufgrund der sehr spezifischen Ausgangssituation jeder Region nicht möglich. Um die Möglichkeiten und Folgen verschiedener Strategien zur regionalen Versorgung mit Bioenergie oder anderen Erneuerbaren Energien zu analysieren, müssen zahlreiche Indikatoren berücksichtigt werden (siehe Abb. 2). Besonders wichtig sind dabei der Umfang an Ackerfläche, die Anbaukulturen und der

Abb. 2: Indikatoren für die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Regionen



Quelle: Deutsches BiomasseForschungsZentrum, 2009

Endenergiebedarf. Weiterhin relevant sind beispielsweise die Siedlungsstruktur (z.B. im Hinblick auf Wärmesenken) oder „weiche“ Faktoren wie lokale bzw. regionale Akteure und Akteursnetzwerke.

### Regionale Entwicklungsstrategie notwendig

In jedem Fall ist eine zielgerichtete Einbindung eines regionalen Bioenergiekonzepts in übergeordnete Entwicklungsstrategien der Regionen nötig. Dies könnten zum Beispiel Regionalpläne oder Leitbilder sein. Hier müssen die regionsspezifischen Auswirkungen verschiedener Energieversorgungsstrategien auf Tourismus, regionale Wertschöpfung oder Beschäftigung berücksichtigt werden. Auf dieser Basis muss – auch unter Berücksichtigung der Wahrnehmung und Akzeptanz unterschiedlicher Interessengruppen – für jede Region geprüft werden, wie ein zukünftiger Energiemix aus erneuerbaren Quellen zu gestalten ist.

### Zum Weiterlesen

Weitere Informationen zum Forschungsprojekt finden Sie unter [www.bbsr.bund.de](http://www.bbsr.bund.de) > Fachpolitiken > Energie/Umwelt > Erneuerbare Energien > Fachbeiträge.

### Mehr Informationen:

Alexander Wacker  
 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im  
 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)  
 Referat I 5 „Verkehr und Umwelt“  
 Telefon: 02 28 / 9 94 01 23 42  
 E-Mail: [alexander.wacker@bbr.bund.de](mailto:alexander.wacker@bbr.bund.de)

# Der Health Check und die Folgen für die ländlichen Entwicklungsprogramme

Von Andreas Tietz

Durch den so genannten Health Check der EU-Agrarpolitik und durch das Europäische Konjunkturprogramm wurden die Mittel für den ELER aufgestockt. Dadurch sollten die Bundesländer die Möglichkeit haben, auf die „neuen Herausforderungen“ zu reagieren. Wie sie diese Mittel für die ländlichen Entwicklungsprogramme genutzt haben, zeigt der folgende Beitrag.

Die Mittel, die für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) zusätzlich bereitgestellt wurden (siehe Kasten), sollten die Mitgliedstaaten dazu motivieren, in ihren ländlichen Entwicklungsprogrammen (EPLRs) die „neuen Herausforderungen“ verstärkt anzugehen – neben Klimawandel und erneuerbaren Energien sind damit Wassermanagement, Biodiversität und die Umstrukturierung des Milchsektors gemeint. Durch das EU-Konjunkturprogramm wurde der Ausbau der Breitbandversorgung als zusätzliche Option aufgenommen.

## Schwerpunkt der Anrechnung: Agrarumweltmaßnahmen

Die Länder haben im Jahr 2009 ihre EPLRs an die neuen finanziellen Rahmenbedingungen angepasst. Dabei haben sie überwiegend die Möglichkeit genutzt, die Mittel zur Umsetzung der Health-Check-Prioritäten auf bereits bestehende Maßnahmen anzurechnen. Hierdurch wurden Mittel frei, die nach selbst gesetzten Prioritäten auf die Maßnahmen in den Programmen verteilt werden konnten. Abbildung 1 zeigt, auf welche Maßnahmen die Länder die zusätzlichen ELER-Mittel formal angerechnet haben. Fast zwei Drittel (605 Mio. €) wurden den Agrarumweltmaßnahmen (Maßnahmencode 214) zugeteilt. Insgesamt haben 13 der 14 Länderprogramme in dieser Maßnahme Health-Check-Mittel eingesetzt. Der einzelbetrieblichen Investitionsförderung (Code 121) wurden von sieben Ländern insgesamt 173 Millionen Euro (18 % der zusätzlichen Mittel) zugerechnet. Die übrigen Mittel verteilen sich auf weitere acht Maßnahmen, die nur von wenigen Ländern (maximal drei pro Maßnahme) ausgewählt wurden.

## Zuordnung zu den „neuen Herausforderungen“

Die Länder haben die Health-Check-Maßnahmen (bzw. Teilmaßnahmen) jeweils bestimmten „neuen Herausforderungen“ zugeordnet. Danach entfällt der größte Anteil der Mittel (31 %) auf die Biodiversität. Die

Agrarumweltmaßnahmen wurden sowohl dieser Priorität als auch den Bereichen Wasserwirtschaft und Klimawandel zugeordnet. Zweitwichtigste Priorität ist die Umstrukturierung des Milchsektors, auf die 25 Prozent der Gesamtsumme entfallen. Die übrigen Prioritäten (Erneuerbare Energien, Innovative Vorhaben, Breitbandförderung) fallen demgegenüber mit jeweils weniger als zwei Prozent der Mittel kaum ins Gewicht.

## Ausgleichszulage hat höchsten Mittelzuwachs

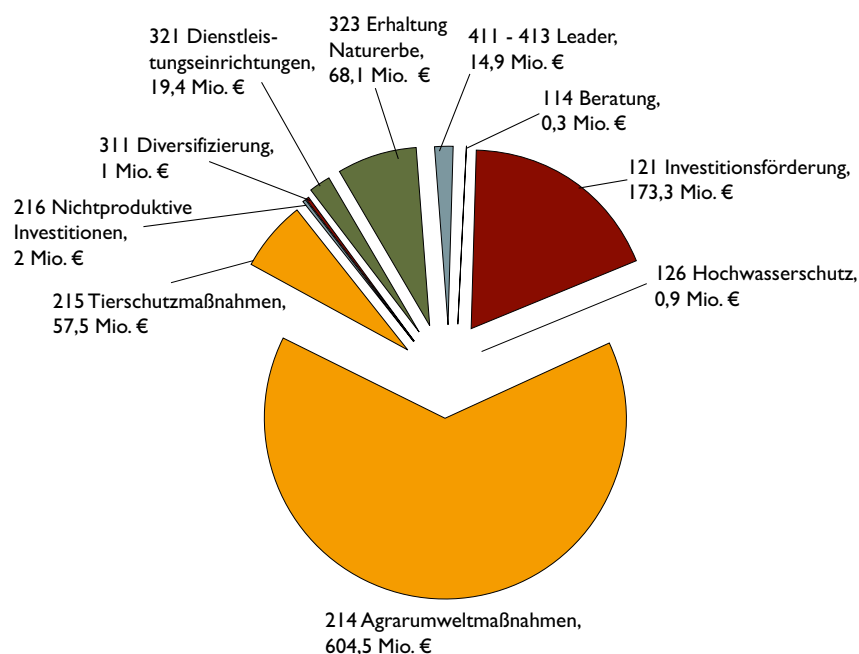
Entscheidend für die Umsetzung der EPLRs ist aber die tatsächliche finanzielle Verteilung, die durch Umschichtungen frei werdender Mittel entsteht. Neben den zusätzlichen ELER-Mitteln sind hierbei auch die zur Kofinanzierung benötigten nationalen Mittel sowie die rein national finanzierten Maßnahmen (so genannte Artikel-89-Maßnahmen) zu berücksichtigen. Insgesamt ist das Budget der öffentlichen Mittel (ELER + nationale Mittel) in den Länderprogrammen von 16,4 Millionen Euro bei der Programmgenehmigung 2007 auf jetzt

17,9 Millionen Euro gestiegen. Betrachtet man die Mittelaufstockungen der einzelnen Maßnahmen nach den Health-Check-Änderungen (Abbildung 2), so zeigt sich eine andere Rangfolge als in Abbildung 1: Die meisten zusätzlichen Mittel (276 Mio. € ELER- und 466 Mio. € öffentliche Mittel) erhält die Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten. Alle elf Länder, die die Ausgleichszulage 2007 anboten, haben ihr Budget durch Mittelum-schichtungen aufgestockt. Hintergrund ist die Verlängerung der geltenden Gebietskulisse für benachteiligte Gebiete bis Ende 2013. Ursprünglich war kalkuliert worden, dass aus der Neuabgrenzung der Gebietskulisse ab 2010 ein geringerer Mittelbedarf resultiert. Hinzu kommt, dass Niedersachsen die Ausgleichszulage 2009 neu in sein Programm aufgenommen hat.

## Rang 2 und 3: Investitionsförderung und Agrarumweltmaßnahmen

Die einzelbetriebliche Investitionsförderung als zweitplatzierte Maßnahme erhält durch

Abb. 1: Formale Anrechnung der ELER-Mittel aus Health Check und Konjunkturprogramm auf die Maßnahmencodes





Umschichtungen – über die *Health-Check*-Mittel hinaus – noch weitere ELER-Mittel (insgesamt 205 Mio. € ELER- und 287 Mio. € öffentliche Mittel). Zwölf Länder haben ihr Budget für diese Maßnahme erhöht, um vor allem den erhöhten Anpassungsbedarf der Milchviehbetriebe zu stützen. Erst an dritter Stelle folgen die Agrarumweltmaßnahmen, denen von den *Health-Check*-Mitteln nach Umschichtungen in andere Maßnahmen 291 Millionen Euro ELER- und 185 Millionen Euro öffentliche Mittel verbleiben. Die zusätzlichen Mittel werden vor allem für Prämienhöhungen in verschiedenen Teilmaßnahmen sowie für das Angebot zusätzlicher Teilmaßnahmen benötigt.

Der Hochwasser- und Küstenschutz (Rang 4) wird vor allem durch die Ausweisung zusätzlicher Artikel-89-Mittel – Maßnahmen im Rahmen der GAK – in den Programmen finanziell gestärkt. Bei den Tierschutzmaßnahmen (Rang 5) schlägt vor allem die Neuaufnahme einer Förderung der Sommerweidehaltung von Milchvieh in einigen Ländern zu Buche. Die Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes (Rang 6) wurden in erster Linie im Bereich investiver Natur- und Gewässerschutzprogramme aufgestockt.

**Landwirtschaftliche Betriebe sind Gewinner**

Durch die Programmänderungen wurden überwiegend Maßnahmen gestärkt, die sich an landwirtschaftliche Betriebe richten. Fast 1,1 Milliarden Euro (71 %) der zusätzlichen öffentlichen Mittel entfallen auf Landwirte als potenzielle Zuwendungsempfänger. Zweite wichtige Zielgruppe sind Kommunen und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts. Durch die finanzielle Aufstockung verschiedener Maßnahmen (u. a. Flurbereinigung und Wegebau, Erhaltung

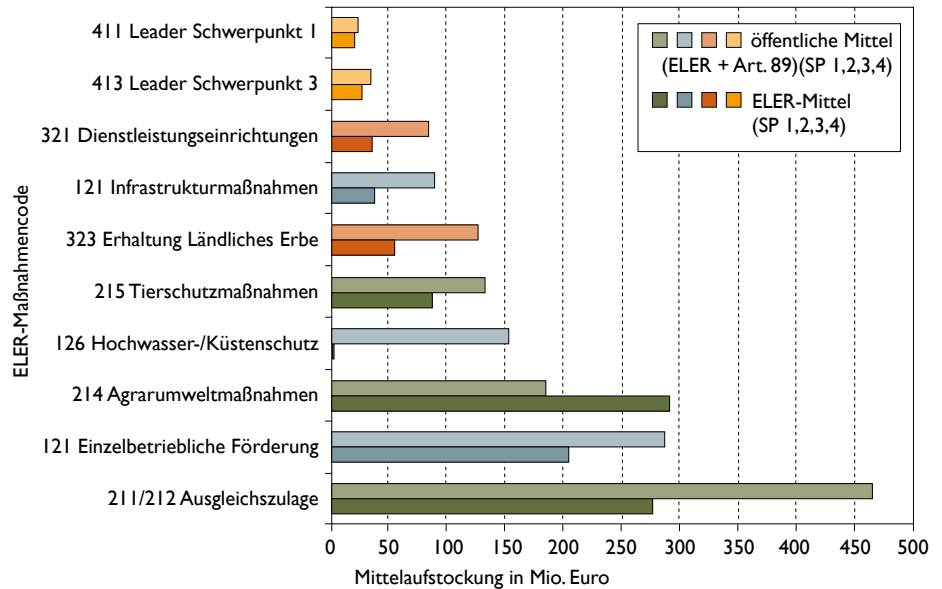


Abb. 2: Maßnahmen der Länderprogramme mit den größten Aufstockungen von ELER- und öffentlichen Mitteln

des ländlichen Erbes, Dienstleistungseinrichtungen, Küstenschutz) kommen dieser Zielgruppe rund 400 Millionen Euro (27 % der zusätzlichen Mittel) zugute.

**Unterschiede zwischen Bundesländern bleiben**

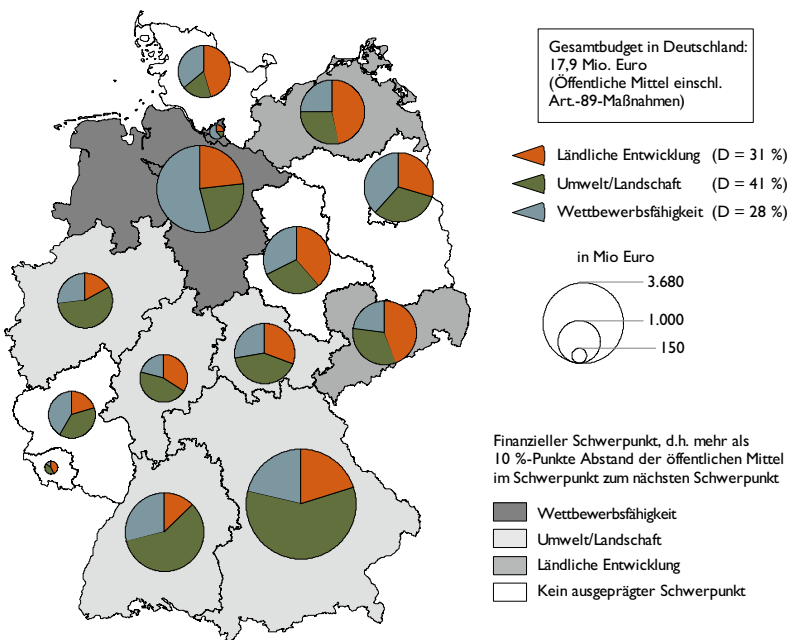
Die gesamte finanzielle Ausstattung der EPLRs ändert sich aufgrund des *Health Check* aber nur graduell. Nach wie vor gibt es deutliche Unterschiede in der finanziellen Gewichtung der ELER-Schwerpunkte zwischen den Bundesländern. Abbildung 3 zeigt, dass vor allem Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, aber auch Hessen und Thüringen einen deutlichen Akzent auf Maßnahmen des Schwerpunkts 2 (Verbesserung der Umwelt und der Landschaft) setzen. Die ländlichen Entwicklungsmaßnahmen im engeren Sinne (ELER-Schwerpunkte 3 und 4) werden in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein am höchsten

ausgestattet. Hamburg und Niedersachsen/Bremen sind die einzigen Bundesländer, die den Schwerpunkt 1 (Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Agrarsektor) am stärksten gewichten.

**Fazit**

Insgesamt haben die durch den *Health Check* und das europäische Konjunkturprogramm ausgelösten Programmänderungen in Deutschland zu einer Stärkung von Maßnahmen geführt, die vor allem eine Einkommensstützung landwirtschaftlicher Betriebe bewirken. Umweltpolitische Ziele, wie sie in den EU-Beschlüssen zur Bewältigung der „neuen Herausforderungen“ genannt wurden, spielen nur eine untergeordnete Rolle. Im Vordergrund stand für die Bundesländer die Reaktion auf die angespannte Liquiditätslage der Landwirtschaft.

Abb. 3: Finanzielle Schwerpunktsetzung in den Entwicklungsplänen 2007 bis 2013 nach den Programmänderungen 2009



**Wie viel zusätzliches Geld steht zur Verfügung?**

Die deutschen Bundesländer haben zusätzliche ELER-Mittel in einer Gesamthöhe von 942 Mio. € erhalten, davon 728 Mio. € aufgrund der zusätzlichen Modulation, 129 Mio. € ungenutzte Restmittel aus den Direktzahlungen der zurückliegenden Jahre und 86 Mio. € durch das Europäische Konjunkturprogramm. Diese zusätzlichen Mittel sind mit einem höheren EU-Kofinanzierungssatz verbunden. Die Länder müssen nur 25 Prozent (bzw. 10 % in Konvergenzgebieten) aus nationalen Mitteln zur Finanzierung der *Health-Check*-Maßnahmen aufbringen, im Vergleich zu 45 bis 50 Prozent (bzw. 20 bis 25 %) in den ursprünglichen Programmen.

**Mehr Informationen:**

Andreas Tietz  
 Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI)  
 Institut für Ländliche Räume  
 Telefon: 05 31 / 5 96 51 69  
 E-Mail: andreas.tietz@vti.bund.de  
 www.vti.bund.de



# Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete geplant

Von Margot Dressler

**Landwirtschaftliche Betriebe in benachteiligten Gebieten werden seit 1975 im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) gefördert. Die EU-Kommission will die Gebietskulisse jetzt neu definieren – mit eher ungünstigen Folgen für Deutschland.**

**B**enachteiligte Gebiete (siehe Kasten) gliedern sich in drei Kategorien: Berggebiete, Benachteiligte Agrarzonen und die so genannten Kleinen Gebiete. Die Einstufung erfolgte nach den von der Europäischen Kommission vorgegebenen Kriterien und galt nach der Wiedervereinigung auch für die ostdeutschen Bundesländer. Nach der Gebietsabgrenzung (Richtlinie 86/465/EWG vom 14.07.1986, zuletzt geändert durch die Entscheidung 97/172/EG der Kommission vom 10.02.1997) zeichnen sich in Deutschland aus:

- **Berggebiete** durch mindestens 800 Meter Höhe oder Höhenlagen von mindestens 600 Metern, verbunden mit einer Hangneigung von 18 Prozent und mehr.
- **Benachteiligte Agrarzonen** durch folgende Parameter: Obergrenze der Landwirtschaftlichen Vergleichszahl (LVZ) im gewogenen Durchschnitt = 28; Obergrenze der LVZ bei einem Dauergrünlandanteil von 80 Prozent = 32,5; maximale Bevölkerungsdichte = 130 Einwohner je Quadratkilometer; Mindestanteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen an der gesamten Erwerbsbevölkerung = 15 Prozent.
- **Kleine Gebiete** durch besondere Nachteile, die die landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit ungünstig beeinflussen. In diesen Gebieten ist die Landbewirtschaftung jedoch zur Erhaltung der Umwelt und der Landschaft unter Einschluss ihrer touristischen Attraktivität sowie – im Norden – aus Gründen des Küstenschutzes erforderlich.

Derzeit umfassen benachteiligte Gebiete in Deutschland eine Gesamtfläche von rund 9,4 Millionen Hektar, davon etwa 369.400 Hektar Berggebiete, 8,9 Millionen Hektar Benachteiligte Agrarzonen und 199.200 Hektar so genannte Kleine Gebiete.

## Die Neuabgrenzung

Nach der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 (ELER) gilt als Kriterium für die Förderung ausschließlich die natürliche Benachteiligung der Gebiete. Der Agrarrat hat damit eine neue Definition zur Abgrenzung benachteiligter Agrarzonen beschlossen. Es sollen ausschließlich naturbedingte Nachteile berücksichtigt werden und sozioökonomische Faktoren (wie zum Beispiel Bevölkerungsdichte und Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen an der Erwerbsbevölkerung) keine Rolle mehr spielen. Um diese qualitativen Vorgaben umzusetzen, hat die EU-Kommission mit ihrer Mitteilung vom 23. April 2009 an den Agrarrat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen einen Vorschlag zur Abgrenzung der Gebiete vorgelegt und die Mitgliedstaaten gebeten, die Umsetzung dieses Vorschlags zu simulieren.

## Nachteile nach dem Simulationsverfahren

Deutschland hat der Kommission die Ergebnisse des Simulationsverfahrens, eine Be-

wertung des EU-Abgrenzungsmodells sowie Vorschläge zu dessen Änderung Ende Januar 2010 übermittelt. Die Simulation hat gezeigt, dass die Anwendung der von der Kommission vorgeschlagenen Kriterien (unter anderem Temperatur, Boden: Wasserführung, Textur und Steingehalt, Ton, Durchwurzelungstiefe sowie Hangneigung) folgende Effekte hätte:

- Die bisher geförderte Fläche würde sich verringern und neue Flächen hinzukommen. Die benachteiligte Fläche würde insgesamt rund 8 Millionen Hektar betragen, das sind etwa 900.000 Hektar weniger als bisher. Dies resultiert daraus, dass 2,7 Millionen Hektar der bisher benachteiligten Gebiete wegfallen, andererseits aber 1,8 Millionen Hektar neu hinzukommen würden.
- Die Neuabgrenzung hätte einen enormen Verwaltungsaufwand zur Folge. Außerdem haben sich Mängel in der Datenbasis und in der Methodik der Abgrenzung gezeigt.

Deutschland hat deshalb die Anwendung des bewährten und allgemein anerkannten deutschen Indexsystems auf Basis der Ertragsmesszahl (EMZ) gefordert. In deren Ermittlung gehen prinzipiell zwar die gleichen bodenphysikalischen Indikatoren ein, sie bildet aber besser die natürliche Ertragsfähigkeit einer Fläche ab. Sollte die Europäische Kommission dem nicht folgen, hat Deutschland zur Verbesserung der Treffsicherheit Änderungen des EU-Abgrenzungsmodells gefordert,





Bild: Comerstone / Pixello

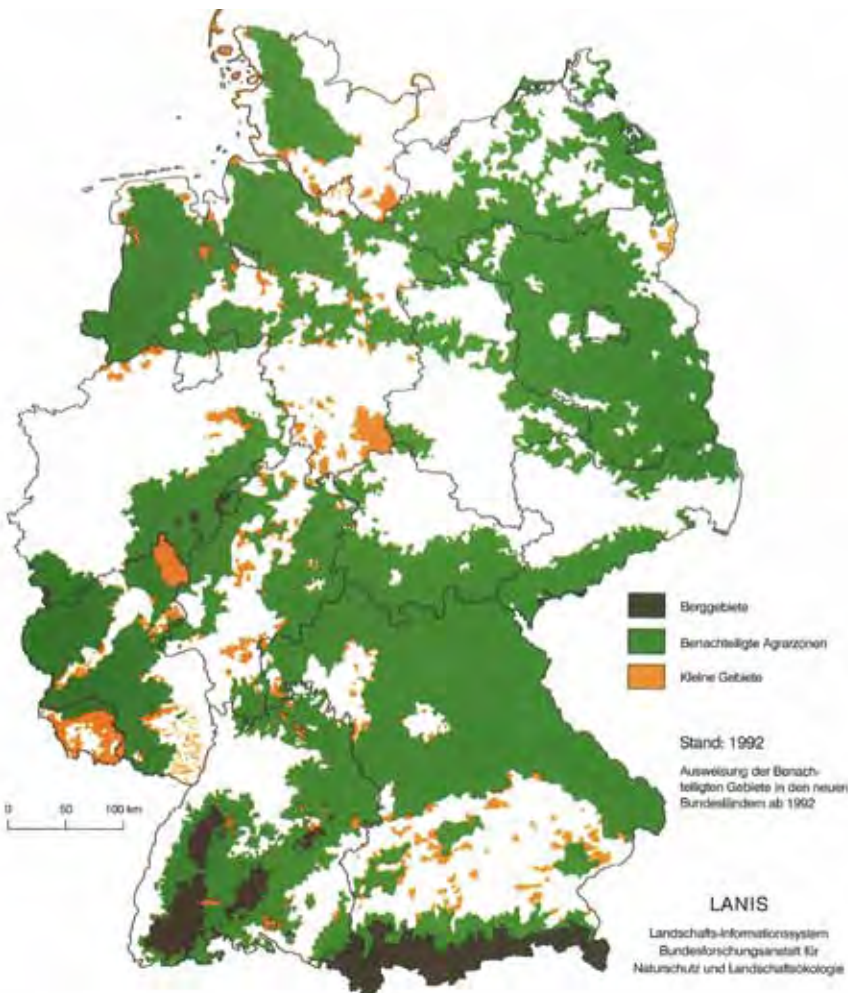
unter anderem:

- die Anerkennung des Anteils des Dauergrünlands an der Landwirtschaftlichen Nutzfläche (LF) als separater Abgrenzungsindikator;
- zumindest optional die Anerkennung kleinerer Gebietseinheiten als die Gemeinde (Gemarkung oder Parzelle);
- die Verringerung der Auslöseschwelle von 66 Prozent auf 50 Prozent der LF einer Gemeinde sowie den Verzicht auf eine 2. Stufe der Abgrenzung, um Flächen auszuschließen, deren Benachteiligung von den

Landwirten mit besonderen Maßnahmen überwunden wurde oder nicht mehr wahrgenommen wird.

Die Kommission wird nunmehr zunächst die von den Mitgliedstaaten vorgelegten Simulationsergebnisse auswerten. Mit einer Entscheidung des Agrarrates über eine Änderung der maßgeblichen Rechtsverordnung – der Verordnung des Rates zur Förderung des ländlichen Raums (ELER) – dürfte nicht vor Ende 2010/Anfang 2011 zu rechnen sein.

Abb.: Bisherige Einteilung benachteiligter Gebiete in der Bundesrepublik Deutschland



Hrsgb.: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) (1992)  
Quellen: Kartengrundlagen der Bundesländer, Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfRL), Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie (BFANL)

### Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten

Die heutige Förderung benachteiligter Gebiete ist aus dem „EG-Bergbauernprogramm“ hervorgegangen. Die Ausgleichszulage wird in den meisten Bundesländern (Ausnahmen: Hamburg, Bremen, Saarland) gezahlt und von der Europäischen Kommission mitfinanziert; der nationale Anteil wird im Verhältnis 60:40 von Bund und Ländern getragen. Ziel ist, über die Fortführung der landwirtschaftlichen Tätigkeit hinaus nachhaltige Bewirtschaftungsformen zu erhalten, die insbesondere Belangen des Umweltschutzes Rechnung tragen sowie den Erhalt ländlicher Räume zu gewährleisten.

### Wer bekommt die Ausgleichszulage?

Die Ausgleichszulage ist ein zentrales Instrument der Förderung in den als benachteiligt anerkannten Gebieten. Sie wird land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen als jährliche Direktzahlung für Flächen gewährt, wenn

- deren Flächen mit mindestens 3 Hektar in den benachteiligten Gebieten liegen und
- sie sich verpflichten, die landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit ab der ersten Zahlung noch mindestens 5 Jahre fortzuführen.

Ausgeschlossen sind Flächen für Intensivkulturen (zum Beispiel Weizen, Mais/Futtermais, Obst-Vollpflanzungen, Zuckerrüben, Obstintensivkulturen, Baumschulflächen).

### Wie hoch wird gefördert?

Die Höhe der Ausgleichszulage beträgt je Hektar LF mindestens 25 Euro und maximal 180 Euro; sie ist nach der Landwirtschaftlichen Vergleichszahl (LVZ) gestaffelt. In Berggebieten und in den übrigen benachteiligten Gebieten kann aber bei Flächen mit hoher Handarbeitsstufe, einer LVZ von weniger als 15 oder einer Hangneigung von mehr als 18 Prozent eine Ausgleichszulage in Höhe von 200 Euro je Hektar LF gewährt werden. Die Obergrenze kann überschritten werden, wenn sie im Durchschnitt der Zahlungen der Ausgleichszulagen des Bundeslandes weiter eingehalten wird.

In der EU-Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 flossen im Jahresdurchschnitt rund 329 Millionen Euro öffentliche Mittel (von Bund, Ländern und EU) in diesen Förderbereich. Mehr Informationen finden sich unter:

[www.bmelv.de](http://www.bmelv.de) > Landwirtschaft und ländliche Räume > Direktzahlung und Förderung > GAK 2010.

### Mehr Informationen:

Margot Dressler  
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Telefon: 02 28 / 5 29 33 85  
E-Mail: [margot.dressler@bmelv.bund.de](mailto:margot.dressler@bmelv.bund.de)

# EU-Rechnungshof besucht Partnerbetrieb Naturschutz

Von Jan Freese

Agrarumweltmaßnahmen beanspruchen in der EU mit über 3 Mrd. € pro Jahr ein erhebliches finanzielles Volumen. Im Rahmen einer Sonderprüfung haben im Herbst 2009 Prüfer des europäischen Rechnungshofes unter anderem das Modellprojekt „Partnerbetrieb Naturschutz“ in Rheinland-Pfalz besucht.

Der EU-Rechnungshof ([www.eca.europa.eu](http://www.eca.europa.eu)) hat auf seiner Prüfreise neben Deutschland auch England, Österreich, Italien, Spanien, Frankreich, Schweden, Ungarn und Polen besucht. Die Prüfer hatten für ihre Prüfreise einen komplexen Prüfkatalog zu neun Themen mit insgesamt 22 Fragen zu Konzeption, Aufstellung, Abwicklung, Kontrolle und Monitoring der Agrarumweltmaßnahmen (AUM) entwickelt sowie bereits im Vorfeld umfangreiche Informationen schriftlich abgefragt. Hintergrund der Prüfung sind das hohe Finanzvolumen für AUM sowie bestehende Zweifel an der Wirksamkeit der eingesetzten Mittel.

Dabei gibt es zwei widerstreitende Tendenzen zur Entwicklung von AUM: Viele AUM werden vereinfacht, um Ressourcen bei Verwaltung und Kontrolle zu sparen. Im Gegensatz dazu werden im Vertragsnaturschutz die Maßnahmen mit Modulen ausgestattet, um zielgerichtet auf spezielle Situationen eingehen zu können. Hierfür steht das Modellprojekt. Um die Wirksamkeit und Treffsicherheit zu erhöhen, werden zusätzlich Gebietskulissen für diese Maßnahmen festgelegt und die Flächen im Vorfeld und nach Umsetzung der Maßnahme begutachtet.

## Bilanz des Rheinland-Pfalz-Besuchs positiv

Der zweitägige Besuch in Rheinland-Pfalz zählte noch zur Vorbereitung der eigentlichen Prüfung. Er diente dazu Informationen

zu innovativen Konzepten wie dem Partnerbetrieb Naturschutz (siehe Kasten), zur Auswahl und Beratung teilnehmender Betriebe und zur ergebnisorientierten Honorierung im Rahmen des Agrarumweltprogramms PAULa zu gewinnen. Neben einer stichprobenartigen Akteneinsicht und Diskussionen mit Behördenvertretern wurden zwei Betriebe besucht. Hier machten sich die Prüfer bei Flächenbesichtigungen und Gesprächen mit den Landwirten ein Bild von der Praxis. Die Prüfer interessierte vor allem die Zusammenarbeit mit der Verwaltung, welche Erfahrungen die Landwirte mit den Maßnahmen gemacht haben, ob sie die Maßnahmen Kollegen empfehlen und selbst weiter umsetzen würden. Der Rechnungshof hat sich davon überzeugt, dass sich der Mehraufwand für Beratung und Kooperation und die Anwendung der ergebnisorientierten Honorierung lohnt: Es wurden sowohl die Akzeptanz durch die Landwirte erhöht als auch die Naturschutzergebnisse verbessert. Dies belegt das langjährige Monitoring der Agrarverwaltung Rheinland-Pfalz.

## Es bleibt spannend

Das Projekt hat einen positiven Eindruck vermittelt. Es ist aber noch unklar, wie die Gesamtbilanz des Sonderberichts, der für den Herbst 2010 erwartet wird, ausfallen wird. Der Vergleich mit allen Stationen der europaweiten Prüfreise läßt auch kritische Bewertungen zur Wirtschaftlichkeit und

Wirksamkeit erwarten. Ob der höhere Beratungs- und Verwaltungsaufwand für den Vertragsnaturschutz und der gesamtbetrieblichen Ansatz im allgemeinen Zeitgeist der Vereinfachung und Reduzierung von Verwaltungsabläufen, der auch die Debatten um die Zukunft der EU-Agrarumweltpolitik prägt, vermittelbar ist, bleibt abzuwarten.



Bild: Shutterstock

## „Partnerbetrieb Naturschutz“

Das Projekt „Partnerbetrieb Naturschutz“ setzte mit 18 landwirtschaftlichen Betrieben 2007 bis 2009 modellhaft die Leitidee „Naturschutz durch Nutzung“ in der Praxis um ([www.mufv.rlp.de](http://www.mufv.rlp.de) > Natur > Naturschutz). Aktuell wird dieser innovative Ansatz in die Standardförderung in Rheinland-Pfalz überführt. Das Konzept setzt auf Beratung, partnerschaftlichen Dialog von Landwirtschaft und Naturschutz und eine gesamtbetriebliche Betrachtungsweise. Eine Neuerung ist auch die Anwendung der ergebnisorientierten Honorierung artenreichen Grünlandes.

## Mehr Informationen:

Dr. Jan Freese  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
Telefon: 02 28 / 68 45 34 77  
E-Mail: [jan.freese@ble.de](mailto:jan.freese@ble.de)  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)

Die Vertreter des EU-Rechnungshofes, des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz erproben auf einer Grünlandfläche des Betriebes der Familie Rodermann unter Anleitung des PAULa-Beraters Torsten Weber die Erhebungsmethode der ergebnisorientierten Honorierung für artenreiches Grünland.



Bild: DVS



# Post in ländlichen Räumen – mehr Chancen für Kommunen!

Von Renate Geiger

Am 1. Januar 2008 erfolgte der Startschuss für einen völlig liberalisierten Postmarkt. Wie die Kommunen möglichen Einschnitten bei den angebotenen Dienstleistungen begegnen können oder welche Alternativen sie haben, zeigt der folgende Beitrag.



Bild: Melanie Mieske

Während der frühere Staatsmonopolist Deutsche Bundespost unabhängig von Rentabilitätsfragen eine Aufgabe der Daseinsvorsorge zu erfüllen hatte, bestimmen heute wirtschaftliche Überlegungen, in welchem Umfang und welcher Qualität privatwirtschaftliche Unternehmen Postdienstleistungen erbringen. Der dünn besiedelte und ländliche Raum ist für die Unternehmen aber nicht so attraktiv. Der Gesetzgeber hat deshalb Kriterien für die Grundversorgung erlassen (Post-Universaldienstleistungsverordnung), die ausdrücklich ländliche Räume einbeziehen.

## Eingreifen ist möglich

In großer Zahl haben sich in den letzten Jahren Verbraucher, Gemeinden und andere öffentlichen Einrichtungen aus ländlichen Regionen an die Bundesnetzagentur (siehe Kasten) gewandt, um gegen den tendenziellen Rückzug der Deutschen Post AG zu protestieren. In vielen Fällen konnte die Schließung von Filialen und Agenturen oder der Abbau von Briefkästen gestoppt werden. Es ist der Bundesnetzagentur aber nur dann erlaubt einzugreifen, wenn die Kriterien für die Grundversorgung nicht eingehalten werden. So haben grundsätzlich nur Gemeinden mit über 2000 Einwohnern Anspruch auf eine sogenannte stationäre Einrichtung mit Vollsortiment, die auch im Einzelhandel, oft mit längeren

Öffnungszeiten, untergebracht sein kann. Briefkästen sind in einer so ausreichenden Zahl aufzustellen, dass in zusammenhängend bebauten Wohngebieten nicht mehr als 1000 Meter dorthin zurückgelegt werden müssen. Es gibt auch Vorgaben, wie schnell Briefsendungen in Deutschland zu befördern sind: Mindestens 80 % der Briefe müssen den Empfänger im Jahresdurchschnitt am nächsten Werktag erreichen, Pakete bis zum 2. Werktag nach ihrer Einlieferung.

## Es gibt Alternativen

Es steht Gemeinden aber frei, Wettbewerber vor Ort für ein Engagement im ländlichen Raum zu gewinnen. Ein Blick auf den Paketdienst zeigt, dass die Zustellung, Annahme und Ausgabe von unterschiedlichen Anbietern mit einem beispielhaften Service durchgeführt werden kann. Dieses Modell ist auch im Briefdienst realisierbar. Es gibt etwa 800 überwiegend kleinere Unternehmen, die teilweise kooperieren und überregionale Beförderungsleistungen für Briefe anbieten. Auch ländlich orientierte Banken eröffnen zunehmend Annahmestellen für unterschiedliche Anbieter. Ein weiterer Ansatzpunkt sind die DORV- und KOMM-IN Dienstleistungs-Zentren im ländlichen Raum, die neben anderen Leistungen auch Postdienstleistungen anbieten ([www.dorv.de](http://www.dorv.de); [www.komm-in.de](http://www.komm-in.de)).

## Die Bundesnetzagentur

Die Bundesnetzagentur gewährleistet die Grundversorgung mit Postdienstleistungen im ländlichen Raum, die grundsätzlich von allen Marktteilnehmern erbracht werden können. Seit ihrer Gründung sind Verbraucherschutzstellen fester Bestandteil der jeweiligen Aufgabenbereiche. Darüber hinaus gibt es Schlichtungsstellen, die auf Antrag nach akzeptablen Lösungen suchen, wenn mit einem Dienstleister keine Einigung erzielt werden konnte.

## Wie finden Kommunen den idealen Postdienstleister?

Welche Anbieter für Postdienstleistungen in der Region in Frage kommen, ist unter [www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de) > Sachgebiete Postmarkt > Regulierung Postmarkt > Lizenzen gem. § 5 PostG > Lizenzen für Postdienstleister > Regionale Lizenzen alle pro Lizenzgebiet aufgezählt. Die Liste erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Unter den Unternehmen die richtige Wahl zu treffen, erleichtert wiederum die Checkliste für Postdienstleistungen des Postkundenforums e.V., welche unter [www.postkundenforum.de](http://www.postkundenforum.de) abrufbar ist.

## Mehr Informationen:

Renate Geiger  
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,  
Telekommunikation,  
Post und Eisenbahnen  
Telefon: 02 28 / 14 21 62  
E-Mail: [renate.geiger@bnetza.de](mailto:renate.geiger@bnetza.de)  
[www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de)

Doreen Haym  
Bundesanstalt für Landwirtschaft und  
Ernährung  
Referat Ländliche Strukturentwicklung  
Telefon: 02 28 / 68 45 39 42  
E-Mail: [doreen.haym@ble.de](mailto:doreen.haym@ble.de)

# Hofnachfolger gesucht!

Von Sören Bronsert

**Landwirte in Deutschland haben immer größere Probleme, innerhalb der Familie einen Hofnachfolger zu finden. Gleichzeitig steigt die Zahl der Gründungswilligen, die keinen elterlichen Hof erben können. Das Problem dabei: beide Seiten finden nur schwer zusammen. Ein Projekt der Universität Kassel und der Zukunftsstiftung Landwirtschaft will dies ändern.**

©BLE, Bonn/Foto: Thomas Stephan



Bild: Franz Händl / Pixelio

**D**ie Zahlen der Agrarstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes sprechen für sich: Zwischen 1999 und 2007 schlossen umgerechnet täglich 33 Höfe in Deutschland für immer ihre Tore. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe reduzierte sich in diesem Zeitraum um 27 Prozent, von rund 472.000 auf etwa 374.500. Auch die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft sank 2007 im Vergleich zu 1999 um 12,9 Prozent auf 1,25 Millionen – als Folge von Rationalisierungen, aber auch infolge des Höfesterbens.

## **Mehrzahl der Hofnachfolgen ungeklärt**

Die Gründe für die Hofaufgabe sind dabei recht verschieden. Es gibt Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter, die für ihren Betrieb keine wirtschaftliche Zukunft mehr sehen. Bei vielen aber ist das Rentenalter erreicht und kein Hofnachfolger in Sicht. Wie überall in Europa ist auch in Deutschland das Durchschnittsalter der landwirtschaftlichen Betriebsleiter relativ hoch: 2007 waren rund 47 Prozent der Betriebsleiter älter als 50 Jahre, aber nur knapp 15 Prozent jünger als 35 Jahre (Agrarstrukturerhebung 2007). Die 10-jährig stattfindende Landwirtschaftszählung des Statistischen Bundesamtes stellte 1999 fest, dass nur ein Drittel aller Landwirte über 45 Jahre einen sicheren Nachfolger hatten. Bei zwei Dritteln war die Hofnachfolge ungeklärt oder die Entscheidung zur Aufgabe bereits gefallen. Die gerade laufende Landwirtschaftszählung 2010 wird diesen Trend vermutlich bestätigen.

## **Nicht abfinden, sondern handeln!**

Angesichts der großen Zahl ungeklärter Hofnachfolgen und der damit verbunde-

nen Auswirkungen für die ländliche Entwicklung – wie Landflucht, Verlust von Arbeitsplätzen, Gebäudeerbestand und Veränderungen der Kulturlandschaft – sah Christian Vieth, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel, Handlungsbedarf. Dabei lag die Lösung für ihn auf der Hand: „Nicht nur die Zahl der Hofschließungen aufgrund fehlender Nachfolger nimmt zu“, erläutert der Agraringenieur. „Auch immer mehr Studierende der Agrar- und Gartenbauwissenschaften und Absolventinnen und Absolventen von landwirtschaftlichen Fach- und Meisterschulen suchen nach einer Möglichkeit, einen landwirtschaftlichen Betrieb zu gründen.“ Laut Vieth kommen rund 50 Prozent der Landwirtschafts- und Gartenbau-Absolventen nicht von einem elterlichen landwirtschaftlichen Betrieb, sind aber auf der Suche nach einem passenden Hof. Beide Seiten zusammenzubringen und eine außerfamiliäre Hofnachfolge zu erleichtern, war für ihn der Schlüssel zur Lösung des Problems.

## **Hofbörse und Beratung ins Leben gerufen**

Ein Instrument hierfür ist das 2008 von der Universität Kassel und der Zukunftsstiftung Landwirtschaft ([www.zs-l.de](http://www.zs-l.de)) gegründete Internetportal [www.hofgruender.de](http://www.hofgruender.de). Hier können Landwirte ihren Hof präsentieren und einen Nachfolger suchen – oder sich Gründungswillige auf die Suche nach einem passenden Hof machen. Mit monatlich über 4.000 Besuchern stößt die Seite auf große Resonanz.

Dass ein Projekt zur Erleichterung von Hofübergaben recht aufwändig ist und mehr als einer Hofbörse bedarf, war Vieth von Anfang an klar. Neben der Universität Kassel und die Zukunftsstiftung Landwirt-





schaft gibt es deshalb weitere Kooperationspartner, die am Beratungsprozessen beteiligt sind. Gemeinsam bieten sie eine intensive Beratung und umfassende Informationen rund um die Hofübergabe an. Bevor Anbieter und Nachfrager zum ersten Mal zusammentreffen, werden die Motive für eine Hofabgabe und -übernahme in einem Beratungsgespräch näher besprochen. „Ob eine Hofübergabe erfolgreich ist oder nicht, liegt nicht zuletzt an der Beratung und der Übergabebegleitung“, erklärt Vieth, „denn selten sind das Prozedere der Hofübergabe und ihre Tragweite beiden Seiten bekannt.“ Die Finanzierung der Hofbörse erfolgt ausschließlich über Spenden. Betriebsberatungen werden durch Honorare abgegolten.

### **Schritt für Schritt zur Übergabe**

Jeder Hofübergabeprozess ist individuell. Grundlage aller Übergaben ist jedoch, dass es sich um einen Prozess handelt, der sich über einen längeren Zeitraum hinziehen und in verschiedene Phasen eingeteilt werden kann. Kennzeichen erfolgreicher Hofübergaben sind klare Prozesse, Entscheidungen und Transparenz bei Vorstellungen und Wünschen. Häufig führen mangelnde Absprachen, nicht geäußerte Bedürfnisse oder Ängste zu Schwierigkeiten oder zum Scheitern einer Hofübergabe. Welche Fragen oder Klärungsbedarfe zu welchem Zeitpunkt anstehen können, beschreibt nachstehend aufgeführtes Modell.

#### **Vom „Wollen“ zum „Übergang“**

In der 1. Phase – „Das Wollen“ – werden das Umfeld und die Motive für eine außerfamiliäre Hofübergabe geklärt. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema ist für Landwirte nicht selten mit einer schwie-

rigen wirtschaftlichen oder familiär-persönlichen Situation verbunden. Hier findet eine betriebliche Standortbestimmung statt. Ob eine Übergabe wirklich zustande kommt, entscheidet sich in dieser Phase.

Die 2. Phase – „Die Form“ – regelt, wie die außerfamiliäre Übergabe konkret ablaufen könnte. Hier werden zum Beispiel der tatsächliche Wert des Hofes ermittelt oder die Übergabeform (Verpachtung, Verkauf, Einbringung in eine Stiftung, etc.), künftige Lebensmittelpunkte und die Alterssicherung besprochen. In dieser Phase formulieren vor allem die künftigen Altenteiler ihre Wünsche, die in späteren Gesprächen mit den Nachfolgern besprochen und ggf. angepasst werden müssen. Dennoch: nur mit einer unmissverständlichen Regelung und eigenen klaren Zielvorstellungen sind spätere Unklarheiten vermeidbar.

Erst dann beginnt die 3. Phase, „die Suche“ nach einem geeigneten Nachfolger. Hier sind die Formen der Kontaktaufnahme und persönliche Ansprüche zu regeln. Wesentliche Motive und Werte für die beabsichtigte außerfamiliäre Hofübergabe, wie der Erhalt von Geschaffenem und ein ordentliches Wirtschaften, sind Kriterien, die die potenziellen Nachfolger in fast allen Fällen erfüllen sollten.

In der letzten 4. Phase – „Der Übergang“ – wird der Hof-Suchende aktiv in den Prozess mit einbezogen. Die vom Abgebenden anvisierte Form der Übergabe wird mit den Möglichkeiten und Vorstellungen der Übernehmenden in Einklang gebracht. Diese Phase kann bei einem Verkauf sehr kurz sein, sich aber auch über mehrere Jahre erstrecken, insbesondere wenn Abgebende und Einsteigende für eine Übergangszeit den Hof noch gemeinsam bewirtschaften.

### **Rechtzeitig aktiv werden!**

„Vier bis fünf Prozent der Hofabgaben insgesamt finden heute außerfamiliär statt“, erklärt Christian Vieth. Die meisten Landwirte ohne Nachfolger verpachten ihre Flächen nach der Betriebsaufgabe aber an die umliegenden Berufskollegen. Doch auch wenn die außerfamiliäre Hofübergabe in der Praxis noch eine Ausnahme ist, lohnt es sich, ihr verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen, denn Hofübergaben innerhalb der Familie werden aus verschiedenen Gründen in Zukunft immer mehr an Bedeutung verlieren. Zudem ist aus der Beratungspraxis bekannt, dass ohne die Perspektive einer Hofnachfolge viele Betriebsleiter/innen in Passivität verharren; wichtige wirtschaftliche Investitionen in den Betrieb bleiben aus. „Dies ist ein Teufelskreis, den man nur mit einer realistischen Perspektive für die Betriebe durchbrechen kann“, ist sich Vieth sicher und ergänzt: „Wir müssen rechtzeitig handeln, um die negativen Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und die ländliche Entwicklung abzumildern.“



©BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler

#### **Mehr Informationen:**

Christian Vieth  
Universität Kassel  
Fachbereich Ökologische  
Agrarwissenschaften  
Telefon: 0 55 42 / 98 16 03  
E-Mail: vieth@hofgruender.de  
www.hofgruender.de

# Mit Stiftungen den Naturschutz fördern

Von Jan Freese

**Nachdem man eine gute Idee für ein Natur- oder Umweltschutzprojekt entwickelt und vielleicht schon mit wichtigen Akteuren gesprochen hat, stellt sich unweigerlich die Frage, wie das Vorhaben finanziert werden soll. Eine gute Quelle sind Stiftungen. In Deutschland gibt es zahlreiche Stiftungen, die auch den Natur- und Umweltschutz fördern. Die wichtigsten stellt der folgende Beitrag vor.**



Bild: Maja Dumat / Pixello

**W**er ein Projekt mit Hilfe einer Stiftung verwirklichen möchte, muss wissen, dass man generell zwischen *fördernden* und *operativ tätigen* Stiftungen unterscheidet. Bei *fördernden* Stiftungen können Förderanträge für eigene Projekte gestellt werden, wenn sie in das Förderprofil der Stiftung passen. *Operativ tätige* Stiftungen wie die Deutsche Wildtierstiftung ([www.deutschewildtierstiftung.de](http://www.deutschewildtierstiftung.de)), die Heinz-Sielmann-Stiftung ([www.sielmann-stiftung.de](http://www.sielmann-stiftung.de)) oder die NABU-Stiftung Nationales Naturerbe ([www.naturerbe.nabu.de](http://www.naturerbe.nabu.de)) reichen kein Geld an andere Projektträger aus, sondern setzen mit den Erträgen Projekte direkt selbst um. Eine operativ tätige Stiftung könnte allerdings eine Projektidee aufgreifen und umsetzen, deshalb kann auch hier eine Kontaktaufnahme durchaus nützlich sein. Ein Beispiel für ein Projekt operativer Stiftungen ist der Betrieb eines Naturschutzzentrums.

## **Wie findet man die passende Stiftung?**

Angesichts der Vielfalt an Stiftungen stellt sich die Frage, wie man die richtige Stiftung für sein Projekt findet. Zentrale Anlaufstelle hierfür ist die Datenbank des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen. Unter [www.stiftungen.org](http://www.stiftungen.org) sind alle Stiftungen in Deutschland nach regionalen und thematischen Kriterien geordnet. Jede Stiftung hat eigene Antrags- und Förderbedingungen, die genau studiert werden sollten. Wie bei der Mittelakquise generell gilt auch hier, dass zum Beispiel für Naturschutzprojekte nicht unbedingt ausschließlich spezifische Naturschutzstiftungen in Frage kommen. Auch Stiftungen mit breiterem Fokus, etwa solche, die bildungsorientiert fördern, kommen oft in Betracht.

## **Zwei Große: DBU und Allianz**

Zwei Umweltstiftungen, die in Deutschland mit einem großen Stiftungsvolumen explizit die Umsetzung von Umwelt- und Naturschutzzielen verfolgen, sind die Deutsche Bundesstiftung Umwelt und die Allianz-Umweltstiftung.



## **Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt**

Mit einem Stiftungskapital von 1,2 Milliarden Euro aus dem Verkauf der Salzgitte AG wurde von der Bundesregierung 1989 die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gegründet ([www.dbu.de](http://www.dbu.de)). Ihr Ziel ist die Förderung von Projekten in den Bereichen Umwelttechnik – insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen –, Umweltforschung, Umweltkommunikation und Kulturgüterschutz. Seit 2006 umfasst der Förderbereich explizit auch den Naturschutz. Insgesamt hat die DBU bisher über 7.500 Projekte mit einem Fördervolumen von mehr als 1,3 Milliarden Euro unterstützt.

Im Jahr 2009 hat die DBU 46.000 Hektar Flächen aus Bundesbesitz in das aufzubauende Nationale Naturerbe übernommen. Die hierdurch entstehenden Lasten schränken die Fördertätigkeit im Naturschutzbereich ein. Dennoch ist die DBU immer noch einer der größten Förderer im Naturschutzbereich. Um die generelle Förderfähigkeit zu prüfen, benötigt die DBU zunächst eine kurze Projektskizze. Erst dann wird (gegebenenfalls) der Vollertrag verfasst.





### Die Allianz-Umweltstiftung

Zu ihrem 100. Geburtstag hat die Allianz-Versicherung 1990 ihre Umweltstiftung ([www.allianz-umweltstiftung.de](http://www.allianz-umweltstiftung.de)) errichtet. Ihr Grundstockvermögen beträgt 50 Millionen Euro. Die Allianz-Umweltstiftung fördert Projekte, die modellhaft nicht nur die Natur beziehungsweise die Umwelt allein im Blick haben, sondern auch den Menschen und seine Bedürfnisse mit einbeziehen. Die Projekte sollen außerdem die nachhaltige Verbesserung von Umwelt und Natur mit sozialen, kulturellen oder bildungsbezogenen Anliegen verknüpfen. Gefördert werden können nur gemeinnützige Träger. Die Beantragung erfolgt auch hier zunächst mit einer drei- bis vierseitigen Skizze.

### Wer fördert noch?

Es gibt noch weitere projektfördernde Stiftungen im Natur- und Umweltschutzbereich. Hierzu zählen: Die *HIT Umwelt- und Naturschutz-Stiftung* ([www.hit-umweltstiftung.de](http://www.hit-umweltstiftung.de)) fördert jährlich bundesweit ca. 50 Projekte gemeinnütziger Träger, in der Regel mit bis zu 15.000 €. Die *Michael-Otto-Stiftung* ([www.michaelotlostiftung.de](http://www.michaelotlostiftung.de)) bietet Kindern und Jugendlichen zum Beispiel die Möglichkeit, eigene Projekte zum Schutz der Ressource Wasser umzusetzen – durch Einrichten eines Tümpels, die Übernahme einer Bachpatenschaft oder die Konzeption einer Wanderausstellung (Förderbereich Aqua-Projekte). Die *Naturstiftung David* ([www.naturstiftung-david.de](http://www.naturstiftung-david.de)) unterstützt kleinere Naturschutzprojekte in den ostdeutschen Bundesländern mit Beträgen zwischen einigen hundert und wenigen tausend Euro.

### Eine weitere Quelle: Länder-Lotterien

Alle Bundesländer finanzieren Projekte im Umwelt-, Naturschutz- und Entwicklungszusammenhang auch über die Einnahmen aus Lotterien, die in der Regel über Landesstiftungen ausgeschüttet werden. Das Stiftungskapital dieser Landesstiftungen ist oft gering, die Ausschüttungen können aber durchaus hoch sein, da den Stiftungen über die Landeshaushalte jährlich Überschüsse aus dem Glücksspielmonopol zufließen. Die Abwicklung der Mittel aus *Bingo!* – die *Umweltlotterie und Glücksspirale* erfolgt in den Bundesländern über verschiedene Landesstiftungen (siehe Tabelle 1).

### Auch Kleinvieh macht Mist!

Neben einigen großen, bundesweit tätigen Stiftungen gibt es eine Vielzahl kleiner, zum Teil nur regional tätiger Stiftungen, die oft einen sehr speziellen Stiftungszweck haben. Deshalb gilt es, die Augen offen zu halten, um zu sehen, ob neben den hier genannten großen Stiftungen nicht regionale Stiftungen, zum Beispiel des Landkreises, einer Stadt oder eines lokalen Stifters, für die Finanzierung eines Projektes in Frage kommen.

Tabelle 1: Stiftungen der Bundesländer zur Abwicklung der Mittel aus *Bingo!* – die *Umweltlotterie und Glücksspirale*

| Bundesland             | Landesstiftung   |
|------------------------|--|
| Baden-Württemberg      | Stiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg ( <a href="http://www.stiftung-naturschutz-bw.de">www.stiftung-naturschutz-bw.de</a> )     |
| Bayern                 | Bayerischer Naturschutzfonds ( <a href="http://www.stmugv.bayern.de/de/aktiv/nsf.htm">www.stmugv.bayern.de/de/aktiv/nsf.htm</a> )      |
| Berlin                 | Stiftung Naturschutz Berlin ( <a href="http://www.stiftung-naturschutz.de">www.stiftung-naturschutz.de</a> )                           |
| Brandenburg            | Stiftung Naturschutzfonds Brandenburg ( <a href="http://www.naturschutzfonds.de">www.naturschutzfonds.de</a> )                         |
| Hamburg                | Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung ( <a href="http://www.nue-stiftung.de">www.nue-stiftung.de</a> )                      |
| Hessen                 | Stiftung Hessischer Naturschutz ( <a href="http://www.stiftung-hessischer-naturschutz.de">www.stiftung-hessischer-naturschutz.de</a> ) |
| Mecklenburg-Vorpommern | Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung ( <a href="http://www.nue-stiftung.de">www.nue-stiftung.de</a> )                      |
| Niedersachsen          | Bingo-Stiftung für Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit ( <a href="http://www.bingostiftung.de">www.bingostiftung.de</a> )            |
| Nordrhein-Westfalen    | Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat und Kultur ( <a href="http://www.nrw-stiftung.de">www.nrw-stiftung.de</a> )           |
| Rheinland-Pfalz        | Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz ( <a href="http://www.umweltstiftung.rlp.de">www.umweltstiftung.rlp.de</a> )                 |
| Saarland               | Naturlandstiftung Saar ( <a href="http://www.nls-saar.de">www.nls-saar.de</a> )  |
| Sachsen                | Sächsische Landesstiftung Natur und Umwelt ( <a href="http://www.lanu.de">www.lanu.de</a> )  |
| Sachsen-Anhalt         | Stiftung Umwelt-, Natur- und Klimaschutz des Landes Sachsen-Anhalt ( <a href="http://www.sunk-lsa.de">www.sunk-lsa.de</a> )            |
| Schleswig-Holstein     | Bingo!-Projektförderung ( <a href="http://www.projektfoerderung.de">www.projektfoerderung.de</a> )                                     |
| Thüringen              | Stiftung Naturschutz Thüringen ( <a href="http://stiftung-naturschutz-thueringen.de">stiftung-naturschutz-thueringen.de</a> )          |

### Umweltstiftungen stellen sich vor

Eine für den Bundesverband Deutscher Stiftungen erstellte Broschüre stellt die Ideen, Ziele und Merkmale von 82 Umweltstiftungen in Form eines Selbstportraits vor. Die Broschüre kann entweder über den Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V. (Telefon: 030 / 89 79 470; E-Mail: [bundesverband@stiftungen.org](mailto:bundesverband@stiftungen.org)) bezogen werden oder steht kostenlos unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/umweltstiftungen](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/umweltstiftungen) zum Download bereit.

### Wie arbeitet eine Stiftung?

Eine Stiftung wird von einem oder mehreren StifterInnen mit einem Vermögen ausgestattet, das zur Verfolgung eines festgelegten Stiftungszwecks eingesetzt werden muss. Stiftungszweck und Arbeitsweise werden in einer Satzung festgelegt und von einem Vorstand umgesetzt. Für die Beaufsichtigung ist die staatliche Stiftungsaufsicht zuständig. Der Ertrag aus dem Stiftungskapital (Zinsen) wird, gegebenenfalls ergänzt durch weitere Einnahmen, zur Verwirklichung des Stiftungszwecks eingesetzt; das Aufbrauchen des Stiftungskapitals ist dabei untersagt.

### Mehr Informationen:

Dr. Jan Freese  
Deutsche Vernetzungsstelle  
Ländliche Räume  
Telefon: 02 28 / 68 45 34 77  
E-Mail: [jan.freese@ble.de](mailto:jan.freese@ble.de)  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)

# Mehr Energieholz auf Deutschlands Äcker!

Von Christian Colmer

Seit Januar 2010 baut das Technologie-Transfer-Zentrum Bremerhaven zusammen mit weiteren Partnern das Nationale Netzwerk für Energieholzplantagen auf. Ziel ist es, Investitionen im Energieholzbereich anzuregen und so die Anbauflächen in Deutschland auszudehnen.

„Vorhandenes Wissen nutzen, um wirtschaftlich rentable sowie ökologisch und sozial nachhaltige Kurzumtriebsplantagen-Projekte mit starken Partnern zu realisieren – das ist unser Ziel!“ So beschreibt Projektkoordinator Alexander Schank vom Technologie-Transfer-Zentrum (ttz) Bremerhaven die Intention des Nationalen Netzwerks für Energieholzplantagen. Das Netzwerk umfasst die gesamte unternehmerische Wertschöpfungskette von Kurzumtriebsplantagen (KUP; siehe Kasten), außerdem Verbände und Forschungseinrichtungen. Es wird vom Bundeswirtschaftsministerium und von der EU-Kommission für insgesamt 3 Jahre gefördert.

## Partner vernetzen, Märkte ausbauen

Zu Jahresbeginn haben sich 20 Partnerunternehmen zusammengeschlossen, um zunächst vier Modellprojekte in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Niedersachsen durchzuführen. Diese sollen später als Best-Practice-Beispiele für weitere Regionen dienen. Um dies zu erreichen, hat sich das KUP-Netzwerk folgende strategische Ziele gesetzt:

- Projektorientierte Verknüpfung geeigneter Marktpartner mit wirtschaftlichem Interesse (regional und überregional);
- Kostenersparnis der Netzwerkpartner durch Synergieeffekte und Projekt-Fördermittel;
- Überwindung von Markt- und Rechtsbarrieren für KUP-Betreiber, KUP-Produkte (Energie- und Papierholz) und andere Marktakteure aus dem Biomasse-Bereich;
- Erhöhung des Informationsflusses zwischen Markt, Forschung und Politik;
- Etablierung der KUP-Idee in der Bioenergiebranche.

## Internetportal: von der Markt- zur Handelsplattform

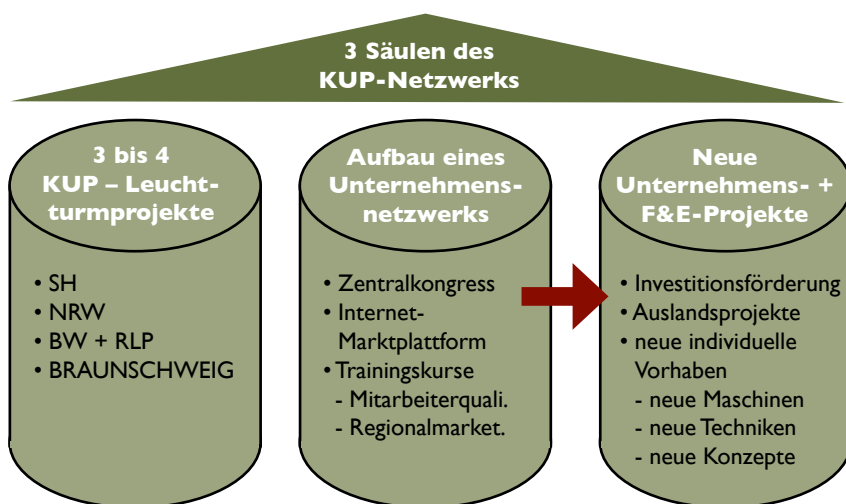
Seit März 2010 ist die Internetseite [www.kup-netzwerk.info](http://www.kup-netzwerk.info) online. Sie dient als Marktplattform und erste Anlaufstelle für Unternehmer, Experten und Interessierte im Energieholz-Bereich. Viele Unternehmer sind stark an Energieholz aus KUP interessiert, suchen jedoch noch kompetente und unabhängige Experten, um ihre Investitionsentscheidung abzusichern. Weiterhin brauchen Unternehmer erfahrene Partner, um eine KUP erfolgreich anzulegen, zu bewirtschaften und deren Produkte zu vermarkten. Beides kann die

KUP-Marktplattform über verschiedene Funktionen leisten, etwa die „Marktpartnerkarte“ und die „Marktpartnersuche“. Weiterhin bietet sie Forschungseinrichtungen die Möglichkeit, auf ihre neuesten Veröffentlichungen und Veranstaltungen aufmerksam zu machen.

Bereits heute haben sich mehr als 80 neue Unternehmen, Kompetenzzentren und Forschungseinrichtungen auf dem Internetportal registriert. Die Registrierung ist kostenfrei. Mittelfristig soll die Marktplattform als Handelsplattform ausgebaut werden. So werden Nutzer in Zukunft die Möglichkeit haben, tagesaktuell Rohstoff-Mengen und Dienstleistungen anzubieten.

## Bekanntheitsgrad steigern

Das Projekt KUP-Netzwerk ist auch Stützpunkt der europaweiten Kampagne „Sustainable Energy Week“ und wurde von der Europäischen Kommission für die Auszeichnung „Sustainable Demonstration Projects“ nominiert. In diesem Rahmen fand am 23. März 2010 in Göttingen ein Workshop für Fachjournalisten statt, um auch die breite Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren. Weiterhin ist ein KUP-Gemeinschaftsstand auf der Messe Bioenergy Decentral im November in Hannover geplant, zu der auch neue Unternehmen als Aussteller eingeladen sind.



Quelle: ttz Bremerhaven

## Glossar

Kurzumtriebsplantagen – KUP – sind Anpflanzungen schnell wachsender Bäume wie Pappeln und Weiden auf land- oder forstwirtschaftlichen Flächen, die innerhalb kurzer Zeit Holz als nachwachsenden Rohstoff liefern.

## Mehr Informationen:

Alexander Schank  
Projektleiter Erneuerbare Energien  
Technologie-Transfer-Zentrum (ttz)  
Bremerhaven  
Telefon: 04 71 / 9 44 87 01  
E-Mail: [aschank@ttz-bremerhaven.de](mailto:aschank@ttz-bremerhaven.de)  
[www.ttz-bremerhaven.de](http://www.ttz-bremerhaven.de)



# Schäfern eine Stimme geben



Von Günther Czerkus

**Schäfer erbringen zahlreiche Leistungen für die Gesellschaft, werden dafür aber kaum honoriert. Zudem sind ihre Arbeitsbedingungen alles andere als rosig. Die Berufsschäfer in der Vereinigung Deutscher Landesschafzuchtverbände sind angetreten, dies zu ändern.**

**H**irten wirtschaften meist auf Flächen, die kaum ein anderer nutzen kann. Hier erzeugen sie hochwertige Lebensmittel – Fleisch, Milch und Käse. Mit ihrer sehr extensiven Bewirtschaftung ertragsarmer Standorte erbringen sie außerdem zahlreiche Leistungen für den Natur- und Umweltschutz: Sie erhalten bedrohte Lebensräume für Pflanzen und Tiere, vernetzen Biotope, fördern die Artenvielfalt und verschönern das Landschaftsbild. Extensiv genutztes, artenreiches Grünland filtert außerdem Schadstoffe aus dem Wasser, verhindert Bodenerosion und ist eine wirkungsvolle CO<sub>2</sub>-Senke.

## **Umweltleistungen zu wenig honoriert**

Die Crux bei all dem ist: Schäfer haben weltweit in der gesamten Landwirtschaft die längsten Arbeitszeiten und erwirtschaften gleichzeitig das niedrigste Einkommen. Zwar werden die Natur- und Umweltleistungen der Schäfer heute teils über Pflegeaufträge – den so genannten Vertragsnaturschutz –, teils über Agrarumweltmaßnahmen honoriert. Doch werden die Mittel und die in Frage kommenden Gebietskulissen in be-

drohlichem Umfang beschnitten. Auf Dauer können Schäferereien aber nur bestehen, wenn ihre Leistungen auch finanziell anerkannt werden.

## **Stolpersteine bei Ordnungsrecht und Förderung**

Hinzu kommt, dass die Fördermöglichkeiten, Gesetze oder Ausführungsbestimmungen ihren berufsspezifischen Arbeitsbedingungen oft nicht gerecht werden. Viele Regelungen zum Fachrecht bzw. zu Cross-Compliance – also der Verknüpfung der Prämien für die Landwirtschaft mit der Einhaltung von Umweltstandards – treffen Schäferereien stärker als Ackerbau- oder Intensivgrünlandbetriebe. Schäfer tragen bei der Agrarförderung das höchste Kontrollrisiko. Hierzu zwei Beispiele: 1) Ein großer Teil der festgestellten Cross-Compliance-Verstöße betrifft die Tierkennzeichnung. Doch ist es wesentlich leichter, bei einem Traktor den Ölverlust zu verhindern als bei einem Weidetier den Verlust der Ohrmarke – in einem Betrieb gibt es vielleicht drei Traktoren, aber 900 Ohrmarken. 2) Die förderfähige Größe eines Maisackers in Oldenburg lässt sich einfach und unkompliziert auch auf dem

Luftbild bestimmen. Eine klein strukturierte Grünlandfläche in einem Naturschutzgebiet im Mittelgebirge ergibt jedoch bei jeder Vor-Ort-Kontrolle eine andere Größe.

## **Aufklärung betreiben, Austausch ermöglichen**

Der Ausschuss der Berufsschäfer der Vereinigung Deutscher Landesschafzuchtverbände e.V. (siehe Kasten) will etwas gegen diese Probleme unternehmen. Er ist überzeugt, dass die Lösung nur in angepassten Preisen für Schäferei-Erzeugnisse liegen kann, vor allem aber darin, die spezifischen Belange der Schäfer in der Agrarförderung zu berücksichtigen. Der erste Schritt in diese Richtung ist die Aufklärung. Hierzu veranstaltet der Ausschuss vom 5. Juni 2010 bis zum 17. Oktober 2010 einen Hirtenzug durch Teile Europas. Ziel ist es zu zeigen, dass Schafe und Ziegen nicht nur sympathisch, sondern auch überaus nützlich sind. Auch darüber hinaus schafft der Ausschuss Gesprächsebenen, zum Beispiel auf dem Deutschen Grünlandtag am 16. und 17. Oktober 2010 in Trier. Außerdem wird 2010 ein bundesweiter Workshop zur Feinabstimmung der Förderfähigkeit von Landschaftselementen durchgeführt.

## **Die Berufsschäfer in der VDL**

Der Ausschuss der Berufsschäfer der Vereinigung Deutscher Landesschafzuchtverbände (VDL) e.V. wurde 2008 gegründet. Er informiert zu berufsspezifischen Fragestellungen und fördert die Fortbildung und Kommunikation seiner Mitglieder. Zudem betreibt er Lobbyarbeit, um erforderliche Anpassungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erreichen.

## **Mehr Informationen:**

Günther Czerkus  
Vereinigung Deutscher Landesschafzuchtverbände  
Ausschuss der Berufsschäfer  
Telefon: 0 30 / 31 90 45 40  
E-Mail: [info@schafe-sind-toll.de](mailto:info@schafe-sind-toll.de)  
[www.schafe-sind-toll.de](http://www.schafe-sind-toll.de)



Bild: Herrmann / Pixello



# Aktiv für den Gewässerschutz: Landwirte als Versuchstechniker

Von Andrea Hanse

**Das Dienstleistungszentrum Ländliche Räume in Bad Kreuznach hat sich zur Aufgabe gemacht, die Landwirte stärker für den Gewässerschutz zu sensibilisieren. Inspiriert von der DVS-Tagung „Landwirtschaft und WRRL“ im März 2009 wurde beschlossen, ein eigenständiges Projekt zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in der landwirtschaftlichen Beratung ins Leben zu rufen.**

**D**as Projekt „Landwirtschaftliche Beratung zum Schutz vor Nährstoffeinträgen in die Gewässer“ der rheinland-pfälzischen Landesregierung ist 2010 an den Start gegangen und für eine Dauer von vier Jahren angelegt. Hierfür wurden zunächst insgesamt acht Regionen ausgemacht, in denen aufgrund einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung und der geologischen Gegebenheiten die Auswaschung von Nährstoffen von den Flächen in die Gewässer besonders hoch ist. Zu ihnen zählen beispielsweise der Landkreis Bitburg Prüm mit seinem großen Viehbestand und Maisanbau, die Pellenz mit ihrer hohen Grundwasserneubildung und die Vorderpfalz mit ihren guten Böden und der intensiven Bewirtschaftung. In diesen Regionen werden nun insgesamt 15 „Leitbetriebe“ gesucht: Sie sollen typisch für die Region sein, der Gewässerschutzberatung offen gegenüberstehen und bereit sein, in ihren Betrieben Versuche anzulegen und darüber zu berichten. In enger Zusammenarbeit mit den Betriebsleitern werden dort Wirksamkeit, Rentabilität und Akzeptanz verschiedener Maßnahmen getestet.

## **Gebündeltes Know-how und gute Kontakte**

Bei der Auswahl geeigneter Betriebe wird unter anderem der Vorteil genutzt, dass es im Dienstleistungszentrum Ländliche Räume (DLR) viele Berührungspunkte zwischen dem Projekt und der allgemeinen

landwirtschaftlichen Beratung, den Schulen, dem Versuchswesen, der Kontrolle und weiteren Projekten gibt. Durch Projekte wie zum Beispiel „Partnerbetrieb Naturschutz“ sowie durch die Versuchstechniker im DLR bestehen gute Kontakte zu geeigneten Betrieben. Landwirte, die sich mit speziellen Fragen zur Stickstoffdüngung an die Beratung wenden, erhalten durch das neue Projekt zum Gewässerschutz die Möglichkeit, diese in eigenen Versuchen selbst zu beantworten.

## **Versuche individuell abgestimmt**

Erklärt sich ein Betriebsleiter zur Teilnahme am Projekt bereit, wird überlegt, bei welcher Kultur sich ein Versuch anbietet – zum Beispiel Raps, Weizen oder Mais. Nach der Auswahl einer geeigneten Versuchsfläche stellt der Landwirt seine Anbaustrategie dar. Gemeinsam wird dann eine Maßnahme ausgewählt, mit der die Nitrat- auswaschung vermindert werden soll. Das können der Anbau von Zwischenfrüchten, der Einsatz von Nitrifikationshemmern bei der Gülleausbringung oder die Einsaat von Getreidestreifen quer zum Hang im Maisanbau sein. Anschließend werden der Versuchsaufbau und die nächsten Schritte abgestimmt. Versuchsanlage und Ernte führt der Landwirt – mit Unterstützung des Versuchswesens – in eigener Regie durch. Für die Entnahme und Auswertung der Proben ist die Projektleitung am DLR zuständig. So

wird der Betriebsleiter zum Versuchstechniker, der sich und seine Berufskollegen auf den eigenen Flächen von der Wirksamkeit einzelner Maßnahmen überzeugen und deren Kosten und Nutzen abwägen kann.

## **Förderung und Beratung weiterentwickeln**

Der Wille der Landwirte, etwas für den Gewässerschutz zu tun, ist vorhanden. Bereits bei den ersten Projektvorstellungen haben einige Betriebe ihre Bereitschaft zur Teilnahme signalisiert. Das DLR möchte mit dem Projekt einen Beitrag zu einer gewässerschonenden und gleichzeitig ökonomisch tragfähigen landwirtschaftlichen Erzeugung leisten. Die Ergebnisse sollen in die bestehenden Beratungskonzepte integriert werden und zudem das landeseigene Förderprogramm PAULa (Programm Agrar-Umwelt-Landschaft) in Sachen Gewässerschutz weiterentwickeln.

## **Mehr Informationen:**

DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück  
Andrea Hanse  
Telefon: 06 71 / 82 04 80  
E-Mail: [dlr-rnh@dlr.rlp.de](mailto:dlr-rnh@dlr.rlp.de)  
[www.dlr-rnh.rlp.de](http://www.dlr-rnh.rlp.de)



# Engagiert für Europa?

## EU unterstützt!

Von **Christine Wingert-Beckmann**

**Das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ fördert bürgerschaftliches Engagement in und für Europa. Es will den Bürgerinnen und Bürgern die Europäische Union sowie die ihr zugrunde liegenden Werte näherbringen und so ihr Verantwortungsgefühl für die Zukunft der EU stärken.**

**B**ürgerschaftliches Engagement für Europa kann viele Formen haben, entsprechend vielseitig ist das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“: So können zum Beispiel Kommunen oder Vereine im Rahmen ihrer städtepartnerschaftlichen Beziehungen Zuschüsse zu Bürgerbegegnungen oder zu thematischen Konferenzreihen für einen längerfristigen Fachaustausch mit anderen europäischen Kommunen beantragen (Aktion 1). Für Vereine und Verbände, die auf europäischer Ebene tätig sind, gibt es Betriebskostenzuschüsse zur Unterstützung ihrer laufenden Arbeit; Forschungsinstitute können Studien zu Europafragen fördern lassen (Aktion 2). Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen von Archiven und Gedenkstätten, die sich mit Deportationen und Massenvernichtung zu Zeiten des Nationalsozialismus beziehungsweise des Stalinismus befassen, werden im Rahmen der Aktion 4 – „Aktive europäische Erinnerung“ – gefördert.

### **Wichtig: der europäische Fokus**

Neben der Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen dürfte für ländliche Räume besonders die Projektförderung für Vereine, Verbände, Stiftungen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen interessant sein (Aktion 2, Maßnahme 3). Wichtig ist hier, dass die Veranstaltungen oder Publikationen mindestens von einer weiteren Partnerorganisation aus einem anderen am Programm teilnehmenden Land mitgetragen werden. Dies sind neben den 27 EU-Mitgliedstaaten Kroatien, Mazedonien und Albanien.

### **Gut beraten mit der Kontaktstelle**

Die Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (KS EfBB) hilft in jedem Stadium der Antragsvorbereitung: bei ersten Anfragen zur Förderfähigkeit

von Projekten, beim Auffinden der notwendigen Unterlagen sowie bei Fragen zu den Antragsformularen. Zudem bietet sie einen „Antragscheck“ an, das heißt, auf Wunsch wird der ausgefüllte Antrag auf Vollständigkeit und Plausibilität geprüft, bevor er von den Antragstellern nach Brüssel gesandt wird.

In circa 20 Vorträgen und Seminaren pro Jahr informieren die Mitarbeiterinnen der KS EfBB über das Programm und seine Fördermöglichkeiten. Die nächsten Termine finden Sie auf unter [www.kontaktstelle-efbb.de](http://www.kontaktstelle-efbb.de) sowie im Newsletter der KS EfBB (Abo über die Internetseite unter „Infos & Service“).

**KS EfBB**

Kontaktstelle Deutschland

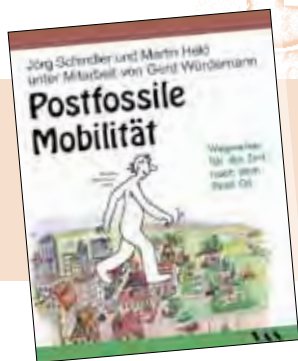
»Europa für Bürgerinnen und Bürger«

Projekt „Omnibus der Demokratie“:  
Der Omnibus in Naumburg.



### **Mehr Informationen:**

Kontaktstelle Deutschland  
»Europa für Bürgerinnen und Bürger«  
bei der Kulturpolitischen Gesellschaft  
e.V. (KS EfBB)  
Christine Wingert-Beckmann,  
Monika Lühn  
Telefon: 02 28 / 2 01 67-21  
E-Mail: [info@kontaktstelle-efbb.de](mailto:info@kontaktstelle-efbb.de)  
[www.kontaktstelle-efbb.de](http://www.kontaktstelle-efbb.de)



### **Nach dem Öl: Mobilität neu denken**

Von Stefan Kämper

Seit dem weltweiten „Aufholen“ von Entwicklungs- und Schwellenländern beim automobilen Verkehr wird deutlich, dass die – vermeintlich unbegrenzt verfügbaren – Ressourcen endlich sind. Die Autoren des vorliegenden Buches plädieren jedoch nicht nur dafür, die fossilen Brennstoffe zu ersetzen, sie fordern vielmehr einen Perspektivenwechsel: vom technisch begriffenen Verkehr zu einem umfassend verstandenen Mobilitätsbegriff.

Der Mensch mit seinen Bedürfnissen steht im Mittelpunkt; nicht nur die Ortsveränderung wird berücksichtigt, sondern sämtliche Formen, Motive und emotionalen Komponenten der Mobilität. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation entwickeln die Autoren „Leitplanken“ als Wegweiser zur postfossilen Mobilität. Diese sollen helfen eine neue „mentale Landkarte“ des Verkehrs zu zeichnen. Die Leitplanken berücksichtigen die energetischen und raumstrukturellen Aspekte sowie die globale Perspektive einer neuen Mobilität. Der Wegweiser zeigt auch die Notwendigkeit auf, sich körperlich zu betätigen und neue Möglichkeiten zu kommunizieren. Die Forderung neue Formen der Mobilität „attraktiv und emotional ansprechend“ zu gestalten, ist für die Akzeptanz von Bedeutung.

Das spannend argumentierende Buch möchte ein „positives Bild“ zukünftiger Mobilität skizzieren, das dazu beiträgt, den global anstehenden Umbau des Verkehrs rechtzeitig zu beginnen, damit eine „harte Landung“ im postfossilen Zeitalter vermieden werden kann.

Jörg Schindler, Martin Held und Gerd Würdemann, 2009: Postfossile Mobilität. Wegweiser für die Zeit nach dem Peak Oil. VAS-Verlag für Akademische Schriften, Wiesbaden, 301 Seiten. ISBN: 978-3-88864-422-1



### **Professionelles Management von Ehrenamtlichen**

Von Juliane Mante

Ohne ehrenamtliches Engagement wäre auch ländliche Entwicklung nicht denkbar. Dabei wird die Bedeutung eines modernen Ehrenamtsmanagements oft unterschätzt, was angesichts sinkender Mitgliederzahlen in vielen Organisationen und des Wandels im Ehrenamt (etwa bei Motiven, Dauer und Ansprüchen an das Ehrenamt) verwunderlich ist. Bernd Wallraff beschreibt in seinem Buch, basierend auf Erkenntnissen der Ehrenamtsforschung (Kapitel 1) sowie auf eigenen empirischen Erhebungen und praktischen Erfahrungen (Kapitel 2), die Zusammenhänge zwischen Engagementbereitschaft und Erfolg. Am Beispiel von Greenpeace untersucht er die Erfolgskriterien ehrenamtlicher Arbeit in Nichtregierungsorganisationen und gibt Empfehlungen für ein professionelleres Ehrenamtsmanagement (Kapitel 3).

Der Autor kommt zu dem Schluss, dass Ehrenamt zwar allen Beteiligten Vorteile bringt, für die Organisationen aber nicht zum Nulltarif zu haben ist. Dabei lohnen sich umfassende Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für die Organisationen doppelt: Sie gewährleisten einerseits die notwendige Qualität der sich immer stärker spezialisierenden ehrenamtlichen Tätigkeiten. Andererseits fördern sie die Motivation der Ehrenamtlichen, sich regelmäßig und dauerhaft zu engagieren. Möglichst viel Raum für Mitgestaltung, aber auch emotionale Bindungen und flexibles Handeln von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, werden als weitere Erfolgsfaktoren genannt.

Bernd Wallraff, 2010: Professionelles Management von Ehrenamtlichen – Eine empirische Studie am Beispiel von Greenpeace Deutschland. Budrich UniPress, Opladen & Farmington Hills MI, 234 Seiten. ISBN: 978-3-940755-40-7.



### **Anpassen an den Klimawandel – aber wie?**

Von Sören Bronsert

Dass in den nächsten Jahrzehnten wesentliche Klimaänderungen zu erwarten sind, ist unstrittig. Die Aussagen über Auswirkungen und Anpassungsmöglichkeiten für die Land- und Forstwirtschaft in Mitteleuropa fallen jedoch meist vage aus. Ein Grund hierfür sind die regional stark variierenden Klimaszenarien sowie die speziellen Standort- und Produktionsbedingungen jedes Betriebes. Um ihre Produktion an die klimatischen Bedingungen anpassen zu können, benötigen Praktiker konkrete Handlungsempfehlungen.

Eine erste Orientierungshilfe bieten die Autoren des Buches „Landwirtschaft im Klimawandel“. Im ersten Kapitel beschreiben sie für unterschiedliche mitteleuropäische Regionen die Wirkungszusammenhänge der Ökosysteme sowie die Auswirkungen des Klimawandels auf landwirtschaftliche Produkte und auf die Ressourcen Pflanzen, Boden und Wasser. Die folgenden Kapitel widmen sich detailliert und praxisnah den Auswirkungen und möglichen Anpassungsstrategien für die verschiedenen land- und forstwirtschaftlichen Produktionssysteme (Ackerbau, Dauergrünland, Forst). Diese Systeme werden aufgrund der kurz- oder langfristigen Änderungspotenziale und der unterschiedlichen Anpassungskosten getrennt voneinander betrachtet. Das Buch beschreibt anschaulich, wie im Zusammenspiel von sozio-ökonomischen und produktionstechnischen Anpassungsstrategien das Risiko der Ertragsverluste gemindert werden kann.

Josef Eitzinger, Kurt Christian Kersebaum, Herbert Formayer, 2009: Landwirtschaft im Klimawandel. Auswirkungen und Anpassungsstrategien für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Mitteleuropa. Verlag Agrimedia, Clenze, 320 Seiten. ISBN: 978-3-86037-378-1



**... angekündigt**

von Stefan Kämper

**Klein- und Mittelstädte im demografischen Wandel**

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) veranstaltet am **14. Juli 2010** in **Stendal (Sachsen-Anhalt)** eine Fachtagung mit dem Titel **„Herausforderungen des demografischen Wandels für ostdeutsche Klein- und Mittelstädte im ländlichen Raum“**.

Bei der Tagung geht es um die Konse-

quenzen des demografischen Wandels für Kommunen und Regionen sowie darum, geeignete Anpassungsstrategien zu ermitteln. Dabei wird diskutiert, welche Bedeutung bürgerschaftliches Engagement bei der Sicherung der Daseinsvorsorge haben kann und welche Möglichkeiten, aber auch Grenzen es bei der Sicherung der Grundversorgung durch Mobilitätsangebote gibt.

Ebenfalls auf dem Programm stehen Strategien und Förderinstrumente zur Stabilisierung demografischer Prozesse und Strukturen in Klein- und Mittelstädten.

**Weitere Informationen:**  
[www.bbsr.bund.de](http://www.bbsr.bund.de) > Aktuell > Veranstaltungen



Bundesinstitut  
für Bau-, Stadt- und  
Raumforschung  
im  
Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung

**Förderinstrumente stärken**

Das Institut für Ländliche Strukturfor-

schung (IfLS) lädt zu einem **Experten-Workshop** am **16. September 2010** nach **Frankfurt am Main** ein. Im Rahmen des EU-Projekts „Analyse der mittel- und langfristigen Wirkungen der Förderinstrumente zur ländlichen Entwicklung der Europäischen Union“ (RuDI) geht es um die Erarbeitung von Empfehlungen zur ländlichen Entwicklungspolitik. Partner aus zehn EU-Ländern untersuchen die Strukturen und Prozesse der ländlichen Entwicklungspolitik (ELER), insbesondere



in Hinblick auf ihre Programmentwicklung, Umsetzung und Evaluierung. Für Deutschland wurden dazu unter anderem Fallstudien in Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt. Ziel des Workshops ist es, den Teilnehmenden die Ergebnisse des Gesamtprojektes anhand der Fallstudien zu illustrieren, um anschließend in themenspezifischen Arbeitsgruppen Empfehlungen für die Politikperiode ab 2014 abzuleiten. Die Veranstaltung richtet sich an Vertreter der Bundes- und Länderebene, z.B. Ministe-

rien oder Wirtschafts- und Sozialpartner der Ländlichen Entwicklungsprogramme, sowie an die interessierte Öffentlichkeit.  
**Weitere Informationen:**  
Kerstin Hülemeyer ([huelemeyer@ifls.de](mailto:huelemeyer@ifls.de))  
und [www.rudi-europe.net](http://www.rudi-europe.net)

**Energie-Landschaften!? Fallen oder Chancen für ländliche Räume**

Unter diesem Titel findet vom **29. September bis 1. Oktober 2010** die **31. Bundestagung der Deutschen Landeskulturgesellschaft (DLKG)** in **Husum (Schleswig-Holstein)** statt. Viele Windenergieanlagen, aber auch andere Formen erneuerbarer Energie (EE) prägen inzwischen die ländlichen Räume. Dies wirft viele Fragen auf: Ist der ländliche Raum als Standort für die Produktion von erneuerbarer Energie geeignet? Ist die Wertschöpfung für die Energieproduktion für den ländlichen Raum eine neue Chance, oder entstehen vielmehr durch die geänderten Nutzungsstrukturen neue Konkurrenzen und Prob-

leme? Gibt es bereits erfolgreiche Praxismodelle, die für Dörfer weiterentwickelt werden können? Wenn ja, welche Faktoren entscheiden über den Erfolg?

Auf ihrer Tagung will die Deutsche Landeskulturgesellschaft Antworten auf diese Fragen geben und die Perspektiven, die gleichzeitig auch Herausforderungen für die Kulturlandschaften in allen Regionen Deutschlands sind, mit den Tagungsteilnehmern erörtern. Wissenschaftliche Grundlagen und administrative Rahmenbedingungen sollen diskutiert sowie Denkanstöße und Lösungsvorschläge formuliert werden.

**Programm, Anmeldung (bis 26. September 2010) sowie weitere Informationen unter:**  
[www.dlkg.org/bt2010.html](http://www.dlkg.org/bt2010.html)



Bild: Master76 / Pixelio

**Geschmackstage 2010 – noch Teilnehmer gesucht!**

Vom **3. bis 9. Oktober** finden **bundesweit** die **Geschmackstage 2010** statt. Ziel dieser 2008 ins Leben gerufenen Veranstaltung es, dem gesunden Genuss, der Esskultur und Geschmacksbildung, der Geselligkeit sowie der Wertschätzung handwerklicher Lebensmittelerzeugung eine dauerhafte Plattform zu geben. Mitmachen können alle, die mit konkreten

Beiträgen die Geschmackstage-Idee unterstützen: Gastronomie, Erzeuger und Direktvermarkter, Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen sowie Verbände, Vereine und private Initiativen.

**Weitere Informationen:**  
[www.geschmackstage.de](http://www.geschmackstage.de)



Bundesministerium für  
Ernährung, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz



IN FORM  
Deutsches Institut für gesunde Ernährung  
und mehr Bewegung

**Geschmackstage 2010**  
Köstliches Deutschland  
03. bis 09. Oktober 2010

## Termine

Von Stefan Kämper

|  |   |  |
|--|---|--|
| 14. Juli   | <b>Herausforderungen des demografischen Wandels für ostdeutsche Klein- und Mittelstädte im ländlichen Raum</b><br>Fachtagung in Stendal<br><small>Info auf Seite 51</small>   | Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)<br><a href="http://www.bbsr.bund.de">www.bbsr.bund.de</a> >> Aktuell >> Veranstaltungen |
| 12. August   | <b>Privatwalderschließung und Holznutzung</b><br>Workshop in Meckenbach (Rheinland-Pfalz)   | Akademie Ländlicher Raum Rheinland-Pfalz<br><a href="http://www.landschaft.rlp.de">www.landschaft.rlp.de</a>   |
| 9. September   | <b>Gemeinschaftliche Wohnformen</b><br>Workshop in Klingenstein (bei Landau, Rheinland-Pfalz)   | Akademie Ländlicher Raum Rheinland-Pfalz<br><a href="http://www.landschaft.rlp.de">www.landschaft.rlp.de</a>   |
| 11. September  | <b>Jugendliche in der ländlichen Entwicklung</b><br>Workshop in Kyllburg (Rheinland-Pfalz)  | Akademie Ländlicher Raum Rheinland-Pfalz<br><a href="http://www.landschaft.rlp.de">www.landschaft.rlp.de</a>   |
| 16. September  | <b>Wirkungen der Förderinstrumente zur ländlichen Entwicklung der Europäischen Union</b><br>Workshop in Frankfurt am Main<br><small>Info auf Seite 51</small>   | Institut für Ländliche Strukturforchung (IfLS)<br><a href="http://www.rudi-europe.net">www.rudi-europe.net</a>   |
| 3. Oktober<br>Aktionstage: 24. September bis 10. Oktober | <b>Tag der Regionen: Wer weiter denkt – kauft näher ein</b><br>bundesweite Aktionstage  | Aktionsbündnis „Tag der Regionen“<br><a href="http://www.tag-der-regionen.de">www.tag-der-regionen.de</a>  |
| 29. September bis 1. Oktober                             | <b>Energie-Erwartungslandschaften – Kulturlandschaftsfallen oder süße Chancen für ländliche Räume in Deutschland</b><br>Tagung in Husum<br><small>Info auf Seite 51</small>   | Deutsche Landeskulturgesellschaft (DLKG)<br><a href="http://www.dlkg.org">www.dlkg.org</a>   |
| 25. bis 27. Oktober                                      | <b>euregia – Standort- und Regionalentwicklung in Europa</b><br>Fachmesse und Kongress in Leipzig<br><br><b>Bürgerschaftliches Engagement und Regionalentwicklung – zwei untrennbare Begriffe?!</b><br>Aufaktveranstaltung des BMELV am 25. Oktober | <a href="http://www.euregia-leipzig.de">www.euregia-leipzig.de</a><br><br>Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  |
| 26. Oktober  | <b>„Ehrenamt für die Region – untrennbar, aber wie wertschätzen?“</b><br>Tagung in Leipzig (im Rahmen der euregia)<br><small>Info auf Seite 9</small>   | Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume<br><a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/euregia">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/euregia</a>   |

## Cartoon zum Fokusthema

Von Mele

